



universität
wien

Diplomarbeit

Titel der Diplomarbeit

„Transformation durch externe Demokratisierung?

Die Europäische Union als Motor für
Demokratisierungsprozesse in der Ukraine“

Verfasser

Johannes Nepomuk Großruck

angestrebter akademischer Grad

Magister der Philosophie (Mag. phil.)

Wien, im Dezember 2011

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A 300

Studienrichtung lt. Studienblatt:

Politikwissenschaft

Betreuer:

Univ. Prof. Dr. Dieter Segert

Inhaltsverzeichnis

Danksagung	7
1. Einleitung	9
1.1. Persönliches Erkenntnisinteresse.....	10
1.2. Leitende Fragestellungen und Hypothesen.....	11
1.3. Stand der Forschung	14
1.4. Analyserahmen und Methodik	18
2. Theoretische Verortung	20
2.1. Demokratisierung und Transformation.....	20
2.1.1. Zwischen Transformation und Transition.....	21
2.1.2. Demokratisierung im Mantel der Transformation.....	23
2.2. Phasen der Demokratisierung	24
2.2.1. Welche Demokratie?	25
2.2.2. Liberalisierung im alten Regime	27
2.2.3. Systemwechsel und Institutionenbildung.....	28
2.2.4. Demokratische Konsolidierung.....	30
2.3. Externe Demokratisierung.....	31
2.3.1. Akteure und Institutionen.....	33
2.3.2. Motive und Ziele	35
2.3.3. Instrumente der Demokratieförderung.....	36
2.3.4. Politische Konditionalität.....	39
2.3.5. Demokratischer Frieden	44
2.4. Postsozialismus und Demokratisierung	45
2.4.1. Westlicher Forschungszentrismus.....	46
2.4.2. Angespannte Ausgangslage.....	47
2.4.3. Zwischen Demokratie und Autoritarismus	48
2.4.4. Posttotalitarismus als gesellschaftspolitisches Erbe.....	49

2.4.5.	Kontinuität der politischen Kultur	50
3.	Das politische System der Ukraine	51
3.1.	Das russisch-ukrainische Verhältnis als sozialistisches Erbe .	52
3.1.1.	Aufflammendes Selbstbewusstsein bereits zu Sowjetzeiten	52
3.1.2.	Souveränitätserklärung und Loslösung von Russland	53
3.1.3.	Fehlendes ukrainisches Nationalbewusstsein	54
3.2.	Die „Orangene Revolution“	56
3.2.1.	Der Weg zur Revolution.....	57
3.2.2.	Wahlbetrug als Revolutionsauslöser	59
3.2.3.	Sieg des Westbündnisses	61
3.2.4.	„Die Revolution frisst ihre Kinder“	62
3.3.	Akteure und Institutionen im politischen System	63
3.3.1.	Parteien- und Institutionengefüge	63
3.3.2.	Zivilgesellschaft und nicht-staatliche Organisationen	67
3.4.	Stand der Demokratisierung	71
3.4.1.	Externe Akteure im Demokratisierungsprozess	75
3.4.2.	Aktuelle Entwicklungen und Ausblick	78
4.	Externe Demokratisierung durch die Europäische Union	80
4.1.	Allgemeine Motive und Strukturen	80
4.1.1.	„Die europäische Idee“	81
4.1.2.	Demokratiedefinition und Kopenhagener Kriterien	82
4.1.3.	Leitbildsteuerung und gutes Regieren	84
4.1.4.	Externe Demokratisierung im Mehrebenensystem	87
4.2.	Institutionelle Akteure auf europäischer Ebene	90
4.2.1.	Europäische Kommission	91
4.2.2.	Rat der Europäischen Union.....	93
4.2.3.	Europäisches Parlament.....	94
4.2.4.	Europäischer Auswärtiger Dienst	96

4.3. Maßnahmen der europäischen Demokratieförderung	98
4.3.1. Zivilgesellschaftliche Förderprogramme	99
4.3.2. Europäische Nachbarschaftspolitik.....	100
4.4. Die Ukraine im Fokus	102
4.4.1. Geostrategische Überlegungen	102
4.4.2. Konkrete Maßnahmen und Förderstrukturen.....	106
4.4.3. Sonderfall polnisch-ukrainische Partnerschaft.....	111
4.4.4. Rezeption der Maßnahmen innerhalb der Ukraine	114
5. Analyseergebnis und Interpretation	116
6. Bibliographie	121
6.1. Primärquellen	121
6.2. Sekundärquellen	122

Danksagung

*Mögen deine Probleme unlösbar und deine Schwierigkeiten
unüberwindlich sein.*

Ukrainischer Segen

So hart dieser volkstümliche ukrainische Segen auf den ersten Blick klingen mag, seine Aussage ist geprägt von tiefer Wahrheit. Erst im Angesicht wirklich großer Herausforderungen, kann man erkennen, wie unbedeutend die meisten Sorgen und Nöte des Alltags dagegen sind.

Meine vorliegende Arbeit wird sich mit solchen großen Herausforderungen befassen und versuchen aufzuzeigen, welche davon - zu diesem Zeitpunkt - tatsächlich unlösbar und unüberwindlich erscheinen mögen.

Dass ich meinen Blick für diese niedergeschriebenen Problemstellungen schärfen konnte, verdanke ich in wissenschaftlicher Hinsicht Dieter Segert, der mich durch seine immer unkonventionelle Lehrpraxis stets dazu ermuntert hat, die richtigen Fragen zu stellen und die notwendigen Zusammenhänge zu erkennen.

Angelika, meiner Gefährtin, schreibe ich an dieser Stelle Dank nieder, für die Neugierde für dieses unbekannte Land im Osten, die sie in mir geweckt hat und für ihre tiefe Liebe und Zuversicht, die mir stets ein Lichtblick sind und auch in den schwierigen Momenten beim Verfassen dieser Arbeit alle Selbstzweifel unbedeutend werden ließen.

Stellvertretend für viele helfende Hände und unterstützende Geister, möchte ich meinen Freund Michael in diesen Zeilen verewigen, der mir durch sein Vorbild meine Lust am wissenschaftlichen Schreiben und Denken über die Jahre bewahrt hat und mich immer nach neuen Ufern Ausschau halten lässt.

Und meine Familie - euch allen gebührt mein Dank ohnedies unausgesprochen und uneingeschränkt.

Johannes Großruck

Wien, 4.12.2011

1. Einleitung

Demokratie wirkt in der heutigen gesellschaftspolitischen Debatte für viele immer noch wie ein magisches Zauberwort. Alle Probleme scheinen damit gelöst zu werden. Besonders die Europäische Union sah es bereits seit ihren Gründungstagen als oberstes Ziel, Demokratie zu verbreiten und dadurch Totalitarismen und autokratische Herrschaftsformen weitestgehend zu verunmöglichen. Dabei hatte die Europäische Union damit zunächst nicht unrecht, betrachtet man die historischen Entwicklungen ausgehend von den Zerwürfnissen des Zweiten Weltkrieges bis hin zu der friedvollen europäischen Integration, die ihren Gründungsmitgliedern und auch später folgenden Nationalstaaten ein ausgeprägtes Maß an Wohlstand und sozialem Frieden ermöglichte.¹

Warum also nicht das Erfolgsmodell exportieren – zumindest in jene Regionen Osteuropas, die schon seit vielen Jahrhunderten in engen politischen Verflechtungen mit den westeuropäischen Nationen standen? Der Gedanke erwies sich als durchaus verlockend und seit dem Fall der Sowjetunion plötzlich auch als machbar. Waren die Demokratisierungsbestrebungen der Europäischen Union bis 1989 nur sehr marginal ausgeprägt, so begann mit der Ostöffnung ein regelrechter Wettlauf um die geopolitische Vorherrschaft im Osten. Im Schatten des noch unter Schock der rasanten geschichtlichen Entwicklungen befindlichen und daher weitgehend handlungsunfähigen Russlands bot sich für die Europäische Union die historische Chance, ihren Universalitätsanspruch im Sinne einer Wirtschafts- und Wertegemeinschaft auch auf ehemals staatssozialistisch organisierte Strukturen zu transferieren. Ein politischer Export, der – geschichtlich betrachtet – innerhalb einer abenteuerlichen Geschwindigkeit vollzogen wurde und bereits wenig mehr als ein Jahrzehnt nach dem

¹ Pridham, Geoffrey (2005): „Designing Democracy – EU Enlargement and Regime Change in Post-Communist Europe“, Basingstoke: Palgrave Macmillan, S. 1

Zusammenbruch der Sowjetunion zu den ersten beiden Erweiterungswellen in Richtung Osten führte.²

Mittlerweile hat diese Expansion der Europäischen Union aber zunehmend an Fahrt verloren und ist in den letzten Jahren unter anderem durch das eigene interne Demokratiedefizit in eine gewisse Erklärungsnot gegenüber weiteren potentiellen Demokratisierungskandidaten geraten. Auch hat sich Russland inzwischen aus seiner Erstarrung gelöst und drängt nun mit allen Mitteln zurück in die geostrategische Führungsrolle, die es noch vor nicht allzu langer Zeit in Osteuropa innehatte. Wie stark also wirken die Anreize der Europäischen Union noch als Impulsgeber für demokratische Transformation und Konsolidierung? Reicht eine monetäre Förderung, um sich den Demokratisierungswillen weiterer osteuropäischer Länder regelrecht teuer zu „erkaufen“? Läuft der „Demokratisierungsmotor“ der Europäischen Union noch, oder hat er bereits seine Kraft verloren?

1.1. Persönliches Erkenntnisinteresse

Der „Eiserne Vorhang“ war für mich als kleiner Junge, der wenige Kilometer von der böhmischen Grenze entfernt aufwuchs, ein Mysterium. Das Land dahinter erschien mir als fremd und dauerhaft verschlossen. Die schwerbewaffneten Grenzsoldaten schienen in meinen Augen das Ende der Welt zu bewachen. Heute, mehr als 20 Jahre nach der Ostöffnung, die in meinem Fall eher eine Nordöffnung war, möchte ich mich einer neuen Grenze nähern – diesmal mit wissenschaftlichem Werkzeug ausgestattet und einem Rucksack voller Transformationsmythen und verblichener Wende-Euphorien.

Die neue Grenze ist die Außengrenze der Europäischen Union Richtung Osten und die scheinbar naive Frage, die ich mit mir herumtrage, ist jene nach der Notwendigkeit dieser Barriere. Aus dieser Motivation heraus entwickelte sich in den vergangenen Jahren schrittweise mein Interesse für das vorliegende Forschungsthema. Über mehrere Arbeitsansätze hinweg

² Plasser, Fritz/Stankovsky, Jan/Ulram Peter A. (1998): „On the Eve of EU Enlargement – Economic Developments and Democratic Attitudes in East Central Europe“, Wien: Signum Verlag, S.95f

habe ich mich in meinem Studium mit Demokratisierung und Transformation in Osteuropa beschäftigt und auch mit Demokratisierungstendenzen innerhalb des Mehrebenensystems der Europäischen Union.

Mehrere persönliche Aufenthalte in der Ukraine trugen schließlich wesentlich zur Auswahl gerade dieses Landes für meine vorliegende Analyse bei. Nebenbei bemerkt: eine verblüffende Erkenntnis in dieser Hinsicht war für mich, dass die Ukraine von Wien aus mit dem Auto schneller zu erreichen ist als Innsbruck und dennoch hierzulande weitgehend als fremd und unnahbar gilt. In der Ukraine selbst scheint der Blick nach Europa viel offener zu sein – die Fahrzeugkennzeichen sind vom Design her vorbereitet auf die Sternenflagge der Europäischen Union, auch die Banknoten wirken farblich und größentechnisch sehr gezielt auf den Euro abgestimmt. Österreichische Banken und Versicherungen findet man auch in entlegenen Gegenden der Ukraine an fast jeder Straßenecke. Auch die Einzelhandelsketten und Handelsmarken aus dem deutschsprachigen Raum prägen längst das Gewerbebild der ukrainischen Großstädte.

Wenn also westeuropäische Wirtschaftsinteressen in der ukrainischen Gesellschaft mittlerweile bereits so tief verankert sind, dass sie zur offensichtlichen Lebenswirklichkeit der Bevölkerung geworden sind, wie steht es dann um andere westeuropäische Prägungen und Zielsetzungen? Kann die Europäische Union in Fragen des Nationenbildungsprozesses und der Demokratieentwicklung bereits eine ähnliche Durchdringung des ukrainischen Gesellschafts- und Institutionengefüges vorweisen, wie in wirtschaftlichen Belangen?

Diese und andere Fragestellungen, die ich in weiterer Folge konkretisieren werde, leiten mein Forschungsinteresse an der vorliegenden Arbeit und bilden die Ausgangsbasis für die weiteren Überlegungen, die den sprichwörtlichen „roten Faden“ durch diese Arbeit legen sollen.

1.2. Leitende Fragestellungen und Hypothesen

Man sieht schon anhand dieser kurzen Darstellung, welches weitläufige Feld hier betreten wird. Die intensiven Vorarbeiten zu dieser Arbeit haben für mich

allerdings eine Eingrenzung des Themenbereichs auf vorrangig zwei Forschungsfragen ergeben, die ich in weiterer Folge kurz darstellen möchte.

Zum Einen stellt sich die Frage, ob eine unmittelbare Einwirkung durch Instrumente und Akteure der Europäischen Union auf die Demokratisierungsprozesse innerhalb der Ukraine anhand von messbaren Indikatoren erkennbar wird, oder ob die Maßnahmen und Strukturen der Europäischen Union im allgemeinen Transformationsdickicht untergehen. Die erste Forschungsfrage lautet demnach:

F1: Lassen sich Transformations- und Demokratisierungsprozesse in der Ukraine auf eine direkte Einflussnahme durch die Europäische Union im Rahmen ihrer Instrumente zur externen Demokratisierung zurückführen?

Ich gehe davon aus, dass die Instrumente der externen Demokratisierung in der Ukraine aufgrund der fehlenden unmittelbaren Beitrittsperspektive und der ideologischen Nähe zu Russland deutlich weniger greifen, als in den neuen EU-Mitgliedsstaaten in Ostmitteleuropa. Dazu möchte ich als Hypothesen folgende Überlegungen positionieren:

H1: Der überwiegende Anteil an Demokratisierungsmaßnahmen im politischen System der Ukraine wird von nationalen gesellschaftspolitischen Entwicklungen hervorgebracht und steht in keinem wesentlichen Zusammenhang zu Maßnahmen der Europäischen Union.

H2: Die fehlende unmittelbare Beitrittsperspektive der Ukraine zur Europäischen Union verhindert den nachhaltigen Erfolg von Demokratisierungsinitiativen innerhalb der Ukraine, die ursächlich auf Aktionen der Europäischen Union zurückzuführen sind.

H3: Das Mittel der demokratischen Konditionalität verliert in der Ukraine durch fehlende Anreize an Wirkungskraft.

Dass nach den anfänglich euphorischen Rufen aus der Europäischen Union in Richtung einer stärkeren Annäherung an die Ukraine im Fahrwasser der Orangen Revolution der Demokratisierungsmotor aktuell zu stocken

scheint, lässt sich aus meiner Sicht durch die grundsätzliche Strukturiertheit der Demokratisierungsbestrebungen der Europäischen Union erklären. Blickt man auf die Motive und Ziele der Europäischen Union in dieser Frage, gerät man zunehmend in die Grundsatzdebatte über ein gemeinsames europäisches Demokratiemodell. Die zweite Forschungsfrage orientiert sich daher weniger an den fehlenden Anreizen für eine Demokratisierung, als vielmehr an der fehlenden Motivation, solche Anreize zu erzeugen:

F2: Welches Demokratiemodell und welche Motivationen liegen den Demokratisierungs- und Transformationsbestrebungen der Europäischen Union in der Ukraine zugrunde?

Die Europäische Union verfolgt aus meiner vorläufigen Sicht mit ihren aktuellen Demokratisierungsmaßnahmen vorrangig marktliberalisierende Ziele und versucht anhand der Nachbarschaftspolitik in der Region gleichzeitig eine geostrategische Pufferzone zu Russland zu schaffen. Die dazu getroffenen Annahmen möchte ich mithilfe der folgenden Hypothesen ausdrücken:

H4: Die Demokratisierungsinstrumente der Europäischen Union sollen vorrangig einen Beitrag zur geopolitischen Stabilisierung der Region leisten.

H5: Die Demokratisierungsunterstützung erfolgt in Form einer Hinführung an die demokratischen Wertvorgaben der Europäischen Union ohne Berücksichtigung bestehender nationalstaatlicher Demokratisierungstendenzen.

Die Verbindung der beiden Fragestellungen umreißt den Rahmen und die allgemeinen Ziele der vorliegenden Arbeit. Besonders die Hypothese H5 hebt diese Zielsetzung noch einmal deutlich hervor und weist darauf hin, dass im Speziellen die verwendete Definition von Demokratie eine bedeutende Rolle im Zusammenhang mit der jeweiligen Auslegung und der gezielten Verbreitung spielt. Bezugnehmend auf die Ukraine lässt sich vorab ein tendenzielles Ungleichgewicht von Motiven und Anreizen vermuten, das geprägt wird von der Reformwilligkeit der jeweils aktuellen politischen Führung. Der Ruf der Europäischen Union nach Transformation der

ukrainischen Institutionen hin zu einem europakompatiblen Wirtschafts- und Sicherheitssystem scheint zunächst weitaus stärker, als die Unterstützung der gesellschaftlichen Strukturen in demokratiepolitischen Belangen.

Die Bearbeitung der vorliegenden Fragestellungen und die Überprüfung der aufgestellten Hypothesen sollen den Analyserahmen bilden, der notwendig ist, um die Ausgangsüberlegungen dieser Arbeit durch eine konkrete wissenschaftliche Auseinandersetzung festigen zu können.

1.3. Stand der Forschung

Nachdem nun die wesentlichen Fragestellungen und Hypothesen der vorliegenden Arbeit skizziert wurden, soll zunächst ein Einblick in die aktuellen politikwissenschaftlichen Diskurse und Argumentationslinien zu der Thematik gegeben werden.

Wenn im Titel von Transformation und Demokratisierung die Rede ist, so sind das zwei Begriffe, die zwar einerseits völlig unterschiedlich sind, aber gleichzeitig in einem Spannungsverhältnis zueinander stehen. Jeder Demokratisierungsprozess ist unweigerlich in gleichem Maße ein Transformationsprozess, nicht aber umgekehrt. Geht man nach Christiane Frantz, die unter anderem Guillermo O'Donell und Philippe Schmitter folgt, so lässt sich Transformation in aller Kompaktheit begreifen als *„Intervall zwischen zwei politischen Regimen, wobei als Regime Ensembles von expliziten oder impliziten Mustern bezeichnet werden, die die Formen und Kanäle des Zugangs zu wichtigen gouvernementalen Positionen bestimmen.“*³ Allerdings weist Frantz im Zuge ihrer Ausführungen auch deutlich daraufhin, dass eine Reduktion auf den Regimebegriff in der Definition von O'Donell und Schmitter eine Verkürzung darstellt, da er Subsysteme wie Gesellschaft und Wirtschaft vernachlässigbar macht. Diese begriffliche Einengung erscheint ihr besonders für die Transformationsprozesse in Osteuropa als unzulässig.⁴

³ Frantz, Christiane (2000): „EU-Integration als Transformationsrahmen? Demokratische Konsolidierung in Polen durch die Europäische Union“, Opladen: Leske + Budrich, S.25

⁴ Ebd., S.25f

Der Demokratisierungsbegriff wiederum, der wie für den gesamten postsozialistischen Transformationsprozess auch auf die Ukraine anzuwenden ist, lässt sich in der wissenschaftlichen Forschung hauptsächlich auf Samuel P. Huntington zurückführen, der ihn bereits 1991 als Teil der „*third wave of democratization*“ erfasst.⁵ Zu Huntingtons Forschungserkenntnis muss allerdings bedacht werden, dass zum Zeitpunkt der Publikation (1991) der Systemumbruch in der Ukraine noch nicht endgültig sichtbar war und daher das Land vom Autor selbst nicht explizit in seiner Aufzählung jener Staaten angeführt wird, die er in die dritte Demokratisierungswelle eingliedert. Unter Beachtung Huntingtons Analyseinterpretation erscheint die Erweiterung seiner These um die Ukraine jedoch als legitim.⁶

Daran anknüpfend beschreibt der Wiener Politikwissenschaftler Christian Haerpfer in seiner Habilitationsschrift nach David Potter drei theoretische Argumentationsstränge in der Demokratisierungsforschung, nämlich „*modernization approach*“, „*transition approach*“ und „*structural approach*“ und erweitert diese drei Bereiche um eine vierte Annäherung namens „*transformation approach*“. Speziell im Zusammenhang mit dem Systemwandel 1989 in Osteuropa kommt dieser Zugang erneut auf den Transformationsbegriff zurück, den auch Frantz annimmt – eine Transformation, die nicht ausschließlich einer Änderung des politischen Systems unterliegt, sondern gleichermaßen mit einem wirtschaftlichen und sozialen Wandel einhergeht.⁷

Der Demokratisierungsbegriff, der dieser Arbeit zugrunde liegen soll, ist jener der „externen Demokratisierung“, also nicht die Demokratisierung, die ein System von sich heraus initiiert, sondern die von außen eingeleitet wird. Eberhard Sandschneider sieht in seiner gegenständlichen Untersuchung die Erfolgsgeschichte der Demokratie im 20. Jahrhundert durchaus ambivalent,

⁵ Huntington, Samuel P. (1991): „The Third Wave – Democratization in the Late Twentieth Century“, Norman/London: University of Oklahoma Press, S.21ff

⁶ Ebd., S.15f

⁷ Haerpfer, Christian (2002): „Democracy and Enlargement in Post-Communist Europe – The Democratisation of the General Public in 15 Central and Eastern European Countries, 1991-1998“, Wien: Habilitationsschrift, S.14

da bis zu dem für viele Wissenschaftler „offensichtlichen Sieg der Demokratie“ in Osteuropa die Stellung der Demokratie als Exportschlager eher fragwürdig erschien.⁸ Unter diesem Aspekt ortet Sandschneider auch einen zweifelhaften Werdegang der Demokratien in Osteuropa und verweist auf aktuelle Forschungen zu defekten und delegativen Demokratien. Er schreibt:

„Vor diesem Hintergrund gewinnt die Frage, wie in ihrem Ausgang offene Transformationsprozesse in Richtung Demokratie durch Hilfen von außen gefördert und unterstützt werden können, ihre besondere politikwissenschaftliche und politischstrategische Bedeutung.“⁹

Und Sandschneider liefert auch eine aussagekräftige Beschreibung für den Vorgang der externen Demokratisierung, der auch für diese Arbeit Anwendung finden kann:

„Im folgenden wird unter Demokratieförderung die Summe aller Versuche externer Akteure verstanden, die darauf abzielen, in einem angebbaren Zielland Grundmuster politischer Entscheidungsfindung und Ordnung dahingehend zu verändern, daß sie mindestens den Minimalkriterien demokratischer Ordnungen entsprechen.“¹⁰

Grundlegend ist jedoch festzustellen, dass die wissenschaftliche Forschung tendenziell wenig Rücksicht auf Unterscheidungsmerkmale von Transformations- und Demokratisierungsprozessen nimmt und eine Differenz der beiden Begrifflichkeiten eher in der inhaltlichen als der systematischen Auseinandersetzung auszumachen ist.

Abgesehen von diesen globalen Forschungsansätzen gibt es eine Reihe neuer Analysefelder, die auch durch Forscherinnen und Forscher an der Universität Wien eine weitergehende Bedeutung erfahren haben. So ist zum

⁸ Sandschneider, Eberhard (2003): „Externe Demokratieförderung. Theoretische und praktische Aspekte der Außenunterstützung von Transformationsprozessen“, München: Centrum für angewandte Politikforschung, S. 2 – abgerufen am 31.10.2011 unter http://www.cap.lmu.de/download/2003/2003_sandschneider.pdf

⁹ Ebd., S.2

¹⁰ Ebd., S.3

Beispiel Marco Lehner zu nennen, der in seiner Diplomarbeit über „Internationale Akteure als Partner im ukrainischen Demokratisierungsprozess“ schreibt und dabei ein besonderes Augenmerk auf die Entwicklung der Menschenrechte in der Ukraine legt. Lehnerts Ergebnis bezeugt, dass die internationalen Akteure wie Europäische Union oder die Vereinten Nationen sehr wohl einen starken Einfluss auf die Ausprägung der demokratischen Strukturen der Ukraine vor allem im Bereich des Grundrechtsschutzes haben. Lehner sieht eine klare Verifizierung seiner These gegeben, dass internationale Akteure den Demokratisierungsprozess in der Ukraine fördern.¹¹

Anders die Arbeit von Anna Pogwizd aus dem Jahr 2008 unter dem Titel „Polnische Ostgrenze als Außengrenze der EU: Eine Brücke oder eine Mauer im Osten? Polnische Beziehungen zur Ukraine innerhalb der Nachbarschaftspolitik der EU“. Pogwizd steht den externen Demokratisierungsbestrebungen eher ambivalent gegenüber. Sie sieht zwar einerseits die polnischen Bestrebungen um eine Unterstützung der Entwicklung demokratischer Strukturen in der Ukraine gegeben, warnt aber auch vor einem Rückschlag der Bemühungen durch fehlenden konkrete Anreize der Europäischen Union gegenüber der Ukraine.¹²

Einen deutlichen Einfluss auf die vorliegende Auseinandersetzung hat aber insbesondere die Arbeit von Bernhard Zeilinger, der zur „externen Demokratieförderung in postsozialistischen Transformationsstaaten“ geforscht hat und mit seiner Analyse über „Instrumenten- und Strategiewahl für externe Demokratieförderung der EU“ einen umfassenden strukturellen Rahmen liefert, welche Auswirkungen das Mehrebenensystem der Europäischen Union in Bezug auf die Wahl der jeweiligen Demokratisierungsmaßnahmen hat. Wie Pogwizd kommt auch Zeilinger zu dem für die Europäische Union wenig erfreulichen Ausblick, dass wohl allein

¹¹ Lehner, Marco (2007): „Internationale Akteure als Partner im ukrainischen Demokratisierungsprozess – Analyse der Menschenrechtsproblematik am Beispiel der Ukraine“, Wien: Diplomarbeit, S.109f

¹² Pogwizd, Anna (2008): „Polnische Ostgrenze als Außengrenze der EU: Eine Brücke oder eine Mauer im Osten? Polnische Beziehungen zur Ukraine innerhalb der Nachbarschaftspolitik der EU“, Wien: Diplomarbeit, S.88ff

die direkte Beitrittsoption hauptsächlichlicher Anreizgeber für ein Reformbestreben der jeweiligen Transformationsländer in Sachen Demokratisierung ausschlaggebend war. Zeilinger bleibt deshalb einer weiteren Erfolgsprognose der Demokratieförderung durch die Europäische Union gegenüber abwartend. Zum Zeitpunkt seiner Arbeit (Oktober 2007) sieht der Autor zwar eine Verfestigung der zwischenstaatlichen Beziehungen durch die Europäische Nachbarschaftspolitik, wertet diese Verfestigung aber gleichzeitig als Beginn einer Phase der Stagnation weiterer Demokratisierungsbemühungen.¹³

Das sind nur einige von etlichen interessanten Arbeiten der Universität Wien, die sich in den letzten Jahren mit der vorliegenden Thematik befasst haben und dadurch dem zuvor eher unterrepräsentierten Themenkomplex der Demokratisierung und Transformation in den postsozialistischen Staaten ein solides wissenschaftliches Fundament bereitet haben. Ich werde meine Arbeit dazu nützen, um diese bestehenden Forschungsergebnisse zu konzertieren und auf den Schwerpunkt Europäische Union und Ukraine zu fokussieren.

1.4. Analyserahmen und Methodik

Um dieses mehrschichtige und breite Forschungsfeld methodisch genau bearbeiten zu können, führe ich zunächst eine theoretische Verortung von Demokratisierungsprozessen durch und werde anhand von Begriffen, wie „externe Demokratisierung“ und „demokratische Konditionalität“ die wissenschaftliche Ausgangsbasis für die inhaltliche Analyse darlegen. Dabei soll das Augenmerk auch auf die Transformationsprozesse im Allgemeinen und die Demokratisierungsprozesse im Speziellen gelegt werden, um einen Grundstock an prozessualen Strukturen innerhalb der Transformation osteuropäischer Nationalstaaten sichtbar machen zu können.

Ein wesentlicher Aspekt dieser theoretischen Betrachtung wird es allerdings auch sein, herauszufinden, auf welche Form von „Demokratie“ sich die

¹³ Zeilinger, Bernhard (2007): „Externe Demokratieförderung in postsozialistischen Transformationsstaaten: Untersuchung der Rahmenbedingungen für die Instrumenten- und Strategiewahl für externe Demokratieförderung der EU“, Wien: Diplomarbeit, S.111

Europäische Union bei ihren Demokratisierungsinstrumenten beruft und welchen Demokratiebegriff sie als Maßstab für ihr Vorgehen heranzieht. Das funktioniert vermutlich am besten über einen Vergleich der vorhandenen Demokratieindikatoren, die sich in Primärquellen wie besonders den Unionsdokumenten finden lassen, mit wissenschaftlichen Ansätzen der Demokratieforschung. Es soll in dieser Hinsicht vor allem geklärt werden, ob die Demokratievorstellungen der Europäischen Union auf jene, die bereits durch Transformationsschritte und Demokratisierungsansätze in der Ukraine Einzug gehalten haben, übertragbar sind. Dazu bedarf es vorab einer Klärung welche Formen der Demokratisierung bereits in den postsozialistischen Staaten auf eine positive Resonanz gestoßen sind.

Anschließend zeige ich auf, wie sich diese Theorie in der Praxis der Europäischen Union darstellt – nämlich im Rahmen der Institutionen, der Nachbarschaftspolitik, der Maßnahmen und Akteure, die an den europäischen Demokratisierungsbestrebungen beteiligt sind. Die Ukraine wird dabei in all diesen Untersuchungsansätzen jeweils als Grundlage und Ausgangsbasis für die Betrachtungen dienen und soll mit einer kurzen Feststellung der aktuellen politischen Situation und einem Einblick in die gegenwärtige Transformations- und Demokratisierungsforschung zur gewählten Region dargestellt werden.

Um im weiteren Verlauf eine Verbindung zwischen den Transformationsprozessen und den Demokratisierungsmaßnahmen der Europäischen Union herstellen zu können und um zu untersuchen, ob hier tatsächlich ein Zusammenhang hergestellt werden kann, werde ich die Maßnahmen der Europäischen Union anhand von historischen und aktuellen Indikatoren einer Verhältnismäßigkeit zuordnen, um das tatsächliche Gewicht der Europäischen Union im Demokratisierungsprozess der Ukraine besser einschätzen zu können. Als Indikatoren sehe ich hier zum Beispiel Veränderungen der Demokratiequalität, Höhe und Intention von Förderungsmitteln, Anreizstrukturen, der Einfluss anderer externer Akteure oder die wirtschaftliche Abhängigkeit gegenüber der Europäischen Union. Auch die Rezeption der demokratiepolitischen Bemühungen durch die Europäische Union innerhalb der ukrainischen Gesellschaft soll beleuchtet

werden, um festzustellen, welche Bedeutung den Maßnahmen der Europäischen Union im gesellschaftlichen Diskurs beigemessen werden.

Methodisch gehe ich dabei von einer qualitativen Textinterpretation hauptsächlich sekundärer Quellen aus. Die fehlenden russischen bzw. ukrainischen Sprachkenntnisse müssen insbesondere die Analyse der ukrainischen Positionen auf eine Betrachtung von zumeist außenstehenden Beobachtern reduzieren, allerdings ist auch hier die Quellenlage aufgrund von besonders hochwertigen Arbeiten dennoch als sehr gut einzustufen.

Die vorliegende Arbeit soll jedoch weder eine grundsätzliche Arbeit über postsozialistische Transformationsvorgänge, noch ein historischer Abriss der politischen Abläufe in der jüngeren ukrainischen Geschichte sein, sondern sehr konkret den Fokus auf die Demokratisierungsmaßnahmen der Europäischen Union legen und ihren Einfluss auf die ukrainische Gesellschaft aufzeigen. Es werden dazu zwar durchaus historische und systemische Vergleiche notwendig sein, ich möchte aber bewusst keine rein faktische Aneinanderreihung historischer Entwicklungen vornehmen. Auch die Orangene Revolution, die von vielen Beobachtern als sehr wesentliche Zäsur innerhalb der ukrainischen Gesellschaft gerade in Bezug auf demokratische Entwicklungen gesehen wird, kann deshalb nur insofern in dieser Analyse von Bedeutung sein, als sie für das Fortschreiten der Demokratisierungsmaßnahmen eine Rolle spielt.

2. Theoretische Verortung

2.1. Demokratisierung und Transformation

Der angewandte Analyserahmen geht also bereits von bestehenden Systemprozessen aus, die allerdings zunächst in ihrem theoretischen Grundgerüst erarbeitet werden müssen, um sie tatsächlich in den realpolitischen Diskurs bringen zu können. Bevor deshalb ein tieferes Vordringen in den konkreten Demokratisierungsprozess der Ukraine erfolgen kann, muss zuerst eine genauere Definition und Abgrenzung zwischen den verwendeten Begrifflichkeiten getroffen werden, um eine gemeinsame Analyseebene schaffen zu können. Zwei Begriffe, die dabei eine Funktion einnehmen, sind „Transformation“ und „Demokratisierung“ – Begriffe, die im

allgemeinen Wissenschaftsgebrauch nur allzu schnell gleichgesetzt werden. Schon der Titel der vorliegenden Arbeit bezieht sich auf dieses Begriffspaar und stellt mit der rhetorischen Frage „Transformation durch externe Demokratisierung?“ bereits klar, dass zwischen diesen beiden Begriffen ein systematischer Zusammenhang besteht, aber ebenso die unterschiedliche Ausformung zu beachten ist. Es soll im Folgenden daher diese Dynamik und Interdependenz betrachtet und zueinander in Beziehung gesetzt werden.

2.1.1. Zwischen Transformation und Transition

Bevor eine genauere Definition und Abgrenzung zwischen Demokratisierung und Transformation erfolgen kann, müssen zunächst eine Abklärung der einzelnen Begrifflichkeiten und ihre theoretische Einordnung vollzogen werden. Der übergeordnete Prozess ist sicherlich jener der Transformation. Transformation gilt in der politikwissenschaftlichen Forschung als Überbegriff für all jene Prozesse, die zum grundlegenden Wandel einer politischen oder wirtschaftlichen Struktur beitragen und die auch Miriam Egger so definiert: *„In politikwissenschaftlichem Verständnis bedeutet Transformation damit das zeitgleiche Auftreten mehrerer interdependenter Prozesse, im Rahmen derer alle gesellschaftlichen Teilsysteme einer radikalen und umfassenden Veränderung unterworfen sind.“*¹⁴

Egger weist aber klar darauf hin, dass besonders im sozial- und politikwissenschaftlichen Diskurs auf die Unterscheidung zwischen Transformation und Transition zu achten ist. Anders als in den Wirtschaftswissenschaften, ist der Bedeutungsunterschied dieser beiden Prozessbeschreibungen in der Politikwissenschaft durchaus zu berücksichtigen. Wenn man daher von Transformation spricht, muss gleichzeitig Bezug auf die genaue Definition genommen werden, von der ausgegangen wird. Für Egger steht hier ein eher eng gefasster Prozess einem „*entwicklungsoffenen*“ Prozess gegenüber. Während von Transition hauptsächlich zu sprechen ist, wenn sich lediglich ein Regimewandel

¹⁴ Egger, Miriam (2007): „Die Auslandsarbeit der politischen Stiftungen zwischen Entwicklungs- und Transformationskontext: Eine Untersuchung der Tätigkeit der Friedrich-Ebert-Stiftung in Lateinamerika und Osteuropa eine Studie zum organisationalen Lernen“, Berlin: Dissertation, S.154

vollzieht – in der Regel von einem diktatorischen zu einem demokratischen System –, ist es bei der Transformation der gesamte gesellschaftliche Wirkungsbereich eines Systems, der durch mehrfache Prozessschritte hindurch einem offenen Wandel unterliegt. Transformation durchdringt daher alle Bereich einer Gesellschaft, nicht ausschließlich den politischen Regimetyp.¹⁵

Miriam Egger verdeutlicht diese Unterscheidung durch den Hinweis, dass *„Transformation nicht den Übergang von einem Aggregatzustand in einen anderen bezeichnet, sondern vielmehr einen Umformungsprozess mit weitgehend offenem Ausgang“* und daher *„geht die Transformationsforschung über die Ansätze der Transitionsforschung hinaus, welche ihre Betrachtung mit der Etablierung neuer Institutionen für weitgehend abgeschlossen erklärt.“*¹⁶

Dass diese Unterscheidung durchaus notwendig ist, zeigt an anderer Stelle auch Christiane Frantz, die auf eine besondere Dimension der Debatte hinweist, wenn sie vom „Dilemma der Gleichzeitigkeit“ spricht und damit den Diskurs meint, der sich mit der Komplexität von Transformationsprozessen beschäftigt. Eine Auseinandersetzung, die nur dann erfolgreich gelöst werden kann, wenn hinter dem Transformationsbegriff ein Element der Multidimensionalität steht, das weder die Sicht auf die unterschiedlichen Analyseebenen einschränkt, noch wesentliche Subsysteme außer Acht lässt.¹⁷

Mit dem starren Begriff der Transition wäre diese Differenzierung nicht möglich und es erweist sich in der Perspektive von Frantz daher vor allem die Argumentation von Eberhard Sandschneider als besonders wirksam, wenn er unter „Systemtransformation“ den Oberbegriff *„für alle Aspekte der (...) Veränderung eines Systems und seiner Subsysteme“* begreift.¹⁸

¹⁵ Ebd., S.154f

¹⁶ Ebd., S.155

¹⁷ Frantz, Christiane (2000): „EU-Integration als Transformationsrahmen? Demokratische Konsolidierung in Polen durch die Europäische Union“, Opladen: Leske + Budrich, S.25

¹⁸ Ebd., S.26f

2.1.2. Demokratisierung im Mantel der Transformation

Während der Transformationsbegriff gegenüber dem konkurrierenden Begriff der Transition klar abgegrenzt werden kann, bleibt der zweite Begriff „Demokratisierung“ noch offen. Den „Mantel der Transformation“ erkennt man in diesem Zusammenhang dadurch, dass die Demokratisierung auch im wissenschaftlichen Diskurs oft nicht klar von der Transformation abgehoben wird. Wie bereits in den vorangegangenen Kapiteln beschrieben, ist es im Gegenteil der Fall, dass im Begriff der „Transformation“ zumeist schon die Demokratisierung enthalten ist und daher die Gefahr der Vermischung dieses Begriffspaares durchaus vorhanden ist. Auch bei Miriam Egger wird dies deutlich, wenn sie von der klaren Zielvorgabe für Transformationsprozesse, nämlich der vollendeten demokratischen Konsolidierung eines Staates, spricht.¹⁹ Egger steht mit dieser Einschätzung in der wissenschaftlichen Debatte keinesfalls alleine da, weist doch auch Christiane Frantz auf diese gefährliche Reduktion des Transformationsbegriffs hin. Für Frantz steht dabei außer Frage, dass Demokratie zwar in vielen (oder sogar den meisten) Fällen das Ergebnis einer Systemtransformation ist, aber es nicht zwingend so sein muss. Auch andere Ausgänge eines Transformationsprozesses wie eine instabile Demokratie, oder ein nicht-demokratisches System wären durchaus denkbar und vor allem innerhalb des Bedeutungsrahmens. Sie sollten in der Betrachtung der Begriffsdefinition keinesfalls übersehen werden.²⁰

Unter Betrachtung dieser Umstände scheint man geneigt zu sein, Demokratisierung lediglich als Transformation von einem nicht-demokratischen in ein demokratisches System zu begreifen, doch auch diese Darstellung ist aus meiner Sicht zu kurz gegriffen, denn es fehlen dieser Definition wesentliche Merkmale von Demokratisierungsprozessen, die durch diese Verkürzung verloren gehen.

¹⁹ Egger, Miriam (2007): „Die Auslandsarbeit der politischen Stiftungen zwischen Entwicklungs- und Transformationskontext: Eine Untersuchung der Tätigkeit der Friedrich-Ebert-Stiftung in Lateinamerika und Osteuropa eine Studie zum organisationalen Lernen“, Berlin: Dissertation, S.154

²⁰ Frantz, Christiane (2000): „EU-Integration als Transformationsrahmen? Demokratische Konsolidierung in Polen durch die Europäische Union“, Opladen: Leske + Budrich, S.28

So ist es zum Beispiel interessant, dass viele der Transformationsprozesse vor allem in den postsozialistischen Staaten Osteuropas zumindest als erstes sichtbares Zeichen eine demokratische Wahl als ihren Ausgangspunkt haben.²¹ Dass diesen Wahlen zumeist bereits halbdemokratische Strukturen innerhalb der Gesellschaft zugrundelagen, bzw. von den sozialistischen Machthabern durchaus auch systembedingt vorgesehen waren, schwächt diesen Umstand zwar etwas ab, aber immerhin könnte man anhand dieses Indizes also meinen, ein gewisses Maß an Demokratieverständnis läge schon zu Beginn eines Transformationsprozesses vor. Das ist insofern von Bedeutung, als dass in der überwiegenden Zahl an Begriffsdefinitionen eine Transformation von völlig illiberalen Strukturen ausgeht und erst im weitaus späteren Verlauf zu einer demokratischen Konsolidierung führt. Ralf Dahrendorf formuliert seinen Transformationsbegriff unter anderem wie folgt: „*Transition is the transformation of illiberal states into to liberal ones.*“²² Doch wie unfrei ist ein Staat, in dem der Transformationsprozess bereits durch relativ freie Wahlen in Gang gebracht wird? Es stellt sich also offensichtlich nicht nur die Frage nach irgendeiner beliebigen Form der Demokratie, sondern nach einer ganz besonderen Qualität der Demokratie, die erst durch die Einführung bestimmter Kriterien umfassend beschrieben werden kann.

2.2. Phasen der Demokratisierung

Zur Messung dieser Qualitätsentwicklung von Demokratie werden im wissenschaftlichen Diskurs Phasenmodelle für Demokratisierungsprozesse entwickelt, die eine stufenweise Systemkonsolidierung im Zuge der Transformation betrachten und beschreiben sollen. Demokratisierung wird in der theoretischen Auseinandersetzung dabei hauptsächlich durch die drei Phasen der Liberalisierung, des Systemwechsels und der Konsolidierung beschrieben.²³ Die Grundlage für dieses Phasenmodell fußt dabei im

²¹ Zeilinger, Bernhard (2007): „Externe Demokratieförderung in postsozialistischen Transformationsstaaten: Untersuchung der Rahmenbedingungen für die Instrumenten- und Strategiewahl für externe Demokratieförderung der EU“, Wien: Diplomarbeit, S.24

²² Frantz, Christiane (2000): „EU-Integration als Transformationsrahmen? Demokratische Konsolidierung in Polen durch die Europäische Union“, Opladen: Leske + Budrich, S.26

²³ Schulze, Verena M. (2006): „Democratisation and Europeanisation in the EU Neighbourhood: The Case of Ukraine“, Krakow: Master Thesis, S.16

Wesentlichen auf den Arbeiten von Schmitter und O'Donnell, sowie von Glæßner. *„Demnach lässt sich ein Systemwechsel definieren als ein Intervall zwischen dem Zusammenbruch eines politischen Systems und der dauerhaften Etablierung einer neuen politischen Ordnung.“*²⁴ Matthias Freise nennt als die drei Transformationsphasen, die ein defektes autokratisches System bis zur Herstellung einer funktionierenden demokratischen Ordnung durchlaufen muss, die *„Phase der Krise“*, die *„Phase der Implementierung“*, und die *„Phase der Konsolidierung“*, was in der Systematik den oben angeführten drei Phasen entspricht. Freise weist aber darauf hin, dass es keine klaren Abgrenzungen zwischen den einzelnen Phasen gibt und deshalb in den meisten Fällen eine Vermischung der Prozessvorgänge zu beobachten ist. Vor allem über die ersten beiden Phasen – Liberalisierung und Systemwechsel – herrscht aber weitgehend wissenschaftlicher Konsens, so Freise.²⁵

2.2.1. Welche Demokratie?

Die Grundlage für alle diese Konzeptionen ist jedoch auch in diesem Fall die jeweilige Definition des Demokratiebegriffes und deshalb scheiden sich insbesondere in Bezug auf die letzte Phase, die Konsolidierungsphase, die Geister: wo bei den einen Theorien bereits von einer geglückten Konsolidierung gesprochen werden kann, ist bei anderen Theorien noch Handlungsbedarf für weitergehende demokratische Entwicklungen, um den Konsolidierungsprozess als abgeschlossen betrachten zu können.²⁶ Geht es zum Beispiel nach Bruce Parrott, so basiert Demokratie, verkürzt gesehen, einzig auf einem politischen System, mit regelmäßigen freien Wahlen, einer Presse- und Versammlungsfreiheit und anderen Regulativen, die einen halbwegs ausgeglichenen politischen Wettbewerb ermöglichen. Weitergehende demokratische Grundbedürfnisse wie Minderheitenrechte

²⁴ Freise, Matthias (2004): „Externe Demokratieförderung in postsozialistischen Transformationsstaaten“, Münster: LIT, S.34f

²⁵ Ebd., S.35

²⁶ Frantz, Christiane (2000): „EU-Integration als Transformationsrahmen? Demokratische Konsolidierung in Polen durch die Europäische Union“, Opladen: Leske + Budrich, S.37

oder eine ausgeprägte Zivilgesellschaft finden in dieser Definition keinen Platz.²⁷

Die Transformations- bzw. Transitionsforschung selbst hat sich vor allem zu Beginn auf ein relativ klar abgegrenztes und systematisches Demokratieverständnis festgelegt. Anfangs wurde besonders das Demokratiemodell ausgehend von Robert Dahl angewendet, das in der Demokratisierung vorrangig die Errichtung eines demokratischen Regierungssystems sieht. Dahls Modell der „Polyarchie“ wurde demzufolge zur Richtschnur für die Bestimmung der Demokratiequalität in Bezug auf Transformationsländer.²⁸ Auch Samuel P. Huntington erklärt in seiner Positionsschrift über die „*Third Wave*“, dass einzig die Konstruktion des Demokratiebegriffs über einen sehr eng gefassten Rahmen in der Lage sei, nützliche Analysen erstellen zu können. Huntington beschreibt seine analytische Annäherung an Demokratie wie folgt: „*Fuzzy norms do not yield useful democracy. Elections, open, free and fair, are the essence of democracy, the inescapable sine qua non.*“²⁹

Andere Vertreter einer breiteren Definition des Demokratiebegriffes erweitern jedoch die Grundvoraussetzungen einer modernen konsolidierten Demokratie um soziale Grund- und Freiheitswerte oder weitere schwer messbare Kriterien, wie die zivilgesellschaftliche Einbettung der demokratischen Strukturen, wodurch sich auch das Erreichen einer demokratischen Konsolidierung eines transformierten Systems deutlich erschwert. Christiane Frantz schlägt zur Lösung dieser Theorienpluralität vor, einerseits durch die Leistungsfähigkeit eines Systems nach innen, andererseits durch seine Kompatibilität zu äußeren Systemen einen Kriterienrahmen zu entwickeln, auf Basis dessen eine Betrachtung der

²⁷ Schulze, Verena M. (2006): „Democratisation and Europeanisation in the EU Neighbourhood: The Case of Ukraine“, Krakow: Master Thesis, S.16

²⁸ Hartmann, Christof (1999): „Externe Faktoren im Demokratisierungsprozeß: Eine vergleichende Untersuchung afrikanischer Länder“, Opladen: Leske + Budrich, S.26f

²⁹ Huntington, Samuel P. (1991): „The Third Wave – Democratization in the Late Twentieth Century“, Norman/London: University of Oklahoma Press, S.21ff

demokratischen Konsolidierung erfolgen kann.³⁰ Auch die vorliegende Arbeit orientiert sich in ihrem demokratischen Analyseverständnis an dieser breiteren Definition, da insbesondere in den osteuropäischen Staaten eine Betrachtung jedweder Transformations- und Demokratisierungsprozesse ohne die Reflexion auf die demokratisch konsolidierten Herrschaftssysteme in Westeuropa und deren pluralistische Ausformung nicht sinnvoll wäre. Demokratische Wahlen allein als Maßstab für die Ausformung und Stabilität einer Demokratie heranzuziehen, deckt sich nicht mit dem Betrachtungspunkt dieser Arbeit.

2.2.2. Liberalisierung im alten Regime

Diesem erwähnten Schritt einer möglichen demokratischen Konsolidierung eines Regimes geht zunächst jedoch die Phase der Liberalisierung voraus, oder wie Freise sie nennt, die „*Phase der Krise*“, in welcher das vorhandene Regime in sich zusammenfällt. Geoffrey Pridham beschreibt diesen Übergang als „*democratic transition*“ und deutet hierbei auf die klare Unterscheidung zur „*democratic consolidation*“ hin. Letzterer Prozess ist ein wesentlich langwieriger, der zuerst auch Reste des alten Systems entfernt, die vorerst in der Zeit des Umbruchs noch zur Erhaltung einer gewissen Reststabilität notwendig waren. Erst danach ist der Weg frei für eine grundlegend neue Institutionalisierung und eine Erneuerung der politischen Kultur.³¹

„Mit dem Ende eines nicht-demokratischen Regimes beginnt ein Prozess, den vor allem zwei Charakteristika bestimmen: außergewöhnliche Unsicherheit und außergewöhnliche Dynamik. Auch wenn nach der Beendigung eines autoritären oder totalitären Regimes das erklärte Ziel darin besteht, eine Demokratie einzurichten, ist das Ergebnis doch offen und der Weg zu dem angestrebten Ziel mitnichten klar festgelegt.“³²

³⁰ Frantz, Christiane (2000): „EU-Integration als Transformationsrahmen? Demokratische Konsolidierung in Polen durch die Europäische Union“, Opladen: Leske + Budrich, S.37f

³¹ Pridham, Geoffrey (2005): „Designing Democracy – EU Enlargement and Regime Change in Post-Communist Europe“, Basingstoke: Palgrave Macmillan, S.12

³² Kneuer, Marianne (2006): „Demokratisierung durch die EU: Süd- und Ostmitteleuropa im Vergleich“, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S.31

Diese außergewöhnliche Dynamik, die Marianne Kneuer beschreibt, wird vor allem dadurch manifest, dass in allen drei Phasen der Demokratisierung Ereignisse und Aktivitäten eintreten können, die in ihrer Ausprägung im vorherigen statischen System nicht denkbar gewesen wären. Alle Ebenen des politischen Systems geraten in Bewegung und werden Teil des Demokratisierungsprozesses, dessen Ausgang zu keinem Zeitpunkt der Demokratisierungsphasen vorhergesagt werden kann.³³ Blickt man genauer auf die einzelnen Phasen des Prozesses, so ist zunächst die Ausgangslage von wesentlicher Bedeutung für die weiteren Veränderungen. Die schrittweise Liberalisierung, wie sie auch Bernhard Zeilinger in seiner Arbeit anführt, leitet den Umbruch im bestehenden System ein und ist ein Indiz für die bereits angestauten Energien, die durch das zuvor starre Regime unterdrückt wurden. Die fortschreitende Öffnung des Systems wirkt zuerst marginal, kann aber rasant zu einem Kollaps der politischen Institutionen führen. Zeilinger nennt als Anzeichen einer schleichenden Liberalisierung politische Prozesse, die insbesondere auf eine erhöhte Bürgerbeteiligung hinzielen. Darunter fallen zum Beispiel eine erhöhte Informationsdichte und ein gewisses Maß an Meinungsäußerungsfreiheit, grundlegende Gestaltungsfreiräume für Gewerkschaften und andere Arbeitnehmerverbände, oder die zunehmende Akzeptanz von Grund- und Menschenrechten, die zuvor in einem nur sehr eingeschränkten Maße geduldet waren.³⁴

2.2.3. Systemwechsel und Institutionenbildung

Es sind aber nicht nur die auslösenden Faktoren für einen Umbruch von Bedeutung für eine umfassende Analyse, sondern auch die Betrachtung der entsprechenden Ursachen, die zu den Prozessbewegungen letztlich führen. Kneuer sieht den entscheidenden Moment hin zu einer Demokratie darin gegeben, wenn alte Strukturen und Regeln des bestehenden Regimes durch neue demokratische ersetzt werden. Die Etablierung neuer Institutionen und

³³ Ebd., S.31

³⁴ Zeilinger, Bernhard (2007): „Externe Demokratieförderung in postsozialistischen Transformationsstaaten: Untersuchung der Rahmenbedingungen für die Instrumenten- und Strategiewahl für externe Demokratieförderung der EU“, Wien: Diplomarbeit, S.24

gesellschaftlicher Elemente betrifft bereits die zweite Phase der Demokratisierung, den Systemwechsel, und die Aufmerksamkeit der Wissenschaft richtet sich in diesem Augenblick vor allem auf die Motivation für Auswahl und Anwendung neuer Institutionalisierungen – welche Akteure handeln wie, und warum?³⁵

Klaus von Beyme schreibt dazu: *„Die Bildung der Institutionen wurde gelegentlich unter der Phase der demokratischen Konsolidierung abgehandelt. Sinnvoller ist es, die Institutionalisierung der Demokratie der zweiten Phase zuzordnen (...). Niemand begnügt sich mehr mit Minimaltests, wie sie Huntington in der Abfolge von zwei freien Wahlen oder zwei verfassungsgemäßen Regierungswechseln sah“*.³⁶ Von Beyme beschreibt dabei deutlich, welcher schwierige Analysekonflikt zwischen den einzelnen Phasen der Demokratisierung herrscht und dass besonders die Frage der Institutionenbildung aus seiner Sicht deutliche Merkmale der zweiten Phase trägt, da sie in direktem Zusammenhang zum Systemwechsel steht und daher eindeutig der Phase der Implementierung zuzuordnen sei. Als Beispiel führt er Deutschland an, das nach Huntingtons Klassifizierung ebenso erst ab dem Regierungswechsel 1982/1983 als konsolidiert zu betrachten gewesen wäre.³⁷

Blickt man in diesem Zusammenhang in einem Exkurs auf die jungen Demokratien Osteuropas in Bezug auf die Demokratisierungsprozesse, erstaunt es, wie rasch ein derartiger Übergang vollzogen werden konnte, sodass zumindest die Minimalanforderungen für konsolidierte Demokratien innerhalb nur eines Jahrzehntes in einem überzeugenden Maße erreicht werden konnten. Namhafte Transformationsforscher wie Klaus von Beyme kommen bereits Anfang der 2000er Jahre zu dem Schluss, dass zumindest im Fall von Ostmitteleuropa nicht mehr von einer Transformation, sondern

³⁵ Kneuer, Marianne (2006): „Demokratisierung durch die EU: Süd- und Ostmitteleuropa im Vergleich“, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S.31

³⁶ Beyme, Klaus von (1997): „Parteien im Prozeß der demokratischen Konsolidierung“, In: Merkel, Wolfgang/Sandschneider, Eberhard (Hrsg.): „Systemwechsel 3 – Parteien im Transformationsprozeß“, Opladen: Leske+Budrich, S.30

³⁷ Ebd., S.30f

bereits von einer Konsolidierung gesprochen werden kann.³⁸ Auf die speziellen Auswirkungen der Demokratisierung in den postsozialistischen Staaten werde ich allerdings in einem späteren Kapitel ausführlicher eingehen.

2.2.4. Demokratische Konsolidierung

Den anspruchsvollsten Analysebereich stellt sicherlich die dritte Phase der Demokratisierung dar, die Konsolidierungsphase. Kneuer schreibt dazu: *„Während sich diese beiden ersten Phasen relativ gut abgrenzen lassen, ist bei der dritten Phase, der Konsolidierung, vor allem Umfang und Ende schwer zu fassen.“*³⁹ Was die Autorin damit ausdrückt, ist die Tatsache, dass in der wissenschaftlichen Debatte besonders die Festlegung auf spezielle Kriterien und Inhalte, sowie Indikatoren für den Abschluss und den etwaigen Erfolg einer Konsolidierung noch weitgehend fehlen.⁴⁰ Auch Matthias Freise weist auf die besondere Herausforderung der Unterscheidung der einzelnen Transformationsphasen hin. Sein Ansatz beruht in der Differenzierung zwischen der grundlegenden Implementierung demokratischer Staatsinstitutionen und der *„Verfestigung, Legitimierung und Stabilisierung des neuen politischen Systems und aller seiner Komponenten“*.⁴¹

Dass es keinesfalls legitim ist, diesen Ansatz unter der Prämisse zu verstehen, das implementierte demokratische Institutionengefüge führe zwangsläufig oder gar automatisch zu einer Stabilisierung und damit Konsolidierung demokratischer Strukturen, zeigen insbesondere auch die neuen postautoritären Demokratien der „dritten Demokratisierungswelle“, die durchwegs zum großen Teil auch Rückschläge in ihrer Konsolidierungsphase

³⁸ Lang, Kai-Olaf (2005): „Nihil novi – Neue Konzepte der Demokratie in Ostmitteleuropa?“, In: Thiemeyer, Guido/Ullrich, Hartmut (Hrsg.): „Europäische Perspektiven der Demokratie: Historische Prämissen und aktuelle Wandlungsprozesse in der EU und ausgewählten Nationalstaaten“, Frankfurt/Main: Europäischer Verlag der Wissenschaften, S.231

³⁹ Kneuer, Marianne (2006): „Demokratisierung durch die EU: Süd- und Ostmitteleuropa im Vergleich“, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S.31

⁴⁰ Ebd., S.32

⁴¹ Freise, Matthias (2004): „Externe Demokratieförderung in postsozialistischen Transformationsstaaten“, Münster: LIT, S.35

erleiden mussten und damit das von Kneuer erklärte „offene Ende“ bestätigen zu scheinen.⁴²

Wie Merkel, Sandschneider und Segert in der Einleitung zu ihrem Sammelband „*Systemwechsel 2*“ aus dem Jahr 1996 über die Institutionalisierung der Demokratie mit Bezug auf Linz und Stepan bereits wenige Jahre nach dem Regimekollaps in Osteuropa anführen, lässt sich die Konsolidierungsphase am besten durch die Aufteilung in vier ineinandergreifende Schritte systematisieren. Dazu zählen für die Autoren die „*structural consolidation*“, die „*representational consolidation*“, die „*behavioural consolidation*“, sowie die „*attitudinal consolidation*“. Jeder dieser Konsolidierungsprozesse umfasst dabei einen tragenden Politikbereich, der letztlich nur in Verbindung zu den anderen Bereichen als konsolidiert betrachtet werden kann. Das bezieht sich auf die politischen Institutionen gleichermaßen, wie auf Parteien- und Interessensverbände oder die Zivilgesellschaft, wenngleich die Autoren anführen, dass historisch betrachtet eine Konsolidierung der ersten Phase, nämlich der Institutionenbildung und rein konstitutionellen Strukturierung der demokratischen Ordnung, häufig zuerst als abgeschlossen bezeichnet werden kann.⁴³

2.3. Externe Demokratisierung

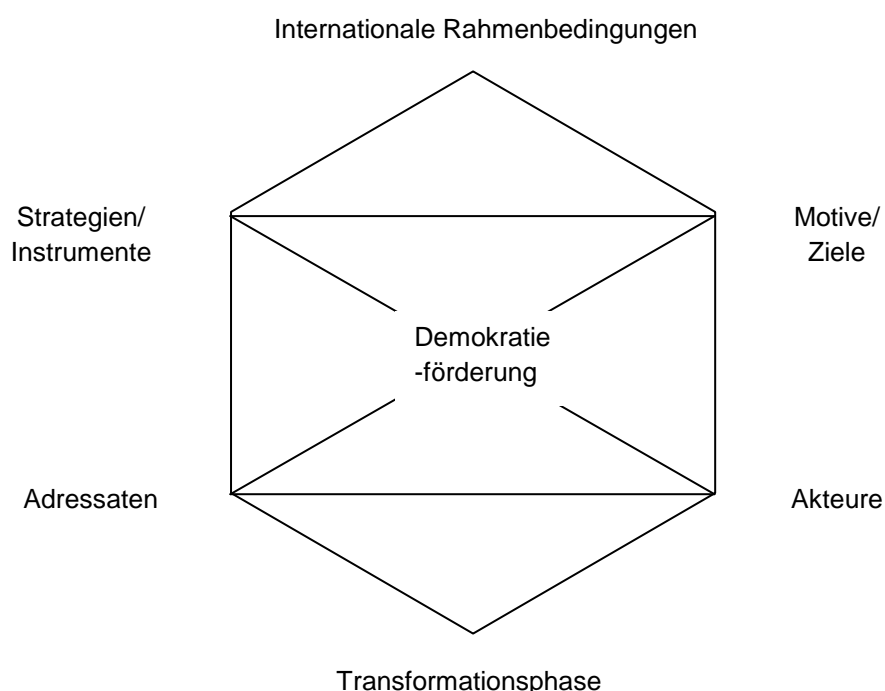
Nachdem nun die theoretischen Grundlagen für Transformations- und Demokratisierungsprozesse näher beleuchtet und skizziert wurden, soll im Folgenden ein Blick auf die möglichen Formen von externer Demokratisierung geworfen werden, insbesondere auf die externe Demokratisierung durch politische Akteure und Institutionen. Dabei werden bewusst innersystemische Demokratisierungsverläufe ausgespart, um den Fokus dieser Arbeit gezielt auf die äußeren Einflüsse durch systemfremde Proponenten lenken zu können.

⁴² Merkel, Wolfgang/Sandschneider, Eberhard/Segert, Dieter (1996): „Die Institutionalisierung der Demokratie“, In: Merkel, Wolfgang/Sandschneider, Eberhard/Segert, Dieter (Hrsg.): „Systemwechsel 2: Die Institutionalisierung der Demokratie“, Opladen: Leske+Budrich, S.9

⁴³ Ebd., S.12

Eberhard Sandschneider bezeichnet den Prozess der externen Beeinflussung von Transformationsabläufen als einen der wesentlichsten, aber gleichzeitig schwierigsten Betrachtungspunkte der Vergleichenden Transformationsforschung. Die Anwendung des Begriffs der „Demokratieförderung“ scheint hierbei oftmals eine elegante Möglichkeit sein, dieses Problem darstellen zu wollen, obwohl gerade in diesem Zusammenhang die Schwierigkeit darin besteht, herauszufiltern, welche Aktionen gezielt auf eine Stärkung demokratischer Grundlagen hinführen und welche Aktionen lediglich der generellen Unterstützung von Transformationsprozessen dienen.⁴⁴ Sandschneider entwickelt ein „Sechseck der externen Demokratieförderung“ in dem er jene Elemente herausarbeitet, die aus seiner Sicht einen externen Demokratisierungsprozess begründen und das ich zur besseren Veranschaulichung auch für meine Arbeit übernehmen möchte:

Abbildung 1: „Sechseck der Demokratieförderung“⁴⁵



⁴⁴ Sandschneider, Eberhard (2003): „Externe Demokratieförderung. Theoretische und praktische Aspekte der Außenunterstützung von Transformationsprozessen“, München: Centrum für angewandte Politikforschung, S. 3 – abgerufen am 31.10.2011 unter http://www.cap.lmu.de/download/2003/2003_sandschneider.pdf

⁴⁵ Ebd., S.10

Die vorliegende Arbeit möchte sich an diesem „*Strukturierungsraster*“⁴⁶, wie ihn Sandschneider nennt, orientieren, wenngleich nicht alle Aspekte gleichermaßen intensiv und abgetrennt untersucht werden sollen. Ich möchte im Folgenden besonders auf Akteure, Motive und Instrumente eingehen, da diese auch von vorrangiger Bedeutung für die weiteren Analyseschritte im Verlauf der Arbeit sind.

2.3.1. Akteure und Institutionen

Dass vor allem andere Demokratien als externe Beeinflusser in dieser Hinsicht in Aktion treten, sieht Eberhard Sandschneider deshalb gegeben, weil Nationalstaaten grundsätzlich dahin tendieren, ihren eigenen Systemtyp zur besseren Vernetzung mit anderen Regimen nach außen zu tragen und andere Herrschaftssysteme durch nachhaltige Förderung an das eigene anzupassen.⁴⁷ Eine bedeutende Rolle in dieser Auseinandersetzung spielen dabei Akteure und Institutionen, die als Vermittler zwischen dem internationalen System und den nationalen Akteuren in Aktion treten. Die wichtige Frage, die dabei gestellt werden muss, formuliert Christof Hartmann:

*„Welche Akteure (Staaten, Internationale Organisationen, Nicht-Staatliche Akteure) haben wann (Zeitpunkt der Intervention) mit welchen Aktivitäten und Strategien (Mittel und Ressourcen) in die Transitionsprozesse eingegriffen? Und auf welche internen Akteure haben sie dabei unterstützend oder bremsend eingewirkt?“*⁴⁸

Ohne diese Frage an dieser Stelle für das vorliegende Forschungsgebiet inhaltlich beantworten zu wollen, kann jedoch zunächst davon ausgegangen werden, dass die Funktion externer Demokratisierung besonders nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und dem darauffolgenden Demokratisierungsschub in dieser Region auch in der restlichen Welt eine neue Bedeutung erfahren hat. Demokratie schien nach dem Kollaps des Staatssozialismus als der überlegene Sieger im Kampf um die

⁴⁶ Ebd., S.11

⁴⁷ Ebd., S.3

⁴⁸ Hartmann, Christof (1999): „Externe Faktoren im Demokratisierungsprozeß: Eine vergleichende Untersuchung afrikanischer Länder“, Opladen: Leske + Budrich, S.55

Regimevorherrschaft und wurde, beginnend mit den 1990er Jahren, auch dementsprechend von den westlichen Staaten und internationalen Organisationen propagiert. Dass sich dieser Anstieg an Demokratisierungsengagement deutlich erhöht hat, formuliert auch Tatjana Reiber mit einer Referenz auf Zahlen der Weltbank, die für den Zeitraum von 1991 bis 2000 eine Verzehnfachung der Ausgaben für externe Demokratieförderung angibt.⁴⁹

Unabhängig von den jeweiligen Fördermaßnahmen kommen den unterschiedlichen Akteursgruppen allerdings auch spezielle Aufgabenbereiche in einem Demokratisierungsprozess zu. Während internationale Organisationen mit einer starken formellen nationalstaatlichen Verankerung, wie zum Beispiel die Europäische Union, die Vereinten Nationen oder die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, hauptsächlich an der Schaffung notwendiger politischer Strukturen und Institutionen in einem Transformationsland interessiert sind, greifen nicht-staatliche Organisationen vor allem in die „weichen“ Politikbereiche ein und fördern transparente und teilhabende Politikprozesse. Auch die Ausprägung einer gelebten politischen Kultur und die Entwicklung einer kritischen Medienlandschaft werden zumeist von nicht-staatlichen Akteuren aktiver mitgetragen, als von den internationalen Organisationen und staatlichen Akteuren, deren vorrangiges Anliegen das Funktionieren des politischen Institutionengefüges ist. Es ist also für das Ergebnis eines Demokratisierungsprozesses durchaus als wesentlich zu bewerten, welche Akteursgruppen sich in welcher Stärke daran beteiligen, da durch diese Analyse auch die generelle Zielsetzung der Demokratieförderung wirksam eingeschätzt werden kann.⁵⁰

Für Samuel P. Huntington waren die globalen externen Hauptakteure der „dritten Demokratisierungswelle“ Ende der 1980er Jahre vor allem die

⁴⁹ Reiber, Tatjana (2009): „Instrumente der Demokratieförderung: Wer, wann, wie? Eine Strukturierung von Erfolgsbedingungen“, In: Erdmann, Gero/Kneuer, Marianne (Hrsg.): „Externe Faktoren der Demokratisierung“, Baden-Baden: Nomos, S.213

⁵⁰ Lehner, Marco (2007): „Internationale Akteure als Partner im ukrainischen Demokratisierungsprozess – Analyse der Menschenrechtsproblematik am Beispiel der Ukraine“, Wien: Diplomarbeit, S.108

Vereinigten Staaten von Amerika, die Europäischen Union, die Sowjetunion und der Vatikan. Während die Vereinigten Staaten den lateinamerikanischen und asiatischen Transformationsländern Unterstützung boten, setzte sich der Vatikan besonders für die katholisch geprägten Staaten ein und die Europäische Union intensivierte ihre Auseinandersetzung mit Süd- und Osteuropa. Die Sowjetunion unterstützte die Demokratisierungsbestrebungen insofern, als dass sie ihren Widerstand gegenüber einer Liberalisierung und Demokratisierung fallen ließ. Allen diesen Akteuren war aber gemein, dass sie beginnend mit Ende der 1970er Jahre, eine Änderung ihrer Politstrategie durchliefen, ohne welche die „dritte Demokratisierungswelle“ deutlich begrenzter vonstattengegangen wäre.⁵¹

2.3.2. Motive und Ziele

An der Vielzahl an unterschiedlichen Akteuren lässt sich auch erkennen, dass nicht nur die handelnden Proponenten, sondern auch die Motive und Zielsetzungen vielfältig sind und sich jeweils in Abhängigkeit zu dem ausführenden Akteur anders darstellen. Sandschneider nennt dazu „*drei zentrale Gesichtspunkte*“, die aus seiner Perspektive die politischen Erwartungen am systematischsten einordnen lassen:

- Friedenssicherung durch konsolidierte Demokratien
- Schaffung von Regimetypen, die als stabile Partner am internationalen Institutionengefüge teilnehmen können
- Entwicklung marktwirtschaftlicher Strukturen zur Herausbildung neuer ökonomischer Partner für den etablierten westlichen Wirtschafts- und Konsumraum⁵²

In diesen drei Hauptkategorien lassen sich nach Sandschneider die wesentlichen Motivationen und Ziele der externen Demokratisierungsakteure wiederfinden. Die jeweiligen Beweggründe, sich für ein spezielles Instrument

⁵¹ Huntington, Samuel P. (1991): „The Third Wave – Democratization in the Late Twentieth Century“, Norman/London: University of Oklahoma Press, S.85ff

⁵² Sandschneider, Eberhard (2003): „Externe Demokratieförderung. Theoretische und praktische Aspekte der Außenunterstützung von Transformationsprozessen“, München: Centrum für angewandte Politikforschung, S. 15 – abgerufen am 31.10.2011 unter http://www.cap.lmu.de/download/2003/2003_sandschneider.pdf

der Demokratieförderung zu entscheiden, stehen dabei immer im Zusammenhang zu den entsprechenden Interessen und Überlegungen der handelnden Proponenten. Man kann immer von systemabhängigen Faktoren sprechen, die einen Einblick in die Motive der jeweiligen Akteure geben.⁵³

Neben den konkreten Demokratisierungsvorstellungen und Erwartungshaltungen gibt es vor allem in den internationalen Organisationen, die auf Mitgliedschaft von Nationalstaaten basieren, tendenziell eine Institutionenstruktur, die bereits in ihren Statuten auf demokratische Grundwerte abzielt. Unter diesem Aspekt ist es weniger die Organisation selbst, die ihre Motive und Ziele für ein bestimmtes Demokratisierungsmodell neu ausrichtet, als vielmehr eine bereits vorhandene, indirekte Zielsetzung, die in der Anreizstruktur verankert liegt. Will ein Nationalstaat zum Beispiel der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa beitreten, muss er von vornherein bestimmte Zielsetzungen dieser Organisation, die auf einem demokratisch orientierten Grundmuster fußen, anerkennen. Der Aufnahmekandidat wird dabei zwar beim Erreichen dieser Ziele unterstützt, sie sind aber gleichsam bereits vorab festgelegt und können nicht gemeinsam erarbeitet werden, beziehungsweise nur unter besonderen Umständen minimal an die individuelle Situation angepasst werden. Es existiert also neben gezielten maßgeschneiderten Motiven auch etwas, das Christof Hartmann als „*globalen Homogenisierungsdruck*“ bezeichnet und das als eine vorausgesetzte generelle Grundmotivation betrachtet werden kann.⁵⁴

2.3.3. Instrumente der Demokratieförderung

Abhängig von der Motivlage und dem Stand des Demokratisierungsprozesses, sowie des ausgewählten Adressaten einer Maßnahme, kommen unterschiedliche Instrumente der Demokratieförderung infrage, deren Auswahlkriterium sich auch anhand der momentanen

⁵³ Zeilinger, Bernhard (2007): „Externe Demokratieförderung in postsozialistischen Transformationsstaaten: Untersuchung der Rahmenbedingungen für die Instrumenten- und Strategiewahl für externe Demokratieförderung der EU“, Wien: Diplomarbeit, S.75f

⁵⁴ Hartmann, Christof (1999): „Externe Faktoren im Demokratisierungsprozeß: Eine vergleichende Untersuchung afrikanischer Länder“, Opladen: Leske + Budrich, S.42ff

Transformationsphase begründen lässt. Tatjana Reiber vertritt die Ansicht, dass das zuvor dargelegte Phasenmodell der Transformation auch konkrete Auswirkungen auf die Anwendung bestimmter Instrumentarien hat, da je nach dem Fortschritt der Transformation auch die Instrumente mehr oder weniger erfolgreich anwendbar sind. Reiber kritisiert, dass die bisherige Forschung zu diesem Thema hauptsächlich generelle Aussagen über den Zeitpunkt der maximalen Wirksamkeit externer Demokratisierungsmaßnahmen getroffen hat, aber nicht welche der Maßnahmen explizit die gesetzten Ziele am besten umzusetzen vermag.⁵⁵

Für die vorliegende Arbeit ist besonders die Konsolidierungsphase von Bedeutung. Reiber sieht für diese Phase weniger die Notwendigkeit genereller institutioneller Maßnahmen, sondern vielmehr den Legitimationserwerb bereits entstandener Institutionen. *„Zentrale Herausforderungen sind die Verbreitung, Akzeptanz und Internalisierung der neuen demokratischen Regeln und Normen in der Gesellschaft“*⁵⁶ Die Instrumente, die in der Konsolidierungsphase zum Erreichen dieser Ziele am geeignetsten erscheinen, sind Instrumente des Wissenstransfers und des Dialogs. Solche Maßnahmen sind für mittel- bis langfristige Vorhaben geeignet, da die gesellschaftlichen Umwälzprozesse wohl zu den trägsten in einem Transformationsland zählen. Reiber weist aber im Zusammenhang mit dem Phasenmodell auf die Problematik hin, dass die einzelnen Phasen üblicherweise überlappend und teilweise gleichzeitig auftreten können und daher auch die Instrumentenwahl dementsprechend erfolgen muss.⁵⁷

Die Instrumente, die zur externen Demokratieförderung in Betracht gezogen werden können, lassen sich am geeignetsten durch die fünf Kategorien Konditionalität, Legitimierung, materielle Förderung, Wissenstransfer und Dialog widerspiegeln. Konditionalität wie Legitimierung zielen dabei auf ein gewisses Maß an Abhängigkeit des Transformationslandes in Bezug auf den Förderer ab. Die Legitimierung des eigenen Regimetyps wird dabei oftmals

⁵⁵ Reiber, Tatjana (2009): „Instrumente der Demokratieförderung: Wer, wann, wie? Eine Strukturierung von Erfolgsbedingungen“, In: Erdmann, Gero/Kneuer, Marianne (Hrsg.): „Externe Faktoren der Demokratisierung“, Baden-Baden: Nomos, S.224f

⁵⁶ Ebd., S.226

⁵⁷ Ebd., S.226f

zuerst durch die Anerkennung über externe Akteure herbeigeführt, als durch eine Legitimationsbasis, die im nationalen Gefüge entsteht. Das ist darauf zurückzuführen, dass innerhalb der nationalen Strukturen noch kein ausreichendes Maß an Akzeptanz des neuen Regimes gegeben ist, sodass versucht wird, diese Legitimation über die Unterordnung in das internationale Institutionengefüge herzustellen.⁵⁸

Diese Anerkennung durch die internationale Gemeinschaft kann nach Abschluss der Errichtung formaler demokratischer Strukturen meist relativ unkompliziert und rasch erfolgen. Ein schwierigeres Instrument ist hingegen die direkte Ausschüttung von finanziellen Mitteln. Der Einsatz von unmittelbaren Geldflüssen setzt sowohl auf der Geberseite eine entsprechende Finanzstärke, als auf der Empfängerseite das Vorhandensein der notwendigen Strukturen voraus. Fehlen die Institutionen auf Seiten des Transformationslands, um die Fördermittel entsprechend verwenden zu können – etwa durch einen noch nicht vorhandenen Verwaltungsapparat –, fließt die finanzielle Unterstützung ins Leere, oder versickert in Korruptionskanälen. Dabei spielt auch die zeitliche Dimension eine Rolle, da besonders jene Fördermaßnahmen von Erfolg gekrönt sind, die gezielt und zeitlich begrenzt ausgeschüttet werden. Schafft es ein Adressat nicht, durch die materielle Hilfe dauerhafte Veränderungen zu erzielen, bleibt das materielle Abhängigkeitsverhältnis langfristig bestehen.⁵⁹

Anders als bei den drei zuvor genannten Instrumentarien, spielt bei den Instrumenten des Wissenstransfers und des Dialogs vor allem die Autorität des handelnden externen Akteurs eine große Rolle. Die Fragen, die sich hier stellen, sind: Traut man dem externen Akteur zu, glaubhaft als Wissensvermittler aufzutreten? Ist der externe Akteur integer genug, um durch seine Argumentation eine nachhaltige Veränderung herbeiführen zu können? Diese beiden Instrumente spielen vor allem auf Basis nicht-

⁵⁸ Zeilinger, Bernhard (2007): „Externe Demokratieförderung in postsozialistischen Transformationsstaaten: Untersuchung der Rahmenbedingungen für die Instrumenten- und Strategiewahl für externe Demokratieförderung der EU“, Wien: Diplomarbeit, S.94f

⁵⁹ Reiber, Tatjana (2009): „Instrumente der Demokratieförderung: Wer, wann, wie? Eine Strukturierung von Erfolgsbedingungen“, In: Erdmann, Gero/Kneuer, Marianne (Hrsg.): „Externe Faktoren der Demokratisierung“, Baden-Baden: Nomos, S.221f

staatlicher Akteure eine große Rolle, denen aufgrund ihres fehlenden Naheverhältnisses zu einem anderen Nationalstaat oder einer internationalen Organisation vielfach mehrere Ziele zugestanden werden, als rein strategisch-machtpolitische Überlegungen.⁶⁰

Bei der Auswahl der Instrumente für externe Demokratieförderung ist dabei auch der tatsächliche Anwendungsbereich von großer Bedeutung. Fühlen sich gewisse Adressaten zu wenig unterstützt im Vergleich zu anderen, können solche einseitigen Fördermaßnahmen letztlich auch zu Unruhe und Unverständnis führen.⁶¹

2.3.4. Politische Konditionalität

Einen besonders bemerkenswerten Forschungsbereich liefert aus meiner Sicht das Instrument der „politischen“ beziehungsweise „demokratischen Konditionalität“, das im Folgenden näher betrachtet werden soll, da dieses Instrument auch dezidiert im Umgang der Europäischen Union mit Demokratisierungsbemühungen in Osteuropa eine große Rolle spielt. Allerdings ist die demokratische Konditionalität keine originäre Erfindung der Europäischen Union, sondern wurde bereits zuvor in vielfältiger Weise, zum Beispiel durch den Internationalen Währungsfonds (IWF), genutzt.

Bereits seit dem Ende des Kalten Krieges kann eine zunehmende Inanspruchnahme des Instruments der politischen Konditionalität zur Einflussnahme auf Transformationsstaaten beobachtet werden. Während allerdings in den 1970er Jahren das Mittel der Konditionalität noch mit geringen politischen Avancen verbunden wurde und hauptsächlich als Methode der Verteilung von Fördermitteln im Rahmen von Strukturanpassungsprogrammen angewandt wurde, änderte sich die Zielsetzung dieser Methode mit dem Zusammenbruch des Ostblocks. Hier wurden von Anfang an die Vergabe von finanziellen Mitteln und materiellen Unterstützungen an eine direkte Hinführung der Demokratisierungs-

⁶⁰ Ebd., S.222

⁶¹ Ebd., S.229

kandidaten an westliche Markt- und Politikstandards geknüpft.⁶² Diese Methode einer vorrangig materiell-ökonomisch motivierten Konditionalität, „zielt daher immer auch, und sei es implizit, wie im Fall des Good Governance-Konzepts, auf eine Demokratisierung der politischen Systeme in den Empfängerländern ab.“⁶³ Die „vermeintliche Wunderwaffe“, wie Solveig Richter die politische Konditionalität bezeichnet, ist keineswegs ausschließlich demokratischen Belangen vorbehalten. Speziell internationale Organisationen wie NATO oder OSZE greifen auch immer wieder auf dieses Instrument zurück, fordern dabei aber von den Empfängerländern in einem deutlich geringeren Ausmaß Demokratie und Rechtsstaatlichkeit ein, als vielmehr Sicherheit und Stabilität.⁶⁴

Kernpunkt der Konditionierungsstrategie ist die vorhandene Anreizstruktur seitens des externen Akteurs. Die Abwicklung eines Demokratisierungsprozesses über eine derartige Belohnungsstrategie nimmt damit aber gleichzeitig in Kauf, dass der Adressat einer Maßnahme zunächst nicht primär an einem tatsächlichen Sinneswandel interessiert sein muss, sondern lediglich die formal vereinbarten Kriterien zu erreichen hat, um in den Genuss der ausgehandelten Förderungen zu gelangen. Die Anreizebene ist dabei ebenso vielfältig wie unterschiedlich: einerseits können finanzielle oder materielle Aspekte eine Rolle spielen, andererseits ist eine Konditionierung auch mittels sozialer Begünstigungen und institutioneller Beteiligungen durchsetzbar. Richter schreibt dazu: *„Politische Konditionalität fußt demnach auf dem Wirkungsprinzip einer ‚asymmetrischen Interdependenz‘ (Schimmelfennig 2003: 418): Die Kriterien werden einseitig von der internationalen Organisation gesetzt und von den Staaten akzeptiert, eine Erfüllung garantiert beiden Seiten Vorteile.“*⁶⁵ Kommt es zu einem Nichterreichen vereinbarter Ziele, entsteht aber trotzdem nur dem Empfänger

⁶² Schmitz, Andrea (2009): „Entwicklungspolitische Konditionalität und Demokratisierung“, In: Erdmann, Gero/Kneuer, Marianne (Hrsg.): „Externe Faktoren der Demokratisierung“, Baden-Baden: Nomos, S.127

⁶³ Ebd., S.127

⁶⁴ Richter, Solveig (2009): „Wirkungsmechanismen politischer Konditionalität in den Demokratisierungsprozessen Osteuropas“, In: Erdmann, Gero/Kneuer, Marianne (Hrsg.): „Externe Faktoren der Demokratisierung“, Baden-Baden: Nomos, S.147f

⁶⁵ Ebd., S.150

der Förderleistung ein tatsächlicher Schaden, der Geber selbst hat außer dem Verfehlen einer Erweiterung seines Einflussraumes keine besonderen Nachteile zu befürchten.⁶⁶

Geht man nun in weiterer Folge konkreter auf die Konditionierungsbemühungen der Europäischen Union ein, stößt man auf den Prozess der demokratischen Konditionalität im europäischen Rahmen vor allem in Hinblick auf die Angleichung der postsozialistischen Staaten an die Wirtschafts- und Werteideologie der Europäischen Union. Dieses Instrument wurde erstmals im Zuge der Osterweiterung der Europäischen Union angewandt und knüpfte den Fortschritt und Verlauf der Beitrittsverhandlungen eng an die Umsetzung demokratiepolitisch relevanter Transformationsprozesse.⁶⁷

Eine besondere Rolle kommt der Konditionalität auch im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) zu, die jedoch in diesem Fall seitens der Wissenschaft sehr zwiespältig betrachtet wird. So scheint es zum Beispiel für Timm Beichelt klar, dass die Konditionalität in Verbindung mit der ENP nur von wenig Erfolg gekrönt sein kann, da sie keinen wesentlichen Anreiz, wie eine Beitrittsperspektive, als Hintergrund hat.⁶⁸ Dieser Umstand führt zu einer interessanten Merkmalsbetrachtung der Konditionalität: die Anreize müssen für den jeweiligen Akteur erheblich groß sein, damit dieses Instrument tatsächlich wirksam werden kann. So führt zum Beispiel Franziska Smolnik für die Wirkung der Konditionalität in Südosteuropa an:

⁶⁶ Ebd., S.150

⁶⁷ Smolnik, Franziska (2008): „Zwischen Anspruch und Wirklichkeit: Die EU-Konditionalität als Demokratisierungsinstrument. Eine Studie zur externen Demokratieförderung an den Beispielen Georgien und Mazedonien“, In: „Arbeitspapiere des Osteuropa-Instituts der Freien Universität Berlin“, 66/2008, Berlin: Osteuropa-Institut der Freien Universität Berlin, S.10

⁶⁸ Beichelt, Timm (2007): „Externe Demokratisierungsstrategien der Europäischen Union: die Fälle Belarus, Moldova, Ukraine“, in: Jünemann, Annette/Knodt, Michèle (Hrsg.): „Die externe Demokratieförderung der Europäischen Union“, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, S.8

„Die empirischen Befunde zeigen, dass der angenommene Einfluss des Instruments der Konditionalität überprüft und die oft attestierte Attraktivität der in Aussicht gestellten Anreize hinterfragt werden muss.“⁶⁹

Die Anreizpolitik spielt bei großen Staaten eine besonders bedeutsame Rolle. Wenn man sich exemplarisch, ohne ins Detail zu gehen, die Beziehungen der Europäischen Union zur Türkei ansieht, erkennt man durchaus ein Funktionieren der „sticks and carrots“ Methode. Ins Deutsche übertragen, wäre die Redewendung wohl mit „Zuckerbrot und Peitsche“ zu übersetzen. Solange die Türkei konkrete Anreize wirtschaftlicher Art (zum Beispiel einen erleichterten Zugang zum europäischen Binnenmarkt), oder das langfristige Ziel eines EU-Beitritts vor Augen hatte, kam sie den Bedingungen der Europäischen Union zur Demokratisierung und Liberalisierung auch in schwierigen gesellschaftspolitischen Themen durchwegs nach. Erst seit die Aussicht auf einen raschen EU-Beitritt durch das Anstreben einer „privilegierten Partnerschaft“ gesunken ist, stocken auch die liberalen Reformen im Land wieder.⁷⁰

Und es gibt auch Kritik, die auf die Mehrgleisigkeit der Demokratisierungsbestrebungen der Europäischen Union abzielt. Wie Smolnik mit Jünemann und Knodt erklärt, lässt sich die Demokratisierungsmethodik der Europäischen Union durchaus als eine der „double standards“ beschreiben, die jenen Ländern mehr Spielraum im Rahmen der Konditionalität und Demokratisierungsbestrebungen der Europäischen Union ermöglicht, die von besonderer strategischer oder wirtschaftlicher Bedeutung sind.⁷¹

⁶⁹ Smolnik, Franziska (2008): „Zwischen Anspruch und Wirklichkeit: Die EU-Konditionalität als Demokratisierungsinstrument. Eine Studie zur externen Demokratieförderung an den Beispielen Georgien und Mazedonien“, In: „Arbeitspapiere des Osteuropa-Instituts der Freien Universität Berlin“, 66/2008, Berlin: Osteuropa-Institut der Freien Universität Berlin, S.11

⁷⁰ Smith, Thomas W. (2003): „Conditionality: human rights reform in Turkey“, In: Kubicek, Paul J. (Hrsg.): „The European Union and Democratization“, London/New York: Routledge, S.127f

⁷¹ Smolnik, Franziska (2008): „Zwischen Anspruch und Wirklichkeit: Die EU-Konditionalität als Demokratisierungsinstrument. Eine Studie zur externen Demokratieförderung an den

Dabei setzt die Europäische Union auf das Prinzip des „*Democracy Mainstreaming*“, wonach die Außenbeziehungen der Europäischen Union generell in allen Belangen politische Klauseln enthalten müssen, die auf die Einhaltung demokratischer Grundregeln und Menschenrechte drängen. Man kann hierbei zwischen negativer und positiver Konditionalität unterscheiden: Negative Konditionalität bringt das Aussetzen beziehungsweise Sanktionieren bestimmter Maßnahmen mit sich, während positive Konditionalität durch zusätzliche Förderanreize, wie die Teilhabe an diversen europäischen Gremien oder die Ausschüttung weiterer finanzieller Fördermittel, vermittelt wird. Neben der Konditionalitätsklausel existiert in diesem Zusammenhang auf europäischer Ebene auch die Suspensionsklausel, die im Falle einer Missachtung oder eines Nichterreichens vereinbarter Zielsetzungen schlagend werden soll. Allerdings kam es bisher trotz Verfehlungen von Demokratisierungskandidaten aus Angst vor geostrategischen Nachteilen zu keinerlei konsequenter Anwendung derartiger Sanktionsmechanismen.⁷²

Wie effektiv derlei externe Demokratieförderung durch sanktionierende oder belohnende Fördermaßnahmen tatsächlich bisher waren, darüber entzweit sich jedoch der wissenschaftliche Diskurs. Sowohl die faktische, als auch die formale Wirksamkeit politischer Konditionierung wird in Bezug auf die demokratische Konsolidierung eines Transformationslandes erheblich in Frage gestellt. Jürgen Neyer weist mit Ottaway und Chung darauf hin, dass Untersuchungen in betroffenen Ländern gezeigt haben, wie entsprechende Reformmaßnahmen im Rahmen eines Förderanreizes vorrangig oberflächlich wirkten und sich letztlich kaum längerfristig und tiefgreifend halten konnten. Und eine weitere negative Auswirkung sieht Neyer in der Tatsache, dass eine finanzielle Unterstützung mittels eines hierarchischen

Beispielen Georgien und Mazedonien“, In: „Arbeitspapiere des Osteuropa-Instituts der Freien Universität Berlin“, 66/2008, Berlin: Osteuropa-Institut der Freien Universität Berlin, S.17f

⁷² Felske, Julia (2011): „Möglichkeiten und Grenzen externer Demokratieförderung: Die Europäische Union und die Bundesrepublik Deutschland in Georgien“, Osnabrück JMCE Award Series Nr. 01 (2011), S.23f – abgerufen am 31.10.2011 unter http://repositorium.uni-osnabrueck.de/bitstream/urn:nbn:de:gbv:700-201110188428/4/Osnabrueck_JMCE_AwardSeries_01_2011_Felske.pdf

„top-down“-Prozesses in einigen Fällen sogar dazu geführt hat, dass die geförderten (meist zivilgesellschaftlichen) Einrichtungen nicht mehr, oder nur unter Vorbehalt autonom bleiben konnten, sondern zumindest in der öffentlichen Reflexion als „Handlanger“ der unterstützenden Akteure wahrgenommen wurden – mit den entsprechenden negativen Konnotationen, wie einem erheblichen Authentizitätsverlust und dem Verlust der finanziellen Unabhängigkeit.⁷³

2.3.5. Demokratischer Frieden

Ein anderer Faktor, der ebenfalls einen Transformations- und Demokratisierungsprozess von außen aktivieren kann, ist Krieg. Auch Wolfgang Merkel hat sich intensiv mit der Frage beschäftigt, ob eine kriegerische Handlung grundlegend zum „*Geburtshelfer von Demokratien*“ werden kann und kommt zu dem interessanten Ergebnis, dass gerade die gewaltigen Weltkriege letztlich zu einer intensiven Verbreitung der Demokratie als Herrschaftsmodell führten, auch wenn diese Krieg nicht vorrangig dieses Ziel hatten.⁷⁴ Die Problematik, die sich hinter diesen Überlegungen für die Transformations- und Demokratisierungsforschung verbirgt, ist jene nach der „*Stunde null*“ – nämlich ob nach einer kriegerischen Auseinandersetzung und dem darauf folgenden Kollaps eines Systems ein konkreter Zeitpunkt ausfindig gemacht werden kann, der das Ende des Konflikts und den Beginn des Transformationsprozesses markiert. Dass nach einer derartig kapitalen Krise kaum jemand den Vorkriegszustand wiederherstellen möchte, hat zur Folge, dass in solchen Situationen fast generell von einer notwendigen Transformation die Rede sein kann. Die gesellschaftliche Zerstörungskraft des Krieges bringt aber auch für Transformationsprozesse eine zusätzliche Anstrengung mit sich, da anders als bei sich schleichend liberalisierenden Systemen, vor allem die Zivilgesellschaft und die soziale Struktur insgesamt in beträchtliche Mitleidenschaft gezogen wird und ein gehöriges Maß an Misstrauen und

⁷³ Neyer, Jürgen (2008): „Externe Demokratisierung in Mittel- und Osteuropa und die Beständigkeit der politischen Kultur“, In: Gosewinkel, Dieter/Schuppert, Gunnar Folke (Hrsg.): „Politische Kultur im Wandel von Staatlichkeit“, Berlin: edition sigma, S.230f

⁷⁴ Merkel, Wolfgang (2009): „Demokratie ‚durch‘ Krieg?“, In: Erdmann, Gero/Kneuer, Marianne (Hrsg.): „Externe Faktoren der Demokratisierung“, Baden-Baden: Nomos, S.37

Gewaltbereitschaft die Gesellschaft durchdringt. Es muss daher im Falle eines Krieges zunächst versucht werden, einen für alle Konfliktparteien tragbaren Konsens für ein Fortbestehen oder eine Neuschaffung der nationalen Einheit zu finden. Gelingt dies nicht, wird es im Normalfall zum Auseinanderbrechen der staatlichen Strukturen kommen.⁷⁵

Dieses Modell soll an dieser Stelle als theoretischer Ansatz genannt werden, auch wenn es in der Debatte um die Welle der postsozialistischen Transformationen eine untergeordnete Rolle spielt. Das zuvor besprochene Phasenmodell hingegen geht hauptsächlich von der Liberalisierung eines bestehenden Systems und dem langsam voranschreitenden Wandel als Grundlage für den Beginn eines Demokratisierungsprozesses aus und lässt daher diese Möglichkeit der plötzlichen Vernichtung eines bestehenden Systems durch Krieg weitgehend außer Acht. Das Theoriemodell, das sich mit dieser speziellen Funktion des Kriegs auseinandersetzt, findet seine wissenschaftstheoretische Heimat besonders in der Auseinandersetzung um den „demokratischen Frieden“ und soll hier nicht ausführlicher diskutiert werden.

2.4. Postsozialismus und Demokratisierung

Wenn hier hauptsächlich von externer Demokratisierung die Rede ist, so liegt das an der dezidierten Zielrichtung der vorliegenden Arbeit, nicht an einer realpolitischen Vorrangstellung dieser Form der Demokratisierung im Rahmen der osteuropäischen Transformationsprozesse. Deshalb soll im Folgenden ein knapper Überblick über die gesamten Demokratisierungsvorgänge im postsozialistischen Raum und ihre wissenschaftstheoretische Rezeption und Behandlung gegeben werden, um aufzuzeigen, welche Reformbewegungen sich auch ohne Einfluss von außen entwickelten und die gesellschaftliche Ordnung in Osteuropa veränderten.

⁷⁵ Grimm, Sonja (2009): „Demokratisierung von außen: Der Beitrag externer Akteure zur politischen Transformation nach Kriegen und Intervention“, In: Erdmann, Gero/Kneuer, Marianne (Hrsg.): „Externe Faktoren der Demokratisierung“, Baden-Baden: Nomos, S.104ff

2.4.1. Westlicher Forschungszentrismus

So schreibt zum Beispiel Bruce Parrott in seinen „*Perspectives on postcommunist democratization*“, dass es vom Standpunkt der westlichen Forschungsperspektive schwierig ist, die tatsächliche Tragweite der Umwälzungen im postsozialistischen Raum ausreichend zu erfassen. Die Problemstellung, die sich aus dem Betrachtungswinkel der westlichen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler ergibt, ist die fehlende sozialistische Vergangenheit der Vergleichsdemokratien. Oftmals werden in der Literatur und wissenschaftlichen Auseinandersetzung Vergleich mit westlichen demokratischen Systemen herangezogen, die allerdings methodisch und systematisch einen völlig falschen Vergleichsfaktor liefern. Interpretationen auf Basis derartiger Muster sind, so Parrott, bereits von der Grundlage her gänzlich unterschiedlich zu den tatsächlichen Umbrüchen in den postsozialistischen Transformationsländern.

Zu glauben, eine korrekte Einstufung dieser neuen Demokratien im Verhältnis zu den bereits länger bestehenden westlichen Demokratien treffen zu können, führt unweigerlich in ein Interpretationsdilemma. Will man sich der Auseinandersetzung ernsthaft und wissenschaftlich aufrichtig nähern, muss man zu allererst eine tiefgehende Analyse der komplexen politischen Umwälzungen in den ehemaligen sowjetischen Systemen durchführen. Schon eher zielführend ist hierbei der Vergleich zwischen den einzelnen ehemaligen Teilstaaten untereinander, auch wenn eine grundsätzliche Unterscheidung aufgrund der stark variierenden Subsysteme auch in diesem Fall notwendig bleibt.⁷⁶ Die Transformationsforschung hat dementsprechend nicht nur bis in die späten 1990er Jahre keine geeigneten Lösungen gefunden, um mit diesen enormen Systemumbrüchen methodisch genau umgehen zu können, sondern vielmehr sogar Fehlinterpretationen und überhastete Analysen getroffen. Auch die aufgewärmten Erklärungsmuster

⁷⁶ Parrott, Bruce (1997): „*Perspectives on postcommunist democratization*“, In: Dawisha, Karen/Parrott, Bruce (Hrsg.): „*Democratic changes and authoritarian reactions in Russia, Ukraine, Belarus, and Moldova*“, Cambridge: Cambridge University Press, S.2f

der vorangegangenen Demokratisierungswellen konnten die Vorgänge nur unzulänglich beschreiben.⁷⁷

2.4.2. Angespannte Ausgangslage

Wie man diesem wissenschaftstheoretischen Konflikt entnehmen kann, lässt sich die Frage nach dem Übergang vom sowjetisch geprägten Realsozialismus zu der Entwicklung eines demokratischen Systems in Osteuropa aufgrund der unterschiedlichen Teilstaaten und unzähligen Akteursgruppen nur schwer einheitlich bearbeiten. Ich will mich daher in den folgenden Ausführungen hauptsächlich auf die Nachfolgestaaten der Sowjetunion beschränken und nicht den gesamten Einflussbereich des ehemaligen Ostblocks in Betracht ziehen.

Als Michail Gorbatschow im März 1985 das Amt des Generalsekretärs des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion übernahm, war ihm klar, dass ein Fortbestehen der Sowjetunion nur mithilfe tiefgreifender Reformen ermöglicht werden könne. Nicht klar war ihm zu diesem Zeitpunkt vermutlich, dass der Erosionsprozess längst begonnen hatte. Die umfassenden Reformen im Rahmen der Perestroika-Politik waren für den bis dahin sehr starren sowjetischen Verwaltungsapparat enorm und die Öffnung hin zu mehr Volksbeteiligung und weniger staatlicher Vormachtstellung ehrlich und nachhaltig. Dennoch gab es kein Zurück mehr und spätestens als Boris Jelzin im August 1991 den Machtwechsel an der Führungsspitze der Sowjetunion vollzog und die Kommunistische Partei verbot, war klar, dass das Ende der fast 70 Jahre andauernden Sowjetherrschaft gekommen war.⁷⁸

Besonders in Russland erfolgte der erste große Transformationsschub vor allem im Rahmen der Verfassungsgebung, die sich allerdings aufgrund fehlender Mehrheiten im Volksdeputiertenkongress als äußerst schwierig

⁷⁷ Frantz, Christiane (2000): „EU-Integration als Transformationsrahmen? Demokratische Konsolidierung in Polen durch die Europäische Union“, Opladen: Leske + Budrich, S.11f

⁷⁸ Schneider, Eberhard (2005): „Die Entwicklung des demokratischen Systems in Russland“, In: Thiemeyer, Guido/Ullrich, Hartmut (Hrsg.): „Europäische Perspektiven der Demokratie: Historische Prämissen und aktuelle Wandlungsprozesse in der EU und ausgewählten Nationalstaaten“, Frankfurt/Main: Europäischer Verlag der Wissenschaften, S.283f

gestaltete. Erst nach einer verfassungswidrigen Auflösung des Kongresses und einer heiklen gewalttätigen Auseinandersetzung im Oktober 1993 gelang es Jelzin, mit einem Referendum eine neue Verfassung und eine neue Institutionenordnung zu verabschieden.⁷⁹

Bereits dieses kurze Beispiel zeigt, in welcher angespannten politischen Situation hier von dem Beginn eines Demokratisierungsprozesses gesprochen werden muss. Betrachtet man die Transformationsländer insgesamt, sind die bereits zuvor beschriebenen Grundlagen einer Demokratisierung, wie die Institutionenbildung oder die Stabilisierung der ökonomischen und sozialen Verhältnisse, Voraussetzung für das Gelingen umfassender Demokratisierungsbemühungen. Die Frage, die sich im Zusammenhang mit den postsozialistischen Staaten aber besonders stellt und auch für die Betrachtung der Forschungshypothesen von wesentlicher Bedeutung erscheint, ist jene nach den spezifischen Mechanismen des Staatssozialismus, die in eine etwaige Transformations- und Demokratisierungsphase übergreifen und sie beeinflussen.

2.4.3. Zwischen Demokratie und Autoritarismus

Interessanterweise herrschte nach dem sowjetischen Zusammenbruch in fast allen postsozialistischen Nachfolgestaaten unter der Führungselite ein Bekenntnis zu Demokratisierung, wenngleich dieses Bekenntnis von manchen Führern glaubwürdiger vertreten wurde, als von anderen. Denn auch wenn im Transformationsprozess Osteuropas die Demokratie als Herrschaftsform wohl als dominantester Regimetyp bezeichnet werden kann, gab es dennoch bisher unterschiedliche Ergebnisse im Transformationsprozess. So ist für Weißrussland ein deutlich anderes Ergebnis zu erkennen, als beispielsweise für den Nachbarstaat Polen.

Jerzy Macków geht sogar noch einen Schritt weiter und bescheinigt etlichen postsozialistischen Republiken eine Wende hin zum Autoritarismus auf dem Weg zur Demokratie. Diese Wende ist insofern notwendig, als autoritäre Strukturen in Mackóws Überlegungen einen Zwischenschritt von totalitären zu demokratischen Strukturen darstellen und daher Teil des natürlichen

⁷⁹ Ebd., S.284

Transformationsprozesses sind. Autoritarismus vereint sowohl demokratische als auch totalitäre Elemente, allerdings nicht ohne die Gefahr einer verfehlten Demokratisierung, da die Phase autoritärer Ordnung in manchen postsozialistischen Staaten bereits zu lange anhält, um sie noch als vorübergehenden Zwischenschritt zu einer weiteren demokratischen Öffnung verteidigen zu können.⁸⁰

2.4.4. Posttotalitarismus als gesellschaftspolitisches Erbe

Dabei ist die Transformation in Osteuropa tatsächlich im Wesentlichen als eine „posttotalitäre“ zu begreifen, auch wenn die totalitären Ausprägungen in der Ära nach Stalin in den einzelnen Systemen unterschiedlich stark ausgeprägt waren. Als spezifisch postsozialistische Ausgangsbedingungen zählen auch die starke ideologische Durchdringung der Gesellschaft, die fehlende Privatwirtschaft oder die krisenhaften wirtschaftlichen Entwicklungen bereits ab den 1970er Jahren. Die Protestbewegungen, wie sie in vielen Systemen, darunter der DDR oder Polen in Form von Massenkundgebungen oder Demonstrationen stattfanden, waren mit Auslöser der darauf folgenden Transformationsprozesse.

Was die osteuropäische Kultur im Allgemeinen eint und in diesem Zusammenhang auch eine Rolle in Bezug auf den Fortschritt und die Zukunft der demokratischen Konsolidierungsbemühungen spielt, sind grundlegende Verhaltensmuster, wie das Fehlen privater Einmischung in die Politik, ein sehr paternalistischer Gesellschaftszugang, fehlende Eliten, die nicht bereits der Sowjetära angehörten, oder kaum autark funktionierende Institutionen. Diese Voraussetzungen finden ihren Niederschlag in einem stark ausgeprägten Nationalismus und gesellschaftlicher Intoleranz, die gepaart mit politischer Apathie grundlegende demokratische Instrumente, wie das politische Verhandeln oder eine Kompromissbereitschaft weitgehend ablehnen. Harald Waldrauch zeichnet in dieser Hinsicht ein sehr düsteres Bild der Zukunft der neuen Demokratien Osteuropas. Für ihn ist die Schaffung demokratischer Strukturen aufgrund der zuvor genannten sowjetischen Erblasten hauptsächlich eine institutionelle Randerscheinung,

⁸⁰ Schulze, Verena M. (2006): „Democratisation and Europeanisation in the EU Neighbourhood: The Case of Ukraine“, Krakow: Master Thesis, S.17f

denn ein tragendes Wesensmerkmal der neuen postsozialistischen Regime.⁸¹ Bernhard Zeilinger nennt darüber hinaus als Besonderheiten beziehungsweise Gemeinsamkeiten postsozialistischer Gesellschaften Merkmale wie einen hohen Grad an ethnischer Homogenität, die Erfahrungen mit totalitären, nicht-demokratischen Herrschaftsstrukturen, ein gewisses Maß an Liberalisierung vor dem Systemwechsel, sowie die gesellschaftliche Verankerung von Eliten und Institutionen.⁸²

2.4.5. Kontinuität der politischen Kultur

Auch in Bezug auf die Parteiensysteme lässt sich ein Zusammenhang zu den kommunistischen Reststrukturen herstellen. Dieter Segert weist auf eine besondere Instabilität in den Parteiensystemen Osteuropas hin, nennt aber gleichzeitig eine unterschiedliche Ausdifferenzierung dieses Phänomens in den einzelnen Nationalstaaten. Eine gewisse Stabilität etablierte sich zunächst vorrangig in jenen Systemen, die bereits über die ersten anti-kommunistischen Wahlsiege hinweg waren. Es bedurfte daher in den meisten Staaten einer „ersten echten Mehrparteienwahl“, um „ein einigermaßen konsolidiertes Parteiensystem“ herauszubilden.⁸³

Zudem stellt Segert ähnlich wie Waldrauch die These auf, dass im Speziellen die grundlegenden Funktionen der politischen Kultur im Wesentlichen auch nach dem Systembruch erhalten blieben und sich nach wie vor auf das sozialistische Erbe referenzieren lassen. Insbesondere im Zusammenhang mit der postsozialistischen Parteienlandschaft, über die Segert schreibt, ist auch auffällig, dass die Akteure innerhalb dieser Strukturen sich oft aus einer Klasse gebildeter Hochschulabsolventen rekrutierte, die bereits durch den

⁸¹ Waldrauch, Harald (1996): „Was heißt demokratische Konsolidierung? Über einige theoretische Konsequenzen der osteuropäischen Regimewechsel“, Wien: IHS Political Science Series Nr.36, S.17ff – abgerufen am 05.11.2011 unter http://www.ihs.ac.at/publications/pol/pw_36.pdf

⁸² Zeilinger, Bernhard (2007): „Externe Demokratieförderung in postsozialistischen Transformationsstaaten: Untersuchung der Rahmenbedingungen für die Instrumenten- und Strategiewahl für externe Demokratieförderung der EU“, Wien: Diplomarbeit, S.36

⁸³ Segert, Dieter (1997): „Parteiensysteme in der Konsolidierung der Demokratien Osteuropas“, In: Merkel, Wolfgang/Sandschneider, Eberhard (Hrsg.): „Systemwechsel 3 – Parteien im Transformationsprozeß“, Opladen: Leske+Budrich, S.63

sozialen Wandel in der Nach-Stalin-Ära die Möglichkeit erhielten sich Wissen und Intelligenz anzueignen. Auch Dissidenten, die bereits vor 1989 in eine Opposition gegenüber dem vorherrschenden Regime eintraten, kamen aus diesem starken Bildungssektor. Sowohl die zunächst noch systemtreuen, als auch die oppositionellen gebildeten Kräfte gelangten nach dem Regimewechsel in die obersten Führungsebenen der neugegründeten postsozialistischen Parteienapparate. Generell kann festgehalten werden, dass auf Akteursebene viele Proponenten in der Lage waren *„früher erworbenes soziales und kulturelles Kapital in Handlungspotential für die aktuelle politische Entwicklung zu transformieren“*.⁸⁴

Die Entwicklung der Demokratisierung in den postsozialistischen Systemen Osteuropas muss also nach wie vor zwiespältig und vorsichtig betrachtet werden und kann sich nicht einem unmittelbaren Vergleich mit den politischen Systemen der westlich geprägten Nationalstaaten hingeben. Das Erbe des Staatssozialismus wirkt noch tief in die Transformations- und Demokratisierungsprozesse hinein und muss in der analytischen Auseinandersetzung wirksam berücksichtigt werden.

3. Das politische System der Ukraine

Was sich, wie eben beschrieben, für den gesamten postsozialistischen beziehungsweise postsowjetischen Raum als empirische Herausforderung für die Wissenschaft darstellt, soll im Folgenden exemplarisch anhand dem Länderbeispiel der Ukraine tiefergreifend analysiert und aufbereitet werden. Als direktes Bindeglied zwischen den neuen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union und der wiedererstarkten Russischen Föderation, bietet die Ukraine einen besonders interessanten Analyserahmen für die Darstellung der Demokratisierungs- und Transformationsthematik.

⁸⁴ Ebd., S.72ff

3.1. Das russisch-ukrainische Verhältnis als sozialistisches Erbe

3.1.1. Aufflammendes Selbstbewusstsein bereits zu Sowjetzeiten

„Upon achieving independence, Ukrainians faced a legacy of more than three hundred years of Russian rule over parts of Ukraine.“⁸⁵ – Was Zenon E. Kohut in diesem einen kurzen Satz anklingen lässt, belegt nichts Geringeres als die besondere Situation, in der sich gerade die Ukraine als junge unabhängige Demokratie heute befindet. Während die eine Hälfte Richtung Westen und Richtung Europäische Union strebt, besinnt man sich in der anderen Hälfte der Gesellschaft der jahrhundertealten russischen Wurzeln. Doch allein die Tatsache, dass es einen erheblichen Bevölkerungsanteil bereits unmittelbar nach dem Systemkollaps im Dezember 1991 gab, der sich tatsächlich befreit vom sowjetischen Regime fühlte, weist auf eine schon vorhandene Unzufriedenheit und Identitätskrise der in die sowjetische Struktur eingebetteten Ukraine hin. Ein Indiz dafür ist die Energie, mit der ukrainische Ökonomen schon zu Beginn der Gorbatschow-Ära feststellten, dass das Land – passenderweise immer wieder als „Kornkammer Russlands“ bezeichnet – dem sowjetischen Kerngebiet Russland ökonomisch in vielerlei Hinsicht überlegen war. Ein erstaunlich vehementes Zeugnis von Selbstbewusstsein, bedenkt man, wie traditionell und historisch gefestigt die Verbindung der Ukraine zu Russland zu diesem Zeitpunkt war.⁸⁶

Während es in anderen Sowjetrepubliken Ende der 1980er Jahre klar abzugrenzende „bottom-up“ oder „top-down“ Prozesse gab, war die Ukraine ein Mischfall. Einerseits waren es Staaten wie Georgien oder Armenien, die eine Massenmobilisierung erlebten und dadurch auch den politischen Eliten zu einem Auftrieb in ihren Unabhängigkeitsbestrebungen verhelfen, andererseits wurden vor allem die zentralasiatischen Staaten weniger durch den unmittelbaren Aufruhr in der Bevölkerung, als vielmehr durch den regen politischen Handel der Führungsschicht mit Moskau in die Unabhängigkeitsfrage getrieben.

⁸⁵ Kohut, Zenon E. (2011): „Making Ukraine: Studies on Political Culture, Historical Narrative, and Identity“, Edmonton/Toronto: Canadian Institute of Ukrainian Studies Press, S.308

⁸⁶ Timtschenko, Viktor (2009): „Ukraine: Einblicke in den neuen Osten Europas“, Berlin: Christoph Links Verlag, S.88

Bei der Ukraine war die Situation zwiespältig: zwar gab es Massenproteste, doch mangels einer eigenen einheitlichen nationalen Identität, die von der russischen zu unterscheiden war, forderten diese Proteste kaum die Unabhängigkeit, sondern vielmehr den gesamtheitlichen Wandel des sowjetischen Regimes. So waren es in der Ukraine schließlich gerade die kommunistischen Eliten, die von Moskau eine Erneuerung des Unionsvertrages mit umfassenden Autonomierechten verlangten.⁸⁷

3.1.2. Souveränitätserklärung und Loslösung von Russland

Einen Wendepunkt in den Beziehungen der eingegliederten Ukraine zur Sowjetunion stellte auch 1986 die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl dar, der den Glauben der betroffenen ukrainischen Bevölkerung in die Ernsthaftigkeit von Perestroika und Glasnost bereits erodierte, noch bevor die Reformen zum Tragen kommen konnten. Nach zahlreichen Massenprotesten und Demonstrationen kam es schließlich bei den ersten halbfreien Wahl im Jahr 1990 zum endgültigen Bruch mit der Sowjetführung, als der „Demokratische Block“, ein Wahlbündnis verschiedener Oppositionsgruppen, die Oberhand gewinnen konnte und schließlich die „Deklaration über die staatliche Souveränität der Ukraine“ verabschiedet wurde.⁸⁸ Diese Souveränitätserklärung glich einem Paukenschlag in den Augen der sowjetischen Führung, war doch die Ukraine immerhin ein Kern- und Gründungsland der Sowjetunion gewesen. Dass mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion schließlich nicht nur der äußere Machtraum, sondern auch das „*Innere Imperium*“ zerfiel, versetzte dem Sowjetreich den Todesstoß. Besonders die Ukraine als wirtschaftliches und agrarisches Zugpferd im sowjetischen Raum spielte eine übergeordnete Rolle in den Augen der Strategen und Nationalisten.⁸⁹

⁸⁷ Wolczuk, Kataryna (2001): „The Moulding of Ukraine: The Constitutional Politics of State Formation“, Budapest: Central European University Press, S.59f

⁸⁸ Piehl, Ernst (2005): „Die Ukraine“, In: Piehl, Ernst/Schulze, Peter W./Timmermann, Heinz (Hrsg.): „Die offene Flanke der Europäischen Union: Russische Föderation, Belarus, Ukraine und Moldau“, Berlin: Berliner Wissenschafts-Verlag, S.345ff

⁸⁹ Rotter, Rudolf (2005): „Die Ukraine zwischen Russland und der Europäischen Union – Aspekte zweier komplexer Beziehungen, relevante innerstaatliche Determinanten“, Wien: Diplomarbeit, S.37ff

Dass aber auch die Souveränitätserklärung alleine noch keine gewollte Unabhängigkeit darstellte, zeigt Kataryna Wolczuk auf, wenn sie darauf hinweist:

*„The growing radicalism characterising the pursuit of sovereignty can be easily but mistakenly extrapolated onto the process of constitutional reform.“*⁹⁰

Dass dieser Reformschritt einer Souveränitätserklärung zunächst noch nicht endgültig als eine Abtrennung vom Sowjetimperium zu werten war, zeigt auch der Umstand, dass die getätigten Verfassungsdebatten noch keine klar erkennbare Staatentrennung abzeichneten, sondern vielmehr die Unabhängigkeit der Ukraine innerhalb der Sowjetunion hervorhoben. Auch die Tatsache, dass die Unabhängigkeitserklärung vom August 1991 schon vor der Volksabstimmung im Dezember 1991 die neue politische Ordnung in Stein meißeln sollte, deutet auf die innere Zerrissenheit des ukrainischen Systems zu diesem Zeitpunkt hin.⁹¹

3.1.3. Fehlendes ukrainisches Nationalbewusstsein

Das Problem, das sich mit dieser Abspaltung ergab, war vorrangig jenes der fehlenden eigenen politischen Strukturen und eines nationalen Identitätsbewusstseins. Nach der jahrhundertelangen Fremdbestimmung und machtpolitischen Anbindung an Moskau, stand die Ukraine mit ihrer Unabhängigkeitserklärung vor dem Dilemma eines fehlenden funktionierenden Parteiensystems, einer fehlenden politischen Führungselite und ohne ein ausgeprägtes Nationalbewusstsein.

*„Im Gegensatz zu fast allen europäischen Staaten konnte sich in der Ukraine in der Neuzeit kein selbstständiger Staat halten und entwickeln. Die Ukrainer unterlagen einer ‚nahezu permanenten territorial-administrativen Fragmentierung‘.“*⁹²

⁹⁰ Wolczuk, Kataryna (2001): „The Moulding of Ukraine: The Constitutional Politics of State Formation“, Budapest: Central European University Press, S.60

⁹¹ Ebd., S.61ff

⁹² Bürgers, Jana (2006): „Kosakenmythos und Nationsbildung in der postsowjetischen Ukraine“, Konstanz: Hartung-Gorre Verlag, S.25f

Während in anderen Transformationsstaaten wie zum Beispiel Polen durchaus an eine vorkommunistische Parteien- und Elitenlandschaft, wie auch ein historisches und religiöses Erbe angeknüpft werden konnte, brachte die nahezu vollständige Verschmelzung der russischen mit der ukrainischen Kultur über viele Generationen hinweg ein Systemvakuum in der Ukraine mit sich. Zwar gab es politische Akteure, die letztlich die Souveränität der Ukraine beanspruchten, sowie auch den nötigen Volkswillen für eine eigenständige Nation, allerdings fehlte jeder historische Gründungs- oder Vertreibungsmythos, beziehungsweise eignete sich dieser aufgrund der langen Verschränkung mit der russischen Kultur und Geschichte nicht mehr dazu, als nationsbildendes Moment zu fungieren.⁹³

Auf dem Weg zu einer Identitätsfindung hat die Ukraine besonders in den Jahren 1995-1996 einige wichtige Schritte gesetzt. Die Außenpolitik wurde für den ukrainischen Präsidenten Leonid Kutschma zum wichtigsten Instrument der nationalen Neuausrichtung. Er durchbrach damit die von seinem Vorgänger Leonid Krawtschuk betriebene neutrale Politik sowohl Russland, als auch dem Westen gegenüber. Die Annäherung an Westeuropa sollte die noch immer starre Bindung an Russland minimieren, in Wahrheit waren aber besonders die USA starke Partner der Ukraine in dieser neuen außenpolitischen Prioritätensetzung. Sowohl die Ukraine, als auch die USA forcierten eine aktive Politik zum Ausbau der gegenseitigen Beziehungen – wohl auch, um den Puffer zur NATO-Zone zu verstärken. Doch nicht nur die verstärkte Ausrichtung auf den Westen, sondern vor allem auch die Stärkung der Partnerschaft mit den anderen ostmitteleuropäischen Staaten, sollte für die Ukraine die wirtschaftliche sowie politische Abhängigkeit von Russland abmildern und das neu entdeckte Selbstbewusstsein der jungen ukrainischen Nation fördern. Präsident Kutschma selbst sah sein Land in der besonders gewinnbringenden Rolle, je nach Perspektive zugleich Ost-, Ostmittel- und Südosteuropa anzugehören.⁹⁴

⁹³ Prizel, Ilya (1997): „Ukraine between proto-democracy and ‘soft’ authoritarianism”, In: Dawisha, Karen/Parrott, Bruce (Hrsg.): „Democratic changes and authoritarian reactions in Russia, Ukraine, Belarus, and Moldova”, Cambridge: Cambridge University Press, S.331ff

⁹⁴ Alexandrova, Olga (1997): „Die Ukraine und die Staaten Ostmitteleuropas“, Köln: Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien Nr. 9/1997, S.7ff

Doch auch die Ära Kutschma brachte die Positionierung der Ukraine als unabhängigen Staat schließlich nur schleppend voran. Denn trotz seiner anfänglichen Bemühungen, das Land Richtung Westen weiter zu öffnen, waren es in seiner zweiten Amtszeit bis 2005 problematische Einschnitte im Bereich der Menschenrechte (ab 2001), die eine Isolation der Ukraine im Westen verfestigte. Die Folge war die erneute Hinwendung in Richtung Russland, größtenteils zwar aus wirtschaftspolitischen Überlegungen, aber auch um den westlichen Druck in demokratiepolitischen Fragen entschärfen zu können.⁹⁵

3.2. Die „Orangene Revolution“

Die strategische Rückbesinnung auf den „*großen Bruder*“ Russland wurde von russischer Seite sehr wohlwollend aufgenommen. Der aus dem Westen näher rückende NATO-Block sollte nicht auch die Ukraine als Partner gewinnen können, weshalb die russische Führung – allen voran Präsident Putin – alles daran setzte, die pro-russischen Akteure im ukrainischen Transformationsprozess zu fördern. Der folgende Abschnitt soll daher die Ereignisse und Systematiken schildern, die schließlich den zweiten Befreiungsschlag der ukrainischen Bevölkerung aus dem direkten Einflussbereich Moskaus innerhalb nur knapp mehr als einem Jahrzehnt darstellen sollten – die „Orangene Revolution“.⁹⁶

Dieser historische Abschnitt der jüngeren ukrainischen Geschichte ist für die vorliegende Thematik besonders deshalb von Bedeutung, weil es mit der Protestbewegung der „Orangenen“ – zumindest vorübergehend – erstmals sowohl zu einem institutionellen Wandel, als auch einem Wandel der politischen Kultur innerhalb der Ukraine hin zu einem prowestlichen, demokratischen Staat kam und dadurch Anknüpfungspunkte für

⁹⁵ Lehner, Marco (2007): „Internationale Akteure als Partner im ukrainischen Demokratisierungsprozess – Analyse der Menschenrechtsproblematik am Beispiel der Ukraine“, Wien: Diplomarbeit, S.43f

⁹⁶ Malek, Martin (2007): „Einleitung: Die Ukraine im internationalen Umfeld (1991-2006)“, In: Malek, Martin (Hrsg.): „Die Ukraine: Zerrissen zwischen Ost und West? Eine Bestandsaufnahme der Außen- und Sicherheitspolitik unter Präsident Viktor Juschtschenko“, Wien: Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie Nr. 2/2007, S.9ff

Demokratisierungsmaßnahmen entstanden, die es auch der Europäischen Union ermöglichen sollten, ihren strategischen Fokus Richtung Osten wieder vermehrt auf die Ukraine zu lenken. Es sollen daher an dieser Stelle die wichtigsten Weichenstellungen dieser Revolutionsgeschichte erläutert werden, auch weil jedwede Auseinandersetzung mit dem aktuellen politischen System der Ukraine ohne die Betrachtung und Analyse der „Orangen Revolution“ verfälscht wäre.

3.2.1. Der Weg zur Revolution

Gilt es die Gründe für das Aufkommen der „Orangen Revolution“ zu erforschen, so sind aus Sicht Volodymyr Yevtukh grundlegend drei Aspekte in nachstehender Reihenfolge zu betrachten: soziale, politische und ideologische. Nun klingt das zunächst nicht sonderlich tiefgreifend, da derlei Themen im Rahmen jeder politischen und/oder sozialen Reformbewegung von Bedeutung sind. Bei der Ukraine ist diese Abfolge dennoch ein Sonderfall, da vor allem die ideologischen Aspekte in den Vordergrund rücken. Yevtukh argumentiert, dass der *„Ideologiegehalt in Bezug auf die Orange Bewegung sehr eng an das Konzept der Zivilgesellschaft zu knüpfen“* ist.⁹⁷ Diese Erkenntnis fußt auf der Einschätzung, dass ein Großteil der ukrainischen Bevölkerung die institutionelle Verfasstheit, die durch das Kutschma-Regime weiter einzementiert wurde, ablehnte. Die generelle Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der sozialen und wirtschaftlichen Lage des Landes bildete darüber hinaus einen Angriffspunkt für den Widerstand durch die oppositionellen Kräfte.⁹⁸

Spätestens als im September 2000 der Journalist Heorhij Gongadse unter fragwürdigen Umständen ermordet wurde und dabei die Verdächtigungen auf das Kutschma-Regime fielen, brachen auch die letzten Dämme der bis dahin noch relativ ruhigen Opposition und es begann ein Widerstand auf offener Straße. Vorerst allerdings konnte sich Kutschma noch im Amt halten, da die

⁹⁷ Yevtukh, Volodymyr (2005): „Der Orange Geist der Freiheit: Profil und Motive der Revolutionsbewegung“, In: Bredies, Ingmar (Hrsg.): „Zur Anatomie der Orange Revolution in der Ukraine: Wechsel des Elitenregimes oder Triumph des Parlamentarismus?“, Stuttgart: ibidem-Verlag, S.15

⁹⁸ Ebd., S.15f

einzigste Alternative, der marktorientierte Nationalist und damalige Premierminister Viktor Juschtschenko, für die meisten Kommunisten keine bessere Lösung darstellte.⁹⁹ Aber es gelang Juschtschenko eine immer stärker wachsende Gruppe an Oppositionellen hinter sich zu vereinen und mit seiner Allianz „Nasha Ukraina“ („Unsere Ukraine“) bei den Parlamentswahlen im Jahr 2002 die Partei Kutschmas „Za Yedynu Ukrainu“ („Für eine vereinte Ukraine“) mit 23,5 zu 12,0 Prozent klar zu schlagen. Durch die zweitplatzierte Kommunistische Partei (20,0 Prozent) und eine geschickte Koalitionstaktik konnte Kutschma jedoch auch das Parlament unter Führung Volodymyr Lytvyn weiterhin auf seiner Seite halten. Da es sich für die meisten Beobachter nicht nur um Parlamentswahlen auf Parteebene handelte, sondern vielmehr um eine Testwahl für die kommenden Präsidentschaftswahlen, siegte Juschtschenko klar im direkten Vergleich zum amtierenden Präsidenten Kutschma.¹⁰⁰

Juschtschenko wurde zu diesem Zeitpunkt von seinen Anhängern bereits als „Volkspräsident“ tituliert und besonders die westlichen Regionen der Ukraine und der Kiewer Zentralraum standen geschlossen hinter dem starken Vertreter der Protestbewegung gegen das autoritär geführte System Kutschmas.¹⁰¹ Doch auch die Gegenseite bereitete sich auf den bevorstehenden Machtkampf vor: Denn obwohl Präsident Kutschma aufgrund einer verfassungsrechtlichen Ungereimtheit noch eine dritte Amtsperiode bestreiten hätte dürfen, lehnte er zugunsten des aussichtsreicheren Kandidaten, dem ehemaligen Gouverneur des Oblast Donetsk und Premierminister Viktor Janukowytsch, einen erneute Antritt bei den Präsidentschaftswahlen ab. Damit war auch klar, wen die „*Partei der Macht*“ als Herausforderer Juschtschenkos ins Rennen schicken würde. Zudem befürchtete die Führungselite aber im Hintergrund offensichtlich

⁹⁹ D’Anieri, Paul (2007): „Understanding Ukrainian Politics: Power, Politics, and Institutional Design“, Armonk: M.E. Sharpe, S.92ff

¹⁰⁰ Ebd., S.94ff

¹⁰¹ Yevtukh, Volodymyr (2005): „Der Orange Geist der Freiheit: Profil und Motive der Revolutionsbewegung“, In: Bredies, Ingmar (Hrsg.): „Zur Anatomie der Orange Revolution in der Ukraine: Wechsel des Elitenregimes oder Triumph des Parlamentarismus?“, Stuttgart: ibidem-Verlag, S.16

dennoch schon einen Sieg Juschtschenkos, da im Eilverfahren noch im Mai 2004 eine Verfassungsänderung abgeseignet wurde, die dem zukünftigen Präsidenten einen Machtverlust zugunsten des Premierministers – und damit zugunsten der regimetreuen Koalition – bescheren sollte. Diese eilige Stärkung des Parlamentarismus wurde sowohl bei den Anhängern Kutschmas begrüßt, die sich einen Machterhalt des Präsidenten in der Position des Premierministers auch über sein Ausscheiden aus dem Präsidentenamt hinaus erhofften, als auch bei den Kommunisten, die durch ein starkes Parlament die Rückkehr des sowjetischen Kammernsystems in greifbare Nähe rücken sahen.¹⁰²

3.2.2. Wahlbetrug als Revolutionsauslöser

Die dementsprechend aufgeheizte politische Stimmung im Land erreichte ihren vorläufigen Höhepunkt mit den Präsidentschaftswahlen am 31. Oktober 2004. Die beiden Kandidaten Viktor Janukowytsch und Viktor Juschtschenko standen sinnbildlich für die innere Zerrissenheit der Ukraine zwischen Ost und West, Russland und der Europäischen Union. Besonders seitens der staatlichen und privaten Massenmedien, die unter direkter oder indirekter Kontrolle Janukowytschs standen, wurde dessen Kandidatur bis zuletzt stark gefördert. Es fand in den Monaten vor der Wahl eine manipulative Medienkampagne bisher ungekannten Ausmaßes zugunsten Janukowytschs statt, die nicht nur Vorbehalte gegenüber Juschtschenko schürte, sondern vor allem auch internationale Organisationen, wie die NATO oder die Europäische Union zu Feinden der Ukraine stilisierten.¹⁰³

Dass die Wahl zu einer schwierigen Schicksalswahl werden könnte, davon gingen auch die internationalen Organisationen, allen voran die OSZE aus, die in ihrer bislang größten Wahlbeobachtungsmission bereits ab August 2004 die Vorgänge rund um die Wahlen durch ihr Institut ODIHR (Office for

¹⁰² D'Anieri, Paul (2007): „Understanding Ukrainian Politics: Power, Politics, and Institutional Design“, Armonk: M.E. Sharpe, S.95

¹⁰³ Büscher, Klemens (2007): „Gemeinsam zerrissen. Die innere Spaltung der Ukraine“, In: Malek, Martin (Hrsg.): „Die Ukraine: Zerrissen zwischen Ost und West? Eine Bestandsaufnahme der Außen- und Sicherheitspolitik unter Präsident Viktor Juschtschenko“, Wien: Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie Nr. 2/2007, S.32

Democratic Institutions and Human Rights) analysieren ließen. Auch das Europäische Parlament, die Europäische Parlamentarische Versammlung, sowie die Parlamentarische Versammlung der NATO entsandten mehr als 600 Wahlbeobachter in die IEOM (International Election Observation Mission).¹⁰⁴

Schon am 1. November 2004, einem Tag nach dem ersten Wahldurchgang, verkündete Bruce George, der Präsident der Parlamentarischen Versammlung der OSZE:

*„With a heavy heart, we have to conclude that this election did not meet a considerable number of OSCE, Council of Europe and other European standards for democratic elections [...] The election process constitutes a step backward from the 2002 [parliamentary] elections ...Nevertheless, the very high participation of the electorate and civil society shows encouraging signs for the evolution of Ukrainian democracy.“*¹⁰⁵

Trotz dieser offensichtlichen Missstände bei dem ersten Wahldurchgang, verkündet die Zentrale Wahlkommission ein Ergebnis von 49,46 Prozent für Viktor Janukowytsch zu 46,61 Prozent für Viktor Juschtschenko. Der daraufhin angesetzte zweite Wahltermin am 21. November 2004 sollte also endgültige Klarheit über den Wahlsieger bringen. Doch der erneute Wahlgang entpuppte sich für die Wahlbeobachter als noch undemokratischer als der erste, mit einer massiven Bevorteilung Janukowytschs.¹⁰⁶

Die darauf folgenden Tage waren geprägt von heftigen Protesten der Juschtschenko-Anhänger, die vor allem in Kiew und den westlichen Landesteilen auf die Straße gingen und durch laute Protestkundgebungen den Wahlbetrug anprangerten und eine Wiederholung der Wahl forderten. Juschtschenko selbst rief die Anwesenden bereits nach dem ersten

¹⁰⁴ Schulze, Verena M. (2006): „Democratisation and Europeanisation in the EU Neighbourhood: The Case of Ukraine“, Krakow: Master Thesis, S.24

¹⁰⁵ Gunnarsdottir, Urdur (2005): „Christmas in Ukraine: Record number of OSCE observers monitor election“, OSZE Magazin 03/2005, S.10, abgerufen am 06.11.2011 unter <http://www.osce.org/secretariat/14015>

¹⁰⁶ Schulze, Verena M. (2006): „Democratisation and Europeanisation in the EU Neighbourhood: The Case of Ukraine“, Krakow: Master Thesis, S.25

Wahltermin zu einem Boykott des Wahlergebnisses auf und forderte von ihnen, den Kiewer Unabhängigkeitsplatz zu besetzen und erst zu verlassen, wenn ein Sieg der eigenen Bewegung erreicht wäre.¹⁰⁷ Auf dem Platz hielten sich in den Wochen nach dem zweiten Wahlgang groben Schätzungen zufolge hunderttausende Menschen auf, um gegen das Wahlergebnis anzukämpfen. Die Wahlfarbe Juschtschenkos, Orange, wurde dabei zur Protestfarbe und zum Symbol der Forderung nach einem demokratischen Frühling.¹⁰⁸

3.2.3. Sieg des Westbündnisses

Auf Druck der Öffentlichkeit und nach Mediationsverhandlungen durch die internationalen Organisationen, kam es in Folge der Ereignisse zu einer Wiederholung des zweiten Wahldurchganges. In der erneuten Wahl, die am 26. Dezember 2004 stattfand, erreichte schließlich Juschtschenko mit einem deutlichen Abstand von 51,99 zu 44,19 Prozent der Stimmen gegenüber Janukowytsch den offiziellen Wahlsieg und wurde ins Präsidentenamt gekürt. Der Sieg stand trotz der Euphorie unter den Demonstranten auf hölzernen Beinen, da die immer noch starke Anhängerschaft Janukowytschs sich auch durch die Proteste offensichtlich nicht von ihrer regimetreuen Überzeugung abbringen ließen. Lediglich rund fünf Prozent der Janukowytsch-Unterstützer änderten im Vergleich zum ersten Wahlgang ihr Stimmverhalten – nicht überzeugend, wenn man die immense mediale Berichterstattung über die „Orangene Revolution“ betrachtet, die vor allem in der Zeit zwischen dem ersten und dem zweiten Wahlgang durch die Blockaden und Demonstrationen in Kiew ihren Fokus auf den letztlichen Wahlsieger Juschtschenko richteten.¹⁰⁹

¹⁰⁷ Ebd., S.26

¹⁰⁸ Yevtukh, Volodymyr (2005): „Der Orange Geist der Freiheit: Profil und Motive der Revolutionsbewegung“, In: Bredies, Ingmar (Hrsg.): „Zur Anatomie der Orange Revolution in der Ukraine: Wechsel des Elitenregimes oder Triumph des Parlamentarismus?“, Stuttgart: ibidem-Verlag, S.17

¹⁰⁹ D’Anieri, Paul (2007): „Understanding Ukrainian Politics: Power, Politics, and Institutional Design“, Armonk: M.E. Sharpe, S.98

Die Spaltung des Landes vollzog sich dabei hauptsächlich anhand einer Südwest-Nordost-Bruchlinie. Während in den westlichen Landesteilen und im Zentrum Juschtschenko mit einer Zustimmung deutlich über 70 Prozent rechnen konnte, waren die Gebiete im Osten und Süden weiterhin fest in der Hand Janukowytschs. Auch die ethnische Aufteilung des Wahlergebnisses machte diese Spaltung sichtbar: Die Wähler Juschtschenkos waren zu 92,2 Prozent Ukraine, wohingegen Janukowytsch bei einer deutlich höheren Anzahl an russischstämmigen Wählern punkten konnte.¹¹⁰

3.2.4. „Die Revolution frisst ihre Kinder“

Da diese innere Zerrissenheit der Ukraine so fest in der Gesellschaft verankert war und auch die Spaltung in einer ethnisch, sowie geografisch sehr homogenen Weise erfolgte, scheint es nicht verwunderlich, dass bei den folgenden Parlamentswahlen 2006, nur 15 Monate nach den revolutionären Präsidentschaftswahlen, die Stimmung im Land noch nahezu unverändert schien und die Ergebnisse der Wahl einer Bestätigung der Präsidentschaftswahlen glichen, mit der Ausnahme, dass sich der orangene Block bereits in zwei unterschiedliche Gruppen geteilt hatte.¹¹¹

Dennoch waren die Beteiligten der „Orangenen Revolution“ auch weiterhin von dem Resultat ihres politischen Kampfes überzeugt. Der „Majdan“, die ukrainische Bezeichnung für „Platz“ und in Folge der Revolution die Bezeichnung für den Unabhängigkeitsplatz in Kiew, blieb die Leitlinie für jedwede politische Veränderung. Doch Viktor Juschtschenko verlor bereits rasch an Popularität, vor allem, da er nicht in der Lage, oder nicht willens war, seine Wahlversprechen, insbesondere jenes der lückenlosen Aufklärung der Verbrechen des Kutschma-Regimes, einzulösen.

Der Bruch innerhalb des orangenen Lagers erfolgte bereits 2005, als die beiden Leitfiguren der Revolution, Viktor Juschtschenko und Julia Tymoschenko, politisch getrennte Wege einschlugen, was im folgenden

¹¹⁰ Büscher, Klemens (2007): „Gemeinsam zerrissen. Die innere Spaltung der Ukraine“, In: Malek, Martin (Hrsg.): „Die Ukraine: Zerrissen zwischen Ost und West? Eine Bestandsaufnahme der Außen- und Sicherheitspolitik unter Präsident Viktor Juschtschenko“, Wien: Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie Nr. 2/2007, S.33ff

¹¹¹ Ebd., S.36

Kapitel genauer betrachtet werden soll. Letztlich bleibt abzuwarten, ob der theatrale Begriff der „Revolution“ den politischen Umbrüchen des Jahres 2004 dauerhaft gerecht werden kann. Zwar gelang den „Orangen“ die Machtübernahme, nicht aber die nachhaltige Veränderung der totalitär belasteten Staatsstrukturen.¹¹²

3.3. Akteure und Institutionen im politischen System

Gibt man der „Orangen Revolution“ trotz dieser Zweifel die Chance eine historische Größenordnung in der Geschichte der Ukraine darzustellen, so muss daraus auch ein Umbruch in der Akteurs- und Institutionenlandschaft der Ukraine erkennbar werden. Welche Gruppen und Organisationen seit der Zäsur des Jahres 2004 die politische Kultur des Landes geprägt haben, darauf soll in den kommenden Kapiteln eingegangen werden.

3.3.1. Parteien- und Institutionengefüge

Blickt man im Jahr 2011 auf die Parteienlandschaft der Ukraine, so zählt Dieter Segerts Beitrag *„Parteien in der Ukraine seit der Orangen Revolution“* im Sammelband *„Die Ukraine auf dem Weg nach Europa: Die Ära Juschtschenko“* von Juliane Besters-Dilger und Alois Woldan aus dem Jahr 2011 wohl zu den Standardwerken der aktuellen deutschsprachigen Auseinandersetzung mit dieser Thematik.¹¹³ Ich möchte mich in diesem Kapitel mit den gegenwärtigen Erkenntnissen dieser Debatte auseinandersetzen und mit dem Schwerpunkt auf das Parteienspektrum einen Überblick verschaffen, welche nationalen politischen Akteure in der Ukraine präsent sind und welche Bedeutung ihnen zukommt.

Segert stellt sich in seinem Beitrag die Frage: *„Ist das ukrainische Parteiensystem seit 2004 ‚europäisiert‘ worden?“*¹¹⁴ – und um die Conclusio gleich vorwegzunehmen: Der Autor sieht eine derartige Europäisierung der

¹¹² Timtschenko, Viktor (2009): „Ukraine: Einblicke in den neuen Osten Europas“, Berlin: Christoph Links Verlag, S.59ff

¹¹³ Segert, Dieter (2011): „Parteien in der Ukraine seit der Orangen Revolution“, In: Besters-Dilger, Juliane/Woldan, Alois (Hrsg.): „Die Ukraine auf dem Weg nach Europa: Die Ära Juschtschenko“, Frankfurt/Main: Peter Lang

¹¹⁴ Ebd., S.60

Parteien zum jetzigen Zeitpunkt in einer noch sehr frühen Phase. Die Parteien selbst wurden zwar durch die „Orangene Revolution“ politisch gestärkt, üben aber letztlich noch nicht ihre eigentliche Funktion der tatsächlichen Durchsetzung der politischen Interessen der Bevölkerung aus.¹¹⁵

Segert relativiert eingangs die Begrifflichkeit „Partei“, in dem er darauf hinweist, dass die ukrainischen Wahlgruppierungen in den meisten Fällen keine Parteien im westlichen parlamentarischen Sinne darstellen, sondern es sich oftmals um Wahlblöcke handelt, die sich im Sinne einer Kosten-Nutzen-Maximierung für einzelne Wahlen zusammenschließen und im Grunde keinen tatsächlichen Parteienapparat hinter sich vereinen können.¹¹⁶ Auch Cornelia Göls schlägt in ihrer Diplomarbeit über „*Die politischen Parteien in der Ukraine*“ in die gleiche Kerbe und führt darüber hinaus an, dass es sich vielfach um Kleinstparteien handelt, die kurz vor den Wahlen entstehen und anschließend ebenso schnell wieder verschwinden. Die Funktion dieser Parteien ist es vorrangig, bestimmte eigene Interessen oder Führungspersonen bis zu einem Wahlerfolg zu unterstützen. Eine ausgeprägte „party on the ground“ gibt es in diesem Zusammenhang allerdings nicht.¹¹⁷

Betrachtet man die Auswirkungen der „Orangenen Revolution“, so ist vielfach von einem „Sieg des Parlamentarismus“ die Rede. Die schon zuvor beschriebene Angst vor einem übermächtigen Präsidenten, der nicht aus den Reihen Kutschmas kam, ebnete bereits im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen 2004 einem stärkeren Einfluss des Parlaments den Weg.¹¹⁸ Generell lassen sich aber die ukrainischen Großparteien nur unter Vorbehalt als demokratische Institutionen bezeichnen, vielmehr handelt es

¹¹⁵ Ebd., S.77

¹¹⁶ Ebd., S.70

¹¹⁷ Göls, Cornelia (2005): „Die politischen Parteien in der Ukraine: Eine Analyse ihrer Funktionsfähigkeit in Wahlen, Parlament, Regierung“, Wien: Diplomarbeit, S.48

¹¹⁸ Bredies, Ingmar (2005): „Eine neue Parlamentskultur als Bedingungsfaktor der Orange Revolution? Charakteristik der parlamentarischen Elite“, In: Bredies, Ingmar (Hrsg.): „Zur Anatomie der Orange Revolution in der Ukraine: Wechsel des Elitenregimes oder Triumph des Parlamentarismus?“, Stuttgart: ibidem-Verlag, S.115ff

sich hierbei um „*konspirierende Parteien*“, bzw. „*Kartell- und Honoratiorenparteien*“. Der Vorwurf steht im Raum, dass durch den Machtwechsel der „Orangenen Revolution“ deshalb nur ein Elitenwechsel vollzogen wurde und kein Schritt demokratischer Konsolidierung und Öffnung des politischen Systems in Richtung Zivilgesellschaft.¹¹⁹ Ganz von der Hand weisen lässt sich dieser Vorwurf nicht, zieht man – wie zuvor beschrieben – in Betracht, dass auch die große Symbolfigur der Revolution, Viktor Juschtschenko, bereits im System Kutschmas die Rolle des Premierministers einnahm und lange Zeit treu hinter der Linie des gehassten Autokraten stand.

Dennoch gibt es abgesehen von zahllosen Klein- und Splitterparteien hauptsächlich drei organisierte Gruppierungen, die der Bezeichnung einer „Partei“ im europäischen Sinne am Nächsten kommen. Es sind dies die „Partei der Regionen / Partija reginov“ (PdR oder PRU), der „Block Julia Tymoschenko / Blok Juliji Tymošenko“ (BJuT) und der Block „Unsere Ukraine – Selbstverteidigung des Volkes / Naša Ukrajina – Narodna Samooborona“ (NU-NS).¹²⁰

Ich möchte anhand einer tabellarischen Übersicht die wesentlichen Merkmale dieser politischen Bewegungen gegenüberstellen, um eine bessere Vergleichbarkeit herstellen zu können:

¹¹⁹ Ebd., S.119f

¹²⁰ Göls, Cornelia (2005): „Die politischen Parteien in der Ukraine: Eine Analyse ihrer Funktionsfähigkeit in Wahlen, Parlament, Regierung“, Wien: Diplomarbeit, S.51

Abbildung 2: Politische Parteien in der Ukraine - Auswahl¹²¹

Merkmale	PdR/PRU	BJuT	NU-NS
Klassifizierung	Regionale Unternehmerpartei	Persönliche Projektpartei	Wahlbündnis
Leitfigur	Viktor Janukowytsch	Julia Tymoschenko	Viktor Juschtschenko
Ausrichtung	pro-russisch	pro-westlich	pro-europäisch
Entscheidungsstruktur	top-down	top-down	bündnisorientiert
Personalstruktur	Wirtschaftselite	Professionalisierte Wahlpartei	heterogen
Wählerstruktur	Niedriger Bildungsgrad, ältere Wähler, aus dem Süden und Osten	Gleichmäßig gebildet, junge Wähler, aus dem Westen und Zentrum	Höher gebildet, eher jüngere Wähler, aus dem Westen
Programmatik	Steuersenkungen, Investitionen, Wirtschaftshilfe	Gerechtigkeit, Solidarität, Ehrlichkeit	EU-Beitritt, Wohlstand, Demokratie

Was diese tabellarische Gegenüberstellung klar aufzeigt, ist die unterschiedliche Zusammenstellung und Herkunft der einzelnen Parteien. Während der Block Julia Tymoschenkos sehr auf den Personenkult um die Symbolfigur der Bewegung fixiert ist, ist es in dem Wahlbündnis „Unsere Ukraine“ vor allem die innere Zerrissenheit und Multipolarität des Wahlblocks, was zu Spannungen führt. Die „Partei der Regionen“ hingegen formiert sich relativ homogen um den wirtschaftspolitischen Kern der Partei, mit nationalen und pro-russischen Anknüpfungspunkten.

Andere Akteure und Institutionen, die neben den organisierten Wahlblöcken im politischen System der Ukraine eine Rolle spielen, sind – wie bereits angesprochen – das ukrainische Parlament und der Präsident. Die beiden Institutionen sind aufeinander angewiesen und können unter bestimmten Umständen im Gesetzgebungsverfahren sogar einander widersprechen. Dies führte besonders in der Vergangenheit zu einer beinahe „inflationären“ Anrufung des Verfassungsgerichts, das für die Regelung solcher

¹²¹ Vgl. Merkmale bei Göls 2005 und Segert 2011

Auseinandersetzungen zuständig ist.¹²² Eine weitere Erschwernis, die im parlamentarischen Diskurs zumindest bis 2006 eine erhebliche Rolle spielte, war die Parteiunabhängigkeit der Abgeordneten. Zwar wurden sie im Rahmen der Parlamentswahlen auf Parteilisten in das Parlament gewählt, waren dort aber nicht weiter an ihre Wahlpartei gebunden, was insbesondere in Bezug auf Koalitionsbildungen und Fragen von Mehrheitsentscheidungen eine wesentliche Instabilität barg. Erst mit Änderungen im Dezember 2004 wurden ab den Parlamentswahlen 2006 die Parlamentssitze an die wahlwerbenden Gruppierungen gebunden. Das bedeutet, dass nun Abgeordnete, die sich einer Partei abwenden, automatisch ihren Sitz im Parlament verlieren.¹²³

3.3.2. Zivilgesellschaft und nicht-staatliche Organisationen

Die Tatsache, dass auch zwischen den einzelnen Mandataren und Abgeordneten des politischen Systems der Ukraine und ihrer jeweiligen Parteiorganisation oftmals nur eine sehr lose Verbindung besteht, lässt darauf schließen, dass auch abseits der institutionellen Verfasstheit des Landes eine politische Kultur existiert, die eine direkte Einmischung in die unmittelbaren politischen Entscheidungen zumindest anstrebt. Wenn man sich die Akteure dieser Ebene näher ansieht, lassen sich aus meiner Perspektive hauptsächlich zwei große Gruppen festmachen: Einerseits die nicht-staatlichen Organisationen (NGO), die sich mit sozialen und politischen Fragen der Zivilgesellschaft auseinandersetzen, aber auch wirtschaftliche Lobbyinggruppen darstellen können, und andererseits die postsozialistischen Oligarchen, die durch ihr enormes finanzielles und wirtschaftliches Potential dem politischen System im Nacken sitzen und keine Gelegenheit auslassen, diesen Einfluss auch geltend zu machen. Daneben gibt es eine gesellschaftliche Verankerung auch von Kirchen und Medien, wobei letztere lange sehr stark von staatlicher Hand geprägt waren und es zum Teil immer noch sind. Auch die private Medienlandschaft ist zu einem großen Teil in der

¹²² Göls, Cornelia (2005): „Die politischen Parteien in der Ukraine: Eine Analyse ihrer Funktionsfähigkeit in Wahlen, Parlament, Regierung“, Wien: Diplomarbeit, S.76f

¹²³ D'Anieri, Paul (2007): „Understanding Ukrainian Politics: Power, Politics, and Institutional Design“, Armonk: M.E. Sharpe, S.58f

Hand politischer Kreise, oder steht zumindest unter deren ständiger Beobachtung.¹²⁴

Vor allem die Strukturen einer Zivilgesellschaft auf Basis unabhängiger Vereine und Gruppen, wie sie in der westlichen Sichtweise verstanden werden, waren in der Ukraine bis zuletzt eine relativ neue Angelegenheit. Das ist auch mit Grund dafür, warum es besonders zu der zivilgesellschaftlichen Akteursfrage innerhalb der Ukraine erst ein sehr begrenztes Forschungsfeld gibt, da die Rolle dieser Akteursgruppen bislang noch wenig untersucht ist. Zudem ist es schwierig, die nationalen und die internationalen NGO von einer gemeinsamen Betrachtung zu trennen, da nahezu alle Organisationen auf externe finanzielle Hilfe angewiesen sind, oder wenigstens ihre Strukturen mit denen international tätiger Organisationen akkordiert sind.¹²⁵

Jerzy Macków geht in seinen Überlegungen noch einen Schritt über die Frage nach einer funktionierenden Zivilgesellschaft hinaus und knüpft die Frage der Zivilgesellschaft an die Frage nach einer funktionierenden Demokratie. Aus seiner Sicht kann eine Gesellschaft zwar auch eine repräsentative Demokratie tragen, wenn sie sich nicht der westlichen Ausprägung einer Zivilgesellschaft angleicht, aber die Chancen dafür schätzt Macków als sehr gering ein. Auf Dauer sei nur eine Demokratie auf Basis einer zivilgesellschaftlichen Struktur westlichen Musters denkbar, so Macków.¹²⁶

Was nun die Zivilgesellschaft in der Ukraine betrifft, so lässt sich bezweifeln, dass diese einer freieren Bürgergesellschaft entspricht, als zum Beispiel in Russland. Auch in der Ukraine sind es insbesondere der fehlende Verfassungs- und Rechtsstaat, sowie die engen Verflechtungen zwischen

¹²⁴ Besters-Dilger, Juliane (2011): „Die ukrainische Medienpolitik auf dem Weg nach Europa“, In: Besters-Dilger, Juliane/Woldan, Alois (Hrsg.): „Die Ukraine auf dem Weg nach Europa: Die Ära Juschtschenko“, Frankfurt/Main: Peter Lang, S.196ff

¹²⁵ Schulze, Verena M. (2006): „Democratisation and Europeanisation in the EU Neighbourhood: The Case of Ukraine“, Krakow: Master Thesis, S.31

¹²⁶ Macków, Jerzy (2004): „Am Rande Europas? Nation, Zivilgesellschaft und außenpolitische Integration in Belarus, Litauen, Polen, Russland und der Ukraine“, Freiburg/Breisgau: Verlag Herder, S.237f

den wirtschaftlichen und den politischen Eliten, die eine tatsächliche Interessensartikulation der Bürger weitgehend verhindern. Besonders die Einbettung des Kutschma-Klans in die Wirtschaft- und Medienlandschaft des Landes hatte die öffentliche Meinungs- und Entscheidungsbildung lange Zeit fest im Griff. Es waren dies vor allem kleine konspirative Gruppen rund um staatliche und private Medienkonzentrationen, die jedes Aufkommen einer pluralistischen Diskursartikulation mit erheblichen Repressalien niederdrückten.¹²⁷

So verweist Macków mit Stand 1998 auf insgesamt 954 eingetragene „Bürgervereine“ in der Ukraine. Darunter fallen lediglich drei Bürgerbewegungen, 4 Verbände nationaler Minderheiten oder 25 ökologische Vereine, sowie 66 politische Parteien.¹²⁸ Natürlich muss die Zahl aus heutiger Perspektive vermutlich relativiert werden und auch kann davon ausgegangen werden, dass viele Verbände und Organisationen in keiner offiziellen Statistik aufscheinen, aber genaue aktuellere Zahlen sind schwer aufzufinden. Dennoch kann wohl gesagt werden, dass die Zahl der eingetragenen Vereine verschwindend gering ist, vergleicht man die Zahlen zum Beispiel mit Deutschland (über 554.000 eingetragene Vereine im Jahr 2008).¹²⁹ Besonders im Süden und Osten ist die zivilgesellschaftliche Organisation stark unterentwickelt: *„Zwei Drittel der ukrainischen Bezirke, die es territorial mit den größten deutschen Ländern aufnehmen können, weisen jeweils weniger als 150 registrierte Vereine auf.“*¹³⁰

Diese geringe Anzahl an organisierter Bürgerbeteiligung hat ihre Gründe auch in der angesprochenen Übermacht der Oligarchen und der daraus

¹²⁷ Ebd., S.242ff

¹²⁸ Ebd., S.244

¹²⁹ Mareike, Alscher/Priller, Eckhard (2011): „13.3 Zivilgesellschaftliches Engagement“, In: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): „Auszug aus dem Datenreport 2011: Kapitel 13 – Freizeit und gesellschaftliche Partizipation“, S.358, abgerufen am 07.11.2011 unter <http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Content/Publikationen/Querschnittsveroeffentlichungen/Datenreport/Downloads/Datenreport2011Kap13,property=file.pdf>

¹³⁰ Macków, Jerzy (2004): „Am Rande Europas? Nation, Zivilgesellschaft und außenpolitische Integration in Belarus, Litauen, Polen, Russland und der Ukraine“, Freiburg/Breisgau: Verlag Herder, S.245

resultierenden Ohnmacht jeglicher zivilgesellschaftlicher Opposition. Als „Oligarchen“ bezeichnet man im postsozialistischen Raum beziehungsweise in der Ukraine zumeist neureiche Wirtschaftsführer, die im Zuge des Systemwechsels durch geschickte und oftmals korrupte Privatisierungsgeschäfte zu einem Reichtum ungeahnten Ausmaßes gelangt sind und diesen Reichtum dafür nutzen, ihre wirtschaftliche und finanzielle Kraft in politische Macht umzutauschen. Vor allem die verfassungsmäßig garantierten Privilegien von Staatsämtern, wie zum Beispiel die parlamentarische Immunität von Abgeordneten, bildet ein bevorzugtes Ziel im Rennen um den politischen Einfluss. Diese Machenschaften als Teil der Zivilgesellschaft einzuordnen, ist sicherlich insofern problematisch, als dass die ukrainischen Oligarchen durch ihren unmittelbaren Zugang zur politischen Macht keinesfalls als Teil einer vom System unabhängigen Bürgergesellschaft bezeichnet werden können. Allerdings ist besonders für das Verständnis der Struktur der ukrainischen Zivilgesellschaft die Macht der Oligarchen als nicht zu unterschätzende Größe notwendig, üben diese Wirtschaftseliten mit ihrem Patronagesystem doch einen wesentlichen Einfluss auf das gesamte ukrainische Alltags- und Wirtschaftsleben aus.¹³¹

Einen interessanten Einfluss auf der zivilgesellschaftlichen Akteursebene, wenngleich einen deutlich geringeren, weisen auch die ukrainischen Kirchen und Religionsgemeinschaften auf. Der „Gesamtukrainische Rat der Kirchen und religiösen Organisationen“, der rund 90 Prozent aller in der Ukraine vertretenen Konfessionen vertritt, setzt immer wieder auch politische Akzente, zuletzt mit einem öffentlichen Brief im Jahr 2010 in dem ein Aufruf zur Präsidentschaftswahl erfolgte. Trotz vereinzelter Wahlempfehlungen seitens religiöser Amtsträger, kam es aber entgegen der Wahl 2004, wo besonders der Moskauer Patriarch der Orthodoxen Kirche sich für die Wahl Viktor Janukowytschs zum Präsidenten aussprach, diesmal zu keiner direkten einheitlichen Wahlempfehlung. Während die beiden großen orthodoxen Kirchen ihr Verhältnis zum Staat als „*partnerschaftlich*“ und „*symphonisch*“ bezeichnen, betont die wesentlich kleinere Ukrainische

¹³¹ Göls, Cornelia (2005): „Die politischen Parteien in der Ukraine: Eine Analyse ihrer Funktionsfähigkeit in Wahlen, Parlament, Regierung“, Wien: Diplomarbeit, S.20f

Griechisch-Katholische Kirche die Unabhängigkeit von Kirche und Staat.¹³² Interessant im Kontext der Demokratisierung ist auch die unterschiedliche Einstellung der Kirchen gegenüber einer Hinwendung zur Europäischen Union: Während sich die Orthodoxe Kirche Moskauer Patriarchats klar für eine engere Koppelung an Russland ausspricht, empfinden die anderen großen Kirchen die Ukraine als der europäischen Kultur- und Wertegemeinschaft zugehörig und empfehlen eine Intensivierung der Beziehungen zur Europäischen Union.¹³³

Gesamt betrachtet, bringt es aus meiner Sicht wohl die Aussage im Länderbericht der Bertelsmann-Stiftung zum „Bertelsmann-Transformations-Index 2010“ (BTI 2010) am ehesten auf den Punkt, die davon ausgeht, dass nur wenige zivilgesellschaftliche Gruppen mangels Ressourcen und Einfluss tatsächlich in der Lage sind, ihre Interesse mit der dafür notwendigen Nachhaltigkeit zu artikulieren. Wirtschaftlich starke Akteure hingegen haben im politischen System der Ukraine leichtes Spiel:

*„Only a few interest organizations possess sufficient intellectual and institutional capacity to influence the government through policy analysis and recommendations. Financial industrial groups and other strong economic groups are well represented in the political sphere. Their heads have often become party politicians and members of parliament.“*¹³⁴

3.4. Stand der Demokratisierung

In den vorangegangenen Kapiteln ist schon ausführlich darauf eingegangen worden, dass die Frage der Demokratisierung im Allgemeinen im Transformationsprozess der postsozialistischen Staaten die tragende Rolle spielt. Welche konkreten Auswirkungen einer Demokratisierung hinsichtlich der Transformation innerhalb der Ukraine bislang zu sehen sind, das möchte

¹³² Gordyi, Igor (2011): „Die Kirchen und die Europäisierung der Ukraine“, In: Besters-Dilger, Juliane/Woldan, Alois (Hrsg.): „Die Ukraine auf dem Weg nach Europa: Die Ära Juschtschenko“, Frankfurt/Main: Peter Lang, S.293ff

¹³³ Ebd., S.307

¹³⁴ Bertelsmann Stiftung (2009): „BTI 2010 — Ukraine Country Report“, Gütersloh: Bertelsmann Stiftung, S.12, abgerufen am 08.11.2011 unter http://www.bertelsmann-transformation-index.de/fileadmin/pdf/Gutachten_BTI2010/CIS/Ukraine.pdf

ich auf den kommenden Seiten untersuchen und dabei speziell auf die externen Demokratisierungsprozesse eingehen. Vorgegangen wurde schon aus der Einschätzung des politischen Parteiengeschehens in der Ukraine klar, dass zumindest bis zum Ende der Kutschma-Ära eher von einem autokratischen System die Rede sein musste, als von einer in Ansätzen konsolidierten Demokratie.

Dass sich mit der „Orangenen Revolution“ und ihren Auswirkungen einiges im demokratischen Grundverständnis der Ukraine änderte, auch wenn das System weiterhin anfällig für Beeinflussung blieb, das wurde bereits ausführlich in den vorigen Kapiteln besprochen. Warum es dennoch bei dieser weiterhin angespannten politischen Lage blieb, erklärt Gerhard Simon anhand mehrerer Aspekte. Zum Einen sind aus seiner Sicht zwar die zivilgesellschaftlichen Elemente der politischen Kultur der Ukraine stark während dem Machtwechsel 2004/2005 in Erscheinung getreten, konnten aber darüber hinwegtäuschen, dass auch Massenmobilisierung und Demonstrationen noch keinen abschließenden Prozess in der Stabilisierung und Errichtung demokratischer Institutionen darstellen. Zum Anderen sieht Simon das Moment des Elitenwechsels durch die „Orangene Revolution“ nicht in dem Maße gegeben, das notwendig wäre, um von einem tatsächlichen Systemumbruch sprechen zu können. Es gab auch nach 2004 starke Kontinuitäten im Herrschaftsgefüge des Landes, auch wenn im rein demokratischen Wahlprozess eine gewisse Dynamik Einzug hielt. Das ist auch dadurch begründbar, dass es trotz der revolutionären Hoffnungen der Bevölkerung kein geeignetes Führungspersonal gab, das nicht bereits durch ein Wirken im vorigen Kutschma-Regime in gewisser Weise vorbelastet schien.¹³⁵

Der ehemalige deutsche Botschafter in Kiew, Dietmar Stüdemann, beschreibt das Revolutionsdilemma der Ukraine sehr deutlich, wenn er meint, dass es zwar einerseits keine demokratische Revolution gäbe, die auf

¹³⁵ Simon, Gerhard (2011): „Von Janukovyč zu Juščenko und zurück. Der steinige Weg zur Demokratie“, In: Besters-Dilger, Juliane/Woldan, Alois (Hrsg.): „Die Ukraine auf dem Weg nach Europa: Die Ära Juschtschenko“, Frankfurt/Main: Peter Lang, S.15f

Dauer ausgelegt sei, aber andererseits auch ein „*Rückfall in die Methoden der Kutschma-Zeit*“ nicht mehr denkbar wäre.¹³⁶

Betrachtet man diese komplexe Ausgangslage, ist es schwierig, jene nationalen Akteure in den ukrainischen politischen Strukturen festzumachen, die dennoch eine Demokratisierung schrittweise voranbringen. Die staatlich organisierte Politik ist es kaum, da hier zwar Versprechungen einer demokratischen Öffnung getätigt, aber kaum erkennbare Schritte in diese Richtung gesetzt werden. Eine Akteursgruppe, die in diesem Zusammenhang in der Literatur aber immer wieder besonders hervorgehoben wird und auch hier exemplarisch angeführt werden sollen, sind die Medien. Abseits von den übermächtigen staatlichen Medien und jenen, die in fester Verbindung zu politischen Funktionären und/oder Oligarchen stehen, gibt es eine Reihe unabhängiger Journalisten und Medien, die nachhaltig die europäisch-westlichen Standards von den politischen Entscheidungsträger einfordern. So entschied zum Beispiel der Oberste Gerichtshof der Ukraine auf Druck nationaler Journalistenverbände und internationaler NGO bereits im Jahr 2002, dass die ukrainischen Gerichte in Zukunft in Fragen der medialen Veröffentlichung von Geheimdokumenten der Praxis des Europäischen Gerichtshofs folgen sollten.¹³⁷

Die „*zweite demokratische Transformation*“, wie Ellen Bos die Revolutionszeit 2004/2005 bezeichnet, hat die autoritären Gräben des Kutschma-Regimes noch keineswegs überwunden. Die Führung der Regierung durch Ministerpräsident Viktor Janukowytsch ab den Parlamentswahlen 2006 zeigt, dass wesentliche Strukturen aus dem vorrevolutionären politischen System erhalten blieben, die dem Verlierer der Präsidentschaftswahl 2004 in Fragen politischer Macht letztlich doch den längeren Atem gewährten, da es ihm gelang, durch seine parlamentarische

¹³⁶ Templin, Wolfgang (2007): „Farbenspiele – die Ukraine nach der Revolution in Orange“, Osnabrück: fibre Verlag, S.224

¹³⁷ Shevchenko, Andrii (2003): „The Changing Face of Mass Media“, In: Besters-Dilger, Juliane: „Die Ukraine in Europa: Aktuelle Lage, Hintergründe und Perspektiven“, Wien/Köln/Weimar: Böhlau Verlag, S.260ff

Macht dem Präsidenten weitgehende Rechte und politischen Möglichkeiten wegzunehmen und ihn klar zu schwächen.¹³⁸

Und trotzdem weist die Ukraine seit 2004 Fortschritte in Bezug auf einige Indikatoren auf, die einer langsam voranschreitenden demokratischen Konsolidierung des Landes entsprechen. Ländereinstufungen durch Organisationen wie „Freedom-House“, „Reporter ohne Grenzen“, oder „Transparency International“ zeigen positive Signale in Bereichen wie der Wahrnehmung politischer Rechte und Bürgerrechte, der Zivilgesellschaft, der Medien oder der Rechtsstaatlichkeit. Die Ukraine liegt hier im Spitzenfeld der verglichenen ehemaligen Sowjetrepubliken, allerdings noch abgeschlagen hinter den neuen ostmitteleuropäischen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union wie Polen oder Ungarn.¹³⁹

Was die westliche Einschätzung des Standes der Demokratisierung in der Ukraine betrifft, so lässt sich die Aussage treffen, dass es eine grundsätzliche Übereinstimmung darüber gibt, dass eine demokratische Konsolidierung besonders der institutionellen Einrichtungen des Staates vergleichsweise weit fortgeschritten ist und über alle politischen Akteure hinweg als akzeptiert gilt.¹⁴⁰ Die Bertelsmann Stiftung schreibt dazu in ihrem Länderbericht zum BTI 2010:

„Democratic institutions basically function as they should. [...] At present, all influential political actors accept democratic institutions and regard them generally as legitimate. However, politicians and interest groups have with growing frequency reopened the discussion on political and constitutional rules. [...] On the whole, the people of Ukraine endorse democratic norms,

¹³⁸ Bos, Ellen (2008): „Ukraine: Instabile Institutionen, informelle Netzwerke und Regionalisierung des Parteiensystems“, In: Bos, Ellen/Segert, Dieter (Hrsg.): „Osteuropäische Demokratien als Trendsetter? Parteien und Parteiensysteme nach dem Ende des Übergangsjahrzehnts“, Opladen/Farmington Hills: Verlag Barbara Budrich, S.210f

¹³⁹ Templin, Wolfgang (2007): „Farbenspiele – die Ukraine nach der Revolution in Orange“, Osnabrück: fibre Verlag, S.226

¹⁴⁰ Simon, Gerhard (2011): „Von Janukovyč zu Juščenko und zurück. Der steinige Weg zur Demokratie“, In: Besters-Dilger, Juliane/Woldan, Alois (Hrsg.): „Die Ukraine auf dem Weg nach Europa: Die Ära Juschtschenko“, Frankfurt/Main: Peter Lang, S.15

but with specific connotations. Surveys show that quality of democracy is mainly assessed by the state's ability to deliver social welfare."¹⁴¹

3.4.1. Externe Akteure im Demokratisierungsprozess

Wie auch bereits im Kapitel über die Akteure im ukrainischen Demokratisierungsprozess angeklungen, scheint aufgrund mangelnder Kapazitäten und Ausprägung der nationalen, zivilgesellschaftlichen Gruppierungen ein starkes Hilfsmittel für die lokalen Organisationen die Einbindung externer NGO und internationaler Institutionen in Fragen der Politikgestaltung zu sein. Zudem liegt im Falle der Ukraine ein – mehr oder weniger – sanfter Druck sowohl von europäischer Seite, als auch von Russland, für eine vermehrte Eingliederung in den jeweiligen politisch, kulturellen und wirtschaftlichen Rahmen, vor.¹⁴² Das spielt auch im Zuge der Demokratisierung eine bedeutende Rolle, fällt es vor allem einer Multi-Level-Governance-Organisation wie der Europäischen Union leichter, ihren Einfluss über die zur Verfügung stehenden zivilgesellschaftlichen Instrumente und Akteure, sowie über Förderzuwendungen geltend zu machen, als in Form eines direkten Diktats durch hohe Amtsträger.

Abseits der Europäischen Union, deren Einfluss in den folgenden Kapiteln noch ausführlich behandelt wird, stellt seitens der Regierungsorganisationen vor allem die OSZE einen machtvollen Akteur im Demokratisierungsprozess dar. Diese Stärke wurde auch schon im Zuge der Wahlbeobachtung zu den Präsidentschaftswahlen 2004 sichtbar, als es letztlich besonders unter dem Druck der OSZE gelang, einen erneuten Wahldurchgang durchzuführen. Bereits die Tatsache, dass die OSZE in einem so umfassenden Ausmaß als Wahlbeobachter zugelassen wurde, zeugt von der akzeptierten Rolle, welche die Organisation zu diesem Zeitpunkt bereits im politischen Verständnis der Ukraine spielte.¹⁴³ Begonnen hat die Zusammenarbeit der OSZE mit der

¹⁴¹ Bertelsmann Stiftung (2009): „BTI 2010 — Ukraine Country Report“, Gütersloh: Bertelsmann Stiftung, S.10ff, abgerufen am 08.11.2011 unter http://www.bertelsmann-transformation-index.de/fileadmin/pdf/Gutachten_BTI2010/CIS/Ukraine.pdf

¹⁴² Schulze, Verena M. (2006): „Democratisation and Europeanisation in the EU Neighbourhood: The Case of Ukraine“, Krakow: Master Thesis, S.30

¹⁴³ Ebd., S.24

Ukraine bereits mit der „*Mission to Ukraine*“ von 1994 bis 1999, wo allerdings noch Konfliktprävention und Krisenmanagement zur Stabilisierung des jungen Transformationslandes im Vordergrund standen. Die Kooperation wurde jedoch auch darüber hinaus fortgesetzt und von der OSZE ein eigener Projektkoordinator eingesetzt, der weitere Ziele und Vorhaben unterstützen sollte. Dazu zählten insbesondere auch Projekte, die eine Umwandlung der politischen Institutionen förderten, die einer modernen Demokratie gerecht würden, sowie Projekte im Bereich der Menschenrechtsagenden, der Judikatur und der Rechtsstaatlichkeit.¹⁴⁴

Auch die Mitgliedschaft im Europarat ab dem Jahr 1995 führte zu einer Reihe demokratischer Reformen, die für den Demokratisierungsprozess eine wesentliche Rolle spielen. Die Aufnahme in den Europarat war klar an die Umsetzung politischer Reformen geknüpft, die vor einem Beitritt abgeschlossen werden mussten. Dazu zählten sowohl institutionelle, als auch rechtsstaatliche Reformen, sowie eine volle Würdigung der Normen des Europarates im Rahmen der Menschenrechte. Der damalige Präsident Leonid Kutschma leitete diese Reformen tatsächlich ein und setzte dabei unter anderem die verfassungsmäßige Trennung von Exekutive und Legislative in Kraft. Olga Alexandrova schreibt dazu in einem Bericht des deutschen Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien: „*Nach der Beurteilung des Europarats hat kein anderes Land die Selbstverpflichtung in einer so umfassenden Form geleistet.*“¹⁴⁵

In Bezug auf direkte finanzielle Unterstützung des politischen Systems mit der Hoffnung auf eine fortschreitende Demokratisierung, sind auch die USA eine ernstzunehmende Größe in der Ukraine. Allein in den beiden Jahren vor der „Orangen Revolution“ flossen rund 65 Millionen amerikanische Dollar meist über indirekte Kanäle an die oppositionellen Kräfte und den pro-

¹⁴⁴ Ebd., S.32f

¹⁴⁵ Alexandrova, Olga (1996): „Die Außenpolitik der Ukraine nach dem Machtwechsel“, Köln: Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien Nr. 3/1996, S.25

westlichen Präsidentschaftskandidaten Juschtschenko.¹⁴⁶ Andere finanzielle Unterstützungsleistungen kamen auch von europäischen Instituten wie der deutschen Friedrich-Ebert-Stiftung, oder der Konrad-Adenauer-Stiftung.¹⁴⁷

Weniger in finanzieller Hinsicht, dafür mit umso mehr Erfahrungsreichtum, unterstützten auch etliche ausländische Bewegungen die Oppositionellen im Rahmen der „Orangenen Revolution“ und trugen damit zu einer demokratischen Stärkung der Zivilgesellschaft bei. Darunter zum Beispiel die serbischen Aktivisten von „Otpor“ („Widerstand“), oder die georgische Studentenbewegung „Kmara“ („Genug“), die in ihren jeweiligen Herkunftsländern bereits Erfahrungen im Umgang mit Wahlmanipulationen sammeln konnten.¹⁴⁸

Insgesamt lässt sich feststellen, dass es eine beträchtliche Anzahl an externen Akteuren gibt, die in den ukrainischen Strukturen fußgefasst haben – oftmals jedoch mit sehr unterschiedlichen Motiven und nicht immer, um eine nationale Demokratisierung zu unterstützen, sondern besonders bei starken Akteuren zumeist aus eigenen strategischen oder sicherheitspolitischen Überlegungen. So versucht zum Beispiel die NATO seit etlichen Jahren in der Ukraine Akzeptanz zu finden, stieß aber bisher bis hin zu nationalen Referenden größtenteils auf Ablehnung, obwohl eine Vollmitgliedschaft immer wieder auch politisch angestrebt wurde.¹⁴⁹

¹⁴⁶ Kelley, Matt (2004): „U.S. money has helped opposition in Ukraine“, In: The San Diego Tribune vom 11.12.2004, abgerufen am 08.11.2011 unter http://www.signonsandiego.com/uniontrib/20041211/news_1n11usaid.html

¹⁴⁷ Lehner, Marco (2007): „Internationale Akteure als Partner im ukrainischen Demokratisierungsprozess – Analyse der Menschenrechtsproblematik am Beispiel der Ukraine“, Wien: Diplomarbeit, S.78

¹⁴⁸ Templin, Wolfgang (2007): „Farbenspiele – die Ukraine nach der Revolution in Orange“, Osnabrück: fibre Verlag, S.138f

¹⁴⁹ Malek, Martin (2008): „Zur Reform der Streitkräfte der Ukraine“, In: Pleines, Heiko (Hrsg.): „Die Ukraine zwischen Ost und West. Außenpolitische und kulturelle Orientierungen“, Forschungsstelle Osteuropa Bremen - Arbeitspapiere und Materialien Nr. 99, 10/2008, S.29, abgerufen am 08.11.2011 unter <http://www.laenderanalysen.de/pages/arbeitspapiere/fsoAP99.pdf>

3.4.2. Aktuelle Entwicklungen und Ausblick

Was die aktuelle politische Lage der Ukraine betrifft, so prägte besonders der Gerichtsprozess um Julia Tymoschenko die vergangene Berichterstattung in den westlichen Medien. Am 11. Oktober 2011 wurde die nunmehrige Oppositionsführerin zu sieben Jahren Haft und einer Geldstrafe von 142 Millionen Euro verurteilt. Die Anklage lautet auf Amtsmissbrauch aufgrund eines Gasvertrags mit Russland, den Tymoschenko während ihrer Amtszeit als ukrainische Ministerpräsidentin im Jahr 2009 eingefädelt hatte und damit eine weitere Lieferkrise beendete. Die politische Sprengkraft hinter diesem Urteil liegt vor allem in der Einleitung des Prozesses, die nach dem Sieg Viktor Janukowytschs bei den Präsidentschaftswahlen 2010 und der Abwahl Tymoschenkos als Ministerpräsidentin erfolgte. Die Anhänger u Tymoschenkos und die meisten westlichen Prozessbeobachter sehen die Anklage und das Urteil als politischen Racheakt Janukowytschs. Ein besonderes Detail am Rande ist die Tatsache, dass mit der Wirksamkeit des Urteils Tymoschenkos somit auch für die nächsten sieben Jahre jegliche politische Kandidatur untersagt ist und sie damit sowohl von den Parlamentswahlen 2012, als auch den Präsidentschaftswahlen 2015 ausgeschlossen ist.

Internationale Kritik an dem Urteil kam sowohl von europäischer als auch russischer Seite. Während die Europäische Union ein geplantes Assoziierung- und Freihandelsabkommen umgehend auf Eis legte und der ukrainischen Führung ausrichtete, die bilateralen Beziehungen zur Ukraine unter diesen Umständen überdenken zu wollen, meldete sich auch der russische Ministerpräsident Vladimir Putin, der den Gasvertrag mit Tymoschenko 2009 ausgehandelt hatte, ungewöhnlich scharf zu Wort und zeigte sein Unverständnis für das Urteil. Gleichzeitig warnte er die Ukraine, die unterschriebenen Lieferverträge in Frage zu stellen. Das sei „*gefährlich und kontraproduktiv*“.¹⁵⁰

¹⁵⁰ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 11.10.2011: „Julija Tymoschenko zu sieben Jahren Haft verurteilt“, abgerufen am 09.11.2011 unter <http://www.faz.net/aktuell/ukraine-julija-timoschenko-zu-sieben-jahren-haft-verurteilt-11489309.html>

Von diesem brisanten Beispiel abgesehen, wird die Machtübernahme des Präsidentenamts durch Viktor Janukowytsch Anfang 2010 von den westlichen Beobachtern durchwegs als kritisch und Rückschritt in der demokratischen Konsolidierung des Landes betrachtet. Trotz erneuten Wahlfälschungsvorwürfen war diesmal der Vorsprung des Siegers gegenüber der zweitplatzierten Tymoschenko jedoch zu groß, um ihn durch einzelne Anfechtungsgründe wettmachen zu können. Auch das einstige orangene Lager war gegenüber 2004 keineswegs geeint genug, um den Wahlsieg Janukowytschs zu verhindern. Doch die Gründe für den nunmehrigen Sieg des Verlierers der Wahl 2004 sind viel tiefgründiger, als auf den ersten Blick erwartet: Zum Einen wurden die Hoffnungen und Erwartungen an den ehemaligen Präsidenten Juschtschenko jäh durch dessen fehlende Reformansätze gedämpft, andererseits arbeiteten auch die aktuellen Wirtschafts- und Beschäftigungsdaten gegen Juschtschenko und Tymoschenko. Dass darüber hinaus die West-Ost-Spaltung der Ukraine bei dieser Wahl viel weniger stark ausfiel, kann den Wähleranalysen entnommen werden.¹⁵¹

In Bezug auf die Beziehungen zur Europäischen Union und zu Russland, brachte der Wechsel an der Präsidentenspitze bisher den erwarteten Umkehreffekt: Janukowytsch setzt sich deutlich mehr für die Wiederherstellung der engen Partnerschaft mit Russland ein, wenngleich er aber auch die europäische Dimension der Ukraine weiterhin als wichtigen Zukunftsfaktor sieht. Eine überraschende Verlängerung der Stationierung der symbolträchtigen russischen Schwarzmeerflotte in Sewastopol bis zum Jahr 2042, deren Gültigkeit eigentlich bereits 2017 enden sollte, im Gegenzug zu einer Ermäßigung des russischen Gaspreises, unterstreicht diese wiedergefundene russisch-ukrainische Freundschaft.¹⁵²

Dass die Ukraine einer demokratischen Konsolidierung dennoch seit der „Orangenen Revolution“ deutlich näher gekommen ist, zeigen die letzten

¹⁵¹ Simon, Gerhard (2011): „Von Janukovyč zu Juščenko und zurück. Der steinige Weg zur Demokratie“, In: Besters-Dilger, Juliane/Woldan, Alois (Hrsg.): „Die Ukraine auf dem Weg nach Europa: Die Ära Juschtschenko“, Frankfurt/Main: Peter Lang, S.22ff

¹⁵² Ebd., S.29

Wahlen, die auch von externen Beobachtern als durchaus demokratisch eingestuft wurden, wie auch das pluralistische Parteiensystem der Ukraine, das zumindest ohne allzu große Einschränkungen zu funktionieren scheint.¹⁵³

4. Externe Demokratisierung durch die Europäische Union

Ob dieser offensichtliche schrittweise Wandel der politischen Kultur seit der „Orangen Revolution“ auch mit der Intensivierung der Beziehungen zur Europäischen Union in diesem Zeitraum im Zusammenhang steht, soll im Folgenden eingehend betrachtet werden. Einige Verknüpfungen zur europäischen Demokratisierungspolitik wurden dazu bereits aufgezeigt, sollen aber an dieser Stelle konkretisiert und vertieft werden. Der Untertitel der vorliegenden Arbeit „Die Europäische Union als Motor für Demokratisierungsprozesse in der Ukraine“ stellt bereits einen Einfluss der europäischen Demokratisierungsinstrumentarien in Aussicht. Wie der dementsprechende Einfluss auf europäischer Ebene zustande kommt und woher er seine ideologischen und rechtlichen Grundlagen nimmt, das ist ebenfalls in diesem Kapitel zu thematisieren.

4.1. Allgemeine Motive und Strukturen

Der Blick auf die Demokratisierungstendenzen durch die Europäische Union sollte zurückführen zu den Anfängen der Europäischen Union in Form der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS). Doch im Gründungsvertrag der Gemeinschaft von 1951 findet sich neben der Forderung nach Zusammenarbeit im wirtschaftlichen und industriellen Bereich zwar eine deutliche Referenz auf das Anstreben einer dauerhaften Stabilisierung des Weltfriedens, jedoch darüber hinaus keinerlei Bezugnahme, dass diese Gewährleistung der Sicherheit unabdingbar in Form einer demokratischen Ordnung zu erfolgen hat.¹⁵⁴

¹⁵³ Ebd., S.29f

¹⁵⁴ Deutsches Bundesgesetzblatt II 1952/7 vom 06.05.1952: „Gesetz betreffend den Vertrag vom 18. April 1951 über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl“, Der Bundesminister der Justiz (Hrsg.), Bonn: Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H., S.445ff

4.1.1. „Die europäische Idee“

Woher kommt also die vielfach diskutierte Verbindung von Europäisierung und Demokratisierung? Erst am Kopenhagener Gipfel Ende 1973 erklären die damaligen Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union in einem *„Dokument über die europäische Identität“* erstmals offiziell, dass sich die Europäische Union zu den *„Grundsätzen der repräsentativen Demokratie“* bekennt:

„In dem Wunsch, die Geltung der rechtlichen, politischen und geistigen Werte zu sichern, zu denen sie sich bekennen, in dem Bemühen, die reiche Vielfalt ihrer nationalen Kulturen zu erhalten, im Bewußtsein einer gemeinsamen Lebensauffassung, die eine Gesellschaftsordnung anstrebt, die dem Menschen dient, wollen sie die Grundsätze der repräsentativen Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit, der sozialen Gerechtigkeit, die das Ziel des wirtschaftlichen Fortschritts ist, sowie der Achtung der Menschenrechte als die Grundelemente der europäischen Identität wahren.“¹⁵⁵

Damit war der Grundstein für die Verankerung der repräsentativen Demokratie als leitender Regimetyp innerhalb der Europäischen Union gelegt. In demselben Dokument wird an anderer Stelle auch der Weg für neue Mitgliedsstaaten beschrieben und damit bereits klar zum Ausdruck gebracht, dass eine Mitgliedschaft nur unter Anerkennung dieser zuvor definierten Grundelemente möglich ist:

„Das europäische Einigungswerk, wie es die neun Mitgliedstaaten der Gemeinschaft unternehmen, steht den anderen europäischen Nationen offen, die die Wertvorstellungen und Ziele der Neun teilen.“¹⁵⁶

Die endgültige vertragliche Festschreibung der Demokratie als Leitmotiv der Europäischen Union erfolgte 1986 mit der *„Einheitlichen Europäischen Akte“*.

¹⁵⁵ Bulletin der Europäischen Gemeinschaften 1973/12: *„Dokument über die europäische Identität: (Kopenhagen, 14. Dezember 1973)“*, Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union (Hrsg.), S. 131ff, abgerufen am 10.11.2011 unter http://www.europarl.europa.eu/brussels/website/media/Basis/Organe/ER/Pdf/Dokument_Identitaet.pdf

¹⁵⁶ Ebd., S.131ff

Darin legen die Mitgliedsstaaten vertraglich fest, für die Grundsätze der Demokratie und Rechtsstaatlichkeit einzutreten. Die praktische Anwendung dieser hehren Ziel war aber schon in den 1960er und 1970er Jahren zu erkennen, als sich die Europäische Union ablehnend gegen die autoritären Systeme in Griechenland und Spanien einsetzte und sich dadurch auch den Ruf als „*Vertreterin des demokratischen Prinzips*“ erwarb. Wie Marianne Kneuer schreibt, wurden dadurch diese Grundsätze auch „*explizit Element der EG-Außenpolitik – Kriterium und Ziel – zugleich*“. ¹⁵⁷

Dass sich die Europäische Union letztlich auch als „Demokratieexporteur“ zu verstehen begann, das erkennt man besonders ab Ende der 1980er Jahre, als vermehrt die wirtschaftliche und entwicklungspolitische Zusammenarbeit mit Drittländern an die Erreichung bestimmter demokratischer Vorgaben geknüpft wurde und somit der erste Schritt hin zum beschriebenen Instrument der demokratischen Konditionalität gegeben war. ¹⁵⁸

4.1.2. Demokratiedefinition und Kopenhagener Kriterien

Wie bereits im theoretischen Teil der vorliegenden Arbeit erläutert, ist die Frage nach einer Demokratisierung immer in Verbindung mit der Frage nach der verwendeten Demokratiedefinition zu sehen. Die Europäische Union hatte in den ersten Jahrzehnten noch kein verankertes Konzept, das verbindlichen Kriterien gleichkommen würde. Zuvor habe ich davon geschrieben, dass es immerhin bis zumindest zur Verabschiedung der Einheitlichen Europäischen Akte 1986 noch nicht einmal einen klaren Bezug auf die Demokratie als Referenzregimetyp der Europäischen Union im Allgemeinen gab – somit fehlten auch klar abgegrenzte Kriterien für die Tätigkeit der Europäischen Union im Rahmen einer politischen Unterstützung von Drittländern und Beitrittskandidaten. Die sehr allgemein gehaltenen Formulierungen sprachen jeweils von einer Wahrung von Freiheit, Frieden und Sicherheit – den Begriff der „Demokratie“ schien man generell eher vermeiden zu wollen.

¹⁵⁷ Kneuer, Marianne (2006): „Demokratisierung durch die EU: Süd- und Ostmitteleuropa im Vergleich“, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S.93f

¹⁵⁸ Ebd., S.94

Wohl zufällig war es wie 1973 beim „*Dokument über die europäische Identität*“ wieder die dänische Hauptstadt Kopenhagen, die für eine unscheinbare Revolution in der Handhabung der Europäischen Union bezüglich ihrer Einstellung zu Demokratie und Demokratieförderung sorgte. Diesmal waren es die als „*Kopenhagener Kriterien*“ bezeichneten Vorgaben des Europäischen Rats von 1993, die nach einem länger anhaltenden Diskussionsprozess erstmals konkrete Leitlinien enthielten, was die Europäische Union unter Demokratie eigentlich verstehe. Der Zeitpunkt der Beschlussfassung erfolgte unter der direkten Wahrnehmung des Zusammenbruchs der mittel- und osteuropäischen Systeme ab 1989 und enthielt deshalb auch spezielle Anweisungen, wie die Europäische Union mit diesem Phänomen umzugehen gedachte und welche Voraussetzungen und Möglichkeiten es für die neuen politischen Regime Osteuropas gab an der Erweiterung der Europäischen Union teilzuhaben.¹⁵⁹

So heißt es in den Schlussfolgerungen des Ratsvorsitzes unter Punkt 7/a/III zu den Möglichkeiten einer Aufnahme mittel- und osteuropäischer Länder in die Europäische Union:

*„Als Voraussetzung für die Mitgliedschaft muß der Beitrittskandidat eine institutionelle Stabilität als Garantie für demokratische und rechtsstaatliche Ordnung, für die Wahrung der Menschenrechte sowie die Achtung und den Schutz von Minderheiten verwirklicht haben; [...] Die Mitgliedschaft setzt außerdem voraus, daß die einzelnen Beitrittskandidaten die aus einer Mitgliedschaft erwachsenden Verpflichtungen übernehmen und sich auch die Ziele der politischen Union sowie der Wirtschafts- und Währungsunion zu eigen machen können.“*¹⁶⁰

Spätestens seit den Beschlüssen von Kopenhagen 1993 kann daher die Europäische Union auch als politische Union begriffen werden. Der Prozess der europäischen Integration wurde durch die Spezifikation der

¹⁵⁹ Ebd., S.95

¹⁶⁰ Europäischer Rat (1993): „Schlussfolgerungen des Vorsitzes“, Tagung des Europäischen Rates (Kopenhagen, 21./22.Juni 1993), Nr. SN 180/1/93, Brüssel, S.13, abgerufen am 11.11.2011 unter http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/de/ec/72924.pdf

Demokratisierungskriterien um die politische Komponente erweitert. Alle darauf folgenden Erweiterungen der Europäischen Union, sowie die Bemühungen der Union um eine Zusammenarbeit mit anderen Drittländern, erfolgten im Bewusstsein dieser politischen Kriterien als Bedingung für eine Intensivierung der Beziehungen.¹⁶¹

4.1.3. Leitbildsteuerung und gutes Regieren

Als konzeptionelle Grundlagen, welche die Basis für die Demokratisierungsstrategie der Europäischen Union seit Anfang der 1990er Jahre bilden, möchte ich aus meiner Sicht vor allem zwei Ebenen besonders betrachten: Die „*Innen-Außen-Analogie*“ einerseits und das Konzept der „*good governance*“ andererseits.

Thomas Conzelmann beschäftigt sich in einem Arbeitspapier der Technischen Universität Darmstadt besonders mit dem „good governance“-Ansatz und der von Conzelmann mitentwickelten „Leitbildsteuerung“, nach der sich die Akteursdimension der Europäischen Union vorrangig aus einem System an Leitbildern zusammensetzt und weniger eine einheitliche fassbare Struktur aufweist.¹⁶² Durch das komplexe Mehrebenensystem der Europäischen Union, auf das noch eingegangen wird, ist eine klare Formulierung, welche Akteure an welche Konzepte gebunden sind, meist schwierig. Die Hilfsmethode der Leitbildsteuerung erleichtert diesen Zugang, da sie allgemeine Normen als inhaltliche Stränge zusammenführt und dadurch für mehr als nur einen Akteur verbindlich machen kann:

„Indikatoren für die Existenz eines Leitbilds wären zum einen die wiederholte Bezugnahme auf bestimmte kognitive und normative Ideen, zum anderen der

¹⁶¹ Rotter, Rudolf (2005): „Die Ukraine zwischen Russland und der Europäischen Union – Aspekte zweier komplexer Beziehungen, relevante innerstaatliche Determinanten“, Wien: Diplomarbeit, S.69f

¹⁶² Conzelmann, Thomas (2004): „‘Gutes Regieren‘ in europäischen Farben? Zur Leitbildsteuerung der Europäischen Union in der Entwicklungszusammenarbeit“, Arbeitspapier Nr.12 der World Society Research Group / Darmstadt University of Technology / Johann Wolfgang Goethe University Frankfurt, S.4f, abgerufen am 11.11.2011 unter <http://www.politikwissenschaft.tu-darmstadt.de/fileadmin/pg/media/papers/fwgwp12.pdf>

*Umfang, in dem diese Bezugnahmen ausrichtende Kraft auf die tatsächliche Politik entfalten.*¹⁶³

Das ist im Zusammenhang mit der Demokratieförderung durch die Europäische Union deshalb von Bedeutung, weil dadurch anschaulich erklärt werden kann, wie es dazu kommen konnte, dass die Methode der politischen Konditionalität eine so wesentliche Bedeutung in Bezug auf die Demokratisierungsmaßnahmen einnehmen konnte. Dahinter lässt sich im Grunde der strukturelle Aufbau der Europäischen Union erkennen, der nur in der Form einer derartigen Leitbildsteuerung und mehrdimensionaler Zielsetzungen eine koordinierte, wenn auch einigermaßen abstrakte, Vorgehensweise aller europäischen Akteure ermöglichen kann.

Aus Conzelmanns Sicht ist dieser Umstand auch dafür verantwortlich, dass die Europäische Union nicht die Demokratie als ihr oberstes Ziel in ihren externen Maßnahmen nennt, sondern die Methode der „*guten Regierungsführung*“, oder „*good governance*“. In ihr fasst die Europäische Union spätestens mit der Entschließung des Rats über „*Menschenrechte, Demokratie und Entwicklung*“ vom 28. November 1991 alle erwünschten politischen Ziele und Grundsätze in einem Überbegriff zusammen. In der Entschließung von 1991 definiert die Europäische Union „*Pluralismus, Institutionen, die in einem verfassungsmäßigen Rahmen funktionieren, verantwortliche Regierungen, regelmäßige faire Wahlen, Anerkennung der Bedeutung des Individuums in der Gesellschaft*“ als demokratische Mindestvoraussetzungen und fordert explizit nicht nur die „*Wahrung*“, sondern vielmehr die „*aktive Unterstützung*“ der Demokratie.¹⁶⁴

Auch den Begriff der „*good governance*“ in der von ihr verstandenen Form erläutert die Europäische Union in einem ungewöhnlich klaren Definitionsmuster wie folgt:

„Eine vernünftige Wirtschafts- und Sozialpolitik, demokratische Beschlussfassung, angemessene Transparenz des Regierens und finanzielle

¹⁶³ Ebd., S.5

¹⁶⁴ Kneuer, Marianne (2006): „Demokratisierung durch die EU: Süd- und Ostmitteleuropa im Vergleich“, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S.95

*Verantwortlichkeit, Schaffung eines mit marktwirtschaftlichen Grundsätzen kompatiblen Entwicklungsumfeldes, Maßnahmen zur Bekämpfung der Korruption sowie Wahrung der Rechtsstaatlichkeit, der Menschenrechte sowie der Presse- und Meinungsfreiheit.*¹⁶⁵

Während also „good governance“ ein zentraler Bestandteil der unmittelbaren Konzeption der europäischen Demokratisierungsmethodik zu sein scheint, greift Bernhard Zeilinger noch einen weiteren Aspekt der strukturellen Grundlagen auf: Die „*Innen-Außen-Analogie*“. Zeilinger geht davon aus, dass mit diesem Instrumentarium eine geeignete Erklärung der externen Demokratieförderung durch die Europäische Union gelingen kann, da es sowohl die multipolaren Vorgänge innerhalb der Unionsstruktur, als auch die äußere Wahrnehmung mit einbezieht. Der Analogieschluss, der in diesem Fall getroffen wird, ist jener, dass die Prinzipien und Regeln, wie sie die Europäische Union im Inneren für die eigenen Strukturen und Akteure aufstellt, so gestaltet sein müssen, dass sie auch auf äußere Strukturen und Systeme übertragbar sind. Dabei spielen natürlich die strategischen Überlegungen der Europäischen Union eine Hauptrolle. So kommen die gültigen Prinzipien zum Beispiel in der neuen Nachbarschaftspolitik zur Anwendung, mit der ein „*ring of friendly states*“ geschaffen werden soll, der auf der Grundlage der europäischen Normen basiert und deshalb Stabilität und Sicherheit zu garantieren vermag. Die derlei ausgestalteten Richtlinien kommen beim Umgang mit Abkommen und Verträgen mit Drittstaaten zur Anwendung und unterstreichen so die Bedeutung dieser politischen Ordnungsinstrumente für die Europäische Union und ihre Organe.¹⁶⁶

So wird auch zuletzt im Vertrag über die Europäische Union (EUV), der im Dezember 2009 wirksam wurde, ganz klar auf diese Innen-Außen-Sicht eingegangen und mehrfach darauf hingewiesen, dass die Werte, die die Europäische Union nach Innen vertritt, auch für den Umgang mit externen

¹⁶⁵ Nuscheler, Franz (2009): „Good Governance: Ein universelles Leitbild von Staatlichkeit und Entwicklung?“, INEF-Report 96/2009, Universität Duisburg/Essen, S.19, abgerufen am 11.11.2011 unter <http://inef.uni-due.de/page/documents/Report96.pdf>

¹⁶⁶ Zeilinger, Bernhard (2007): „Externe Demokratieförderung in postsozialistischen Transformationsstaaten: Untersuchung der Rahmenbedingungen für die Instrumenten- und Strategiewahl für externe Demokratieförderung der EU“, Wien: Diplomarbeit, S.76ff

Partnern Gültigkeit haben soll. In Artikel 3(5) EUV heißt es zum Beispiel: „*In ihren Beziehungen zur übrigen Welt schützt und fördert die Union ihre Werte und Interessen und trägt zum Schutz ihrer Bürgerinnen und Bürger bei.*¹⁶⁷“ – die angesprochenen Werte selbst werden bereits im Artikel 2 EUV festgehalten: „*Die Werte, auf die sich die Union gründet, sind die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte einschließlich der Rechte der Personen, die Minderheiten angehören.*“¹⁶⁸

Diese normativen Feststellungen verdeutlichen, dass der Wertekanon der Europäischen Union auch in den Außenbeziehungen eine tragende Rolle spielen soll und deshalb gefördert werden muss. Und doch erscheint es trotz dieser scheinbaren Einheitlichkeit der Zielsetzung zunehmend ein Problem der aktiven Steuerung und Anwendung dieser Normen zu geben. Erhard Busek schreibt sogar davon, dass der Europäischen Union derzeit eine „*integrierte Strategie*“ fehle, sowohl was das Vorantreiben des Demokratisierungsprozess betrifft, als auch den Umgang mit den neuen Partnern im Osten. Dass eine solche Strategie fehlt, liegt aus Sicht Buseks besonders auch in der problematischen internen Situation der europäischen Gremien und Organe. Ein „*global player*“ Europäische Union rückt angesichts der internen gegenseitigen Blockade und besonders aufgrund einer fehlenden Rechenschaftspflicht über das Handeln der 27 Staats- und Regierungschefs der Mitgliedsstaaten zumindest mittelfristig in weite Ferne.¹⁶⁹

4.1.4. Externe Demokratisierung im Mehrebenensystem

Um dieser Problematik zu begegnen, ist es notwendig wie bereits vorangegangen angeführt, eine Betrachtung dieses mehrdimensionalen Aufbaus der Europäischen Union durchzuführen. Die Zielsetzungen für

¹⁶⁷ Amtsblatt der Europäischen Union vom 30.3.2010: „Konsolidierte Fassung des Vertrags über die Europäische Union“, C83/17, abgerufen am 12.11.2011 unter <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2010:083:0013:0046:DE:PDF>

¹⁶⁸ Ebd., C83/17

¹⁶⁹ Busek, Erhard (2008): „Europa am Scheideweg“, In: Schwarcz, Iskra/Suppan, Arnold (Hrsg.): „Quo vadis EU? Osteuropa und die EU-Erweiterung“, Berlin/Wien: LIT Verlag, S.21f

externe Demokratisierungsprojekte unterliegen in einem derartigen „*multi-level governance*“ System besonderen Herausforderungen – sowohl im konzeptionellen, als auch im praktischen Bereich. Die konzeptionellen Fragen sollen an dieser Stelle zuerst besprochen werden.

Einen wichtigen Baustein spielt dabei das „*Kohärenzprinzip*“ der Europäischen Union, das davon ausgeht, dass die Politiken der Mitgliedsstaaten, sowie der Organe und Gremien der Europäischen Union untereinander koordiniert sind und sich nicht in die Quere kommen. Besonders problematisch wird eine Abweichung von diesem Grundsatz im Rahmen der Demokratieförderinstrumente dann, wenn ein Mitgliedsstaat andere Fördermechanismen oder -ziele sieht, als die Europäische Union. Auch die unterschiedliche Wahl und Bevorzugung bestimmter Instrumente der Demokratieförderung kann dabei eine Rolle spielen. Innerhalb der Organe der Europäischen Union übernimmt die Kontrolle über die Kohärenzkriterien die Europäische Kommission. *„Die Kommission erstellt daher regelmäßig Berichte zur Kohärenzkontrolle und arbeitet Kohärenzklauseln in die jeweiligen Länderstrategiepapiere ein.“*¹⁷⁰

Die Koordinierung der einzelnen Förderprojekte in Bereichen, wo Mitgliedsstaaten sowie die Europäische Union unabhängig voneinander als Demokratisierungsakteure auftreten, erfolgt auf Grundlage des Artikels 180 I EUV, der die Mitgliedsstaaten und die Gremien der Europäischen Union dazu verpflichtet, ihre Fördermaßnahmen im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit und der jeweiligen Demokratisierungsstrategien untereinander abzustimmen. Es soll jedoch zu einer Ergänzung durch europäische Förderprogramme kommen, nicht zu einem Vorrang gegenüber nationalstaatlichen Maßnahmen.¹⁷¹

¹⁷⁰ Felske, Julia (2011): „Möglichkeiten und Grenzen externer Demokratieförderung: Die Europäische Union und die Bundesrepublik Deutschland in Georgien“, Osnabrück JMCE Award Series Nr. 01 (2011), S.25f – abgerufen am 31.10.2011 unter [http://repositorium.uni-osnabrueck.de/bitstream/urn:nbn:de:gbv:700-](http://repositorium.uni-osnabrueck.de/bitstream/urn:nbn:de:gbv:700-201110188428/4/Osnabrueck_JMCE_AwardSeries_01_2011_Felske.pdf)

201110188428/4/Osnabrueck_JMCE_AwardSeries_01_2011_Felske.pdf

¹⁷¹ Ebd., S.25f

In diesem „*Europäischen Entwicklungskonsens*“, der 2005 verabschiedet wurde, ist dabei unter Berücksichtigung der jeweiligen Möglichkeiten und Vorhaben eine Art freiwilliger Verhaltenskodex entwickelt worden, der zu einer verstärkten Koordinierung der einzelnen Maßnahmen führen soll und von Kommission und den Mitgliedsstaaten auf Basis einheitlicher Länderstrategiepapiere bei der Umsetzung in der Praxis behilflich sein soll. Das Ziel dieses Maßnahmenpakets ist besonders die Ressourcenbündelung und die Effizienzsteigerung der Förderprojekte auf Grundlage von „*best practice*“ Beispielen.¹⁷²

Die Mehrdimensionalität der Außenbeziehungen der Europäischen Union kann aber nicht nur im Bereich der unterschiedlichen Akteure ausgemacht werden, sondern auch in der inhaltlichen, beziehungsweise strategischen Ausrichtung. Waren bis in die 1990er Jahre die Maßnahmen der Union im Zusammenhang mit ihren Außenbeziehungen noch meist in sich abgeschlossene Pakete, die in den einzelnen Fachgremien ausverhandelt und unabhängig voneinander umgesetzt wurden, bezieht sich die Europäische Union heute in allen Bereichen auf einen gesamtheitlichen Ansatz, der unterschiedliche Maßnahmen in gemeinsame „*Körbe*“ zusammenfasst und so eine möglichst ausdifferenzierte und umfassende Förderpolitik begründen soll.

Dabei unterscheidet die Europäische Union grundsätzlich in drei verschiedene Aktivitätsgruppen: politische Aspekte, inklusive Sicherheitspolitik, wirtschaftliche und finanzielle Aspekte, sowie soziale, kulturelle und menschliche Aspekte. Das Hauptaugenmerk liegt dabei aber immer zuerst auf den politischen Aspekten der Unterstützungsmaßnahmen, sodass auch die potentiellen Förderkandidaten stets unmittelbar mit dieser Priorität konfrontiert sind. Die enge Verzahnung der einzelnen Förderbereiche ermöglicht es, die Europäische Union auch in ihren Tätigkeiten nach außen hin als Projekt zu begreifen, das alle wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Bereiche umfasst.¹⁷³

¹⁷² Ebd., S.26

¹⁷³ Kneuer, Marianne (2006): „Demokratisierung durch die EU: Süd- und Ostmitteleuropa im Vergleich“, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S.100ff

Dass Demokratisierungs- und insbesondere Entwicklungspolitik ein Querschnittsthema darstellt, davon ist auch Annette Jünemann überzeugt und weist darauf hin, dass ein Funktionieren dieser Fördermaßnahmen nur unter Verbindung aller Felder der Außenbeziehungen sichergestellt werden kann. Das Kohärenzprinzip ist dafür zwar grundsätzlich geeignet, fällt allerdings allzu oft anderen Prioritäten der Mitgliedsstaaten oder der Europäischen Union zum Opfer. Speziell die immer noch stark verankerten historischen Bindungen von Mitgliedsstaaten an jene Länder, die sie bevorzugt fördern, schieben einem wirksamen, gemeinschaftlichen Förderprogramm aller Akteure oftmals einen Riegel vor. Auch das Ende des Ost-West-Konflikts hat aus Sicht Jünemanns die Förderpolitik nicht weniger instrumentalisiert werden lassen, sondern im Gegenteil die politische Gewichtung dieser Maßnahmen sogar noch erhöht.¹⁷⁴

4.2. Institutionelle Akteure auf europäischer Ebene

Es gibt weltweit keinen anderen ähnlich starken Förderer von demokratischen und institutionellen Strukturen wie die Europäische Union – weder in politischer noch in finanzieller Hinsicht.¹⁷⁵ Das sei vorweg festgehalten, um die Dimension zu verdeutlichen, in der sich diese Debatte bewegt. Doch genau diese Größe der Strukturen und Maßnahmen macht es notwendig, einen genaueren Blick auf die Akteursstrukturen und Maßnahmen zu werfen, um das konzeptionelle Design dahinter mit den realen Auswirkungen in Verbindung setzen zu können. Ich möchte zunächst die tatsächlichen institutionellen Akteure der Europäischen Union anführen, die als multilaterale Organe übergreifend im Rahmen der europäischen Verträge

¹⁷⁴ Jünemann, Annette (2005): „Demokratie-Entwicklung-Sicherheit: Paradigmen einer europäischen Demokratisierungspolitik“, In: Thiemeyer, Guido/Ullrich, Hartmut (Hrsg.): „Europäische Perspektiven der Demokratie: Historische Prämissen und aktuelle Wandlungsprozesse in der EU und ausgewählten Nationalstaaten“, Frankfurt/Main: Europäischer Verlag der Wissenschaften, S.148f

¹⁷⁵ Felske, Julia (2011): „Möglichkeiten und Grenzen externer Demokratieförderung: Die Europäische Union und die Bundesrepublik Deutschland in Georgien“, Osnabrück JMCE Award Series Nr. 01 (2011), S.16 – abgerufen am 31.10.2011 unter http://repositorium.uni-osnabrueck.de/bitstream/urn:nbn:de:gbv:700-201110188428/4/Osnabrueck_JMCE_AwardSeries_01_2011_Felske.pdf

tätig werden. Danach gehe ich auf die großen Förderprogramme der letzten beiden Jahrzehnte vor allem in Bezug auf die Demokratieförderung in Mittel- und Osteuropa ein.

Wenn man sich die vielschichtigen Maßnahmen der Europäischen Union ansieht, kann man besonders die historisch gewachsenen unterschiedlichen Politikfelder erkennen, die sich fortan um eine Weiterentwicklung der Strukturen von Drittstaaten und neuen Mitgliedsstaaten bemüht haben. Dazu zählen nach Julia Felske insbesondere die drei Hauptfelder der Gemeinsamen Handelspolitik (GHP), der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und der Europäischen Entwicklungspolitik (EEP).¹⁷⁶

„Diese unterschiedliche Gewichtung der Ziele und die historische Abgrenzung der Politikfelder sind entscheidend für die jeweilige Zuordnung des Verfahrens, nach dem die angestrebte politische Maßnahme beschlossen werden soll, zumal die drei Politikfelder teilweise auch ähnliche Instrumente verwenden.“¹⁷⁷

Die unterschiedliche Wahl der Verfahren bedingt auch eine notwendige Differenzierung in der Zuteilung von Ressourcen, beziehungsweise institutionellen Akteuren. Zu den Hauptakteuren im Kontext der Europäischen Union lassen sich insbesondere vier Organe bezeichnen, deren Bedeutung für die europäische Demokratieförderung im Folgenden kurz dargestellt werden soll. Es sind dies die Europäische Kommission, der Rat der Europäischen Union (seit dem Vertrag von Lissabon offiziell nur mehr als „Rat“ tituliert), das Europäische Parlament und der Europäische Auswertige Dienst, dem eine Sonderstellung in der Konzeption der europäischen Struktur seit dem Vertrag von Lissabon zukommt.

4.2.1. Europäische Kommission

Die Europäische Union hat – auch wenn ihr rein formell keine allzu große Gestaltungsmacht zugesprochen wird, da sie lediglich als ausführendes und vorschlagendes Organ der Europäischen Union fungieren soll – den bisher

¹⁷⁶ Ebd., S.17

¹⁷⁷ Ebd., S.17

wohl stärksten Einfluss auf die Zielsetzungen der europäischen Demokratieförderung genommen. Mit den ihr unterstellten Generaldirektionen und dem informellen Kommunikations- und Repräsentationscharakter, begründet sich ein durchaus beträchtlicher Einfluss auf die Strategiewahl und Durchführungskompetenz im Zusammenhang mit den Fördermaßnahmen. Auch wenn wesentliche Aufgabengebiete im Rahmen der Außenbeziehungen der Europäischen Union mit dem Vertrag von Lissabon auf den Europäischen Auswärtigen Dienst übergegangen sind, bleibt im Zuge der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) immer noch eine starke Verankerung der Europäischen Kommission in diesem Gefüge gegeben.¹⁷⁸

Armin Nolting sieht in diesem Zusammenhang besonders die sogenannten „Lomé-Konventionen“ als wesentlich für die Stärkung der Europäischen Kommission in Bezug auf Fördermaßnahmen und –strukturen:

*„Durch die Vergemeinschaftung der Handelspolitik und die Einführung einer Entwicklungspolitik, insbesondere durch die Lomé-Konventionen, war die Kommission schon bald in der strategischen Situation des Vermittlers, nicht nur zwischen europäischen Interessen einerseits und den Interessen der internationalen Handels- und Kooperationspartner andererseits, sondern insbesondere auch zwischen den oft divergierenden Interessen verschiedener EG-Mitglieder“.*¹⁷⁹

Auch die Kompetenz der Kommission, im direkten Förderumfeld Verträge auszuhandeln und Abkommen einzugehen, hebt die informelle Gestaltungsmacht der Kommission deutlich. Die Europäische Kommission kann dabei sowohl Verträge auf Basis von Rats- oder Parlamentsbeschlüssen ausarbeiten, als auch im Bereich von Förderabkommen und Projektanträgen weitgehend unabhängig entscheiden und dadurch konkrete Unterstützungsschwerpunkte setzen.¹⁸⁰

¹⁷⁸ Nolting, Armin K. (2003): „Die Demokratieförderung der EU: Eine Untersuchung am Beispiel von Positivmaßnahmen in Malawi und Simbabwe“, Bochum: Dissertation, S.92

¹⁷⁹ Ebd., S.93

¹⁸⁰ Felske, Julia (2011): „Möglichkeiten und Grenzen externer Demokratieförderung: Die Europäische Union und die Bundesrepublik Deutschland in Georgien“, Osnabrück JMCE

4.2.2. Rat der Europäischen Union

Ähnlich der multidimensionalen Befassung der Kommission mit dem Thema der externen Demokratieförderung, ist auch der Rat der Europäischen Union in seinen Handlungsebenen weitgehend aufgespalten tätig. So sind zum Einen die jeweiligen Fachministerräte zu berücksichtigen, die in ihren unterschiedlichen Ressorts Themenschwerpunkte setzen, andererseits aber der Europäische Rat der Staats- und Regierungschefs, der dem Rat als übergeordnete Entscheidungsinstanz Leitlinien und Ziele vorgibt.¹⁸¹ Die eigentliche Behandlung der Außenbeziehungen auf Ebene des Rats erfolgt allerdings im Zuge des „Rats für Auswärtige Angelegenheiten“, der seit den Vertragsänderungen von Lissabon dem „Rat für allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen“ nachgefolgt ist und sich aus den einzelnen Außenministern der 27 Mitgliedsstaaten der Europäischen Union, sowie dem „Hohen Vertreter der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik“ zusammensetzt. Der Rat für Auswärtige Angelegenheiten ist allerdings in seinem Schaffen der Sicherheitsstrategie des Europäischen Rates unterworfen, die er umzusetzen hat. Eine der Hauptaufgaben des Rats im Zusammenhang mit Demokratieförderung liegt in der Kompetenz die Entwicklungszusammenarbeit der Europäischen Union zu steuern und die Förderprojekte in den einzelnen Schwerpunktregionen zu koordinieren.¹⁸²

Darüber hinaus kommt dem Rat im Ganzen ein Mitentscheidungsrecht im Zuge der jährlichen Budgeterstellung der Europäischen Union zu, worin auch die Fördermittelaufteilung der unterschiedlichen Demokratisierungsmaßnahmen enthalten ist. Der Rat ist auch für die Erstellung von

Award Series Nr. 01 (2011), S.17 – abgerufen am 31.10.2011 unter http://repositorium.uni-osnabrueck.de/bitstream/urn:nbn:de:gbv:700-201110188428/4/Osnabrueck_JMCE_AwardSeries_01_2011_Felske.pdf

¹⁸¹ Ebd., S.17

¹⁸² Webseite der Europäischen Union: „CONSILIUM – Foreign Affairs“, abgerufen am 18.11.2011 unter <http://www.consilium.europa.eu/policies/council-configurations/foreign-affairs.aspx?lang=de>

Rechtsakten im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) zuständig.¹⁸³

Doch Nolting benennt auch strukturelle Probleme in der Wirkungsweise der unterschiedlichen Ratsformationen. So ist für Nolting ein wesentlicher Aspekt die Prägung des Rates durch die einzelnen Mitgliedsstaaten. Da der Rat zwar einerseits die gesamte Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik in seiner Funktion als zentrales Entscheidungsgremium steuert, aber andererseits aufgrund der multilateralen Akteure der Mitgliedsstaaten eine einheitliche Strategie für eine Umsetzung der Ziele oftmals nur unter schwierigen Verhandlungen gefunden werden kann, kommt dem Rat zusätzlich die Aufgabe zu, für die Kohärenz der Politik der Europäischen Union und der einzelstaatlichen Interessen zu sorgen. Auch die Kommunikation und Entscheidungstrennung zwischen Rat und Europäischem Parlament ist aufgrund vielfach doppelgleisiger Arbeitsgruppen und Zuständigkeiten immer wieder Grund von fehlender Transparenz und Effizienz in Bezug auf die konkrete Mittelvergabe im Rahmen von Förderprogrammen.¹⁸⁴

4.2.3. Europäisches Parlament

Das dritte der drei Hauptorgane der europäischen Institutionenstruktur, das Europäische Parlament, ist zwar gleichsam das einzige direktdemokratisch gewählte Gremium, aber auch das schwächste, was die Gestaltungsmöglichkeit im Rahmen der Demokratieförderung betrifft. Es existiert zwar in einigen Bereichen ein Mitentscheidungs- beziehungsweise Mitwirkungsrecht gemeinsam mit dem Rat, aber speziell bezüglich Maßnahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, oder Missionen der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik, hat das Parlament außer Anhörungs- und Informationsrechte keine besonderen Machtbefugnisse. Wie schon zuvor beschrieben, teilt sich das Parlament aber immerhin die Budgethoheit mit dem Rat und kann dadurch auf eine mögliche Strategieänderung im Zuge der Fördermittelverteilung hinarbeiten.

¹⁸³ Nolting, Armin K. (2003): „Die Demokratieförderung der EU: Eine Untersuchung am Beispiel von Positivmaßnahmen in Malawi und Simbabwe“, Bochum: Dissertation, S.98ff

¹⁸⁴ Ebd., S.101

Aber auch bei der Finanzierung ist das Parlament insofern benachteiligt, als dass viele der Projekte im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik keine direkten Finanzierungsleistungen der Europäischen Union darstellen, sondern indirekt über Mischfinanzierungen europäischer Organisationen und einzelner Mitgliedsstaaten bezahlt werden und sich somit dem direkten Einfluss der Europäischen Parlament entziehen.¹⁸⁵

Dass es hier keine starke normative Kompetenz für das Parlament gibt, gilt einerseits als Demokratiedefizit für die gesamten Außenbeziehungen der Europäischen Union, wird aber andererseits in gewisser Weise durch die Einbindung des Parlaments in (Kontroll-)Ausschüsse und das Verfassen von Resolutionen wettgemacht.¹⁸⁶ Auch die Teilnahme des Parlaments an Wahlbeobachtungsmissionen wird dem Bild des Europäischen Parlaments am internationalen Parkett als „*Anwalt für Demokratie und Menschenrechte*“ durchaus gerecht.¹⁸⁷ Abgesehen von diesen formalen Einschränkungen hat das Parlament aber speziell ab Mitte der 1990er Jahre einen sehr bestimmenden Kurs in Fragen der Demokratieförderung besonders in den Staaten Mittel- und Osteuropas vertreten. Ein deutliches Beispiel für diese Anstrengungen des Europäischen Parlaments war das PHARE-Programm, das als „*Hilfe zur Umgestaltung der Wirtschaft in Polen und Ungarn*“ bereits 1989 gestartet wurde und durch das besondere Engagement des Parlaments ab 1994 auf alle damaligen Beitrittskandidaten zur Europäischen Union inklusive Kroatien schrittweise ausgeweitet wurde. Die Rolle des Parlaments wurde vorrangig in den Initiativen zum „PHARE-TACIS-Demokratie-

¹⁸⁵ Felske, Julia (2011): „Möglichkeiten und Grenzen externer Demokratieförderung: Die Europäische Union und die Bundesrepublik Deutschland in Georgien“, Osnabrück JMCE Award Series Nr. 01 (2011), S.19f – abgerufen am 31.10.2011 unter [http://repositorium.uni-osnabrueck.de/bitstream/urn:nbn:de:gbv:700-](http://repositorium.uni-osnabrueck.de/bitstream/urn:nbn:de:gbv:700-201110188428/4/Osnabrueck_JMCE_AwardSeries_01_2011_Felske.pdf)

[201110188428/4/Osnabrueck_JMCE_AwardSeries_01_2011_Felske.pdf](http://repositorium.uni-osnabrueck.de/bitstream/urn:nbn:de:gbv:700-201110188428/4/Osnabrueck_JMCE_AwardSeries_01_2011_Felske.pdf)

¹⁸⁶ Gruber, Markus Oliver (2008): „'Giving Europe a telephone number' - Ein kybernetischer Zugang zum Kohärenzmanagement Europäischer Außenpolitik“, Wien: Diplomarbeit, S.85f

¹⁸⁷ Felske, Julia (2011): „Möglichkeiten und Grenzen externer Demokratieförderung: Die Europäische Union und die Bundesrepublik Deutschland in Georgien“, Osnabrück JMCE Award Series Nr. 01 (2011), S.20 – abgerufen am 31.10.2011 unter [http://repositorium.uni-osnabrueck.de/bitstream/urn:nbn:de:gbv:700-](http://repositorium.uni-osnabrueck.de/bitstream/urn:nbn:de:gbv:700-201110188428/4/Osnabrueck_JMCE_AwardSeries_01_2011_Felske.pdf)

[201110188428/4/Osnabrueck_JMCE_AwardSeries_01_2011_Felske.pdf](http://repositorium.uni-osnabrueck.de/bitstream/urn:nbn:de:gbv:700-201110188428/4/Osnabrueck_JMCE_AwardSeries_01_2011_Felske.pdf)

Programm“ (PTDP) sichtbar, wo schon 1991 ein neuer Haushaltsplan vom Parlament entwickelt wurde, der sowohl die Einrichtung eines „*Europäischen Fonds für die Förderung der bürgerlichen Gesellschaft und Demokratisierung*“, als auch eine europäische Demokratieinitiative vorsah.¹⁸⁸

4.2.4. Europäischer Auswärtiger Dienst

Der vierte der angesprochenen Hauptakteure im Rahmen der externen Demokratieförderung nimmt aus mehrerlei Gründen eine Sonderrolle im Verhältnis zu den anderen drei institutionellen Organen ein. Wie bereits weiter oben angeführt, kam es mit dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon Ende 2009 zu weitreichenden Änderungen im außenpolitischen Institutionengefüge der Europäischen Union. Dabei wurde im Vertragswerk die Schaffung eines „Europäischen Auswärtigen Dienstes“ (EAD) niedergeschrieben, der unmittelbar dem „Hohen Vertreter der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik“ (derzeit die Hohe Vertreterin Catherine Ashton) unterstellt ist und eine Art europäisches Außenamt mit botschaftsähnlichen Vertretungen in allen Weltteilen darstellen soll. Die Sonderrolle ergibt sich daher, dass der Europäische Auswärtige Dienst zwar über seine Unterstellung gegenüber der Hohen Vertreterin an die Europäische Kommission angegliedert ist, aber gleichzeitig ein eigenes Organ darstellt. Der Europäische Auswärtige Dienst wird über einen eigenen Haushaltsteil („*Einzelplan X*“) im Budget der Europäischen Union ausgewiesen (das Budget für das Haushaltsjahr 2011 umfasst rund 460 Millionen Euro für den EAD¹⁸⁹) und erfüllt damit die Voraussetzungen für eine unabhängige Gliederungsstruktur. Selbst die Beamten des EAD sind keine direkten Beamten der Europäischen Union, sondern den übrigen europäischen Beamten nur normativ, aber nicht strukturell gleichgestellt. Was den Rechtsstatus dieses neu geschaffenen Dienstes anbelangt, so ist

¹⁸⁸ Europäisches Parlament (Hrsg.) (1998): „Das PHARE-Programm und die Erweiterung der Europäischen Union“, Arbeitsgruppe des Generalsekretariats „Task Force Erweiterung“, Themenpapier Nr.33 / PE 167.944, S.4ff, abgerufen am 18.11.2011 unter http://www.europarl.europa.eu/enlargement/briefings/pdf/33a1_de.pdf

¹⁸⁹ Amtsblatt der Europäischen Union vom 15.3.2011: „Einzelplan X: Europäischer Auswärtiger Dienst“, I/497, abgerufen am 18.11.2011 unter <http://eur-lex.europa.eu/budget/data/D2011/DE/SEC10.pdf>

er nun als Dienststelle „*sui generis*“ zwischen der Europäischen Kommission und dem Ratssekretariat angesiedelt und bezieht von beiden Organe seine Mitarbeiter.¹⁹⁰

Der entsprechende Ratsbeschluss vom 26.Juli 2010 legt dazu den Geltungsbereich des EAD in Artikel 1, Absatz 2 eindeutig fest: „*Der EAD, der seinen Sitz in Brüssel hat, ist eine funktional eigenständige Einrichtung der Europäischen Union, die vom Generalsekretariat des Rates und von der Kommission getrennt ist und über die erforderliche Rechts- und Geschäftsfähigkeit verfügt, um ihre Aufgaben auszuführen und ihre Ziele zu erreichen.*“¹⁹¹

Die gesamte Ausprägung dieses neuen Instruments der Förderung der Außenbeziehungen der Europäischen Union lässt sich zum aktuellen Zeitpunkt noch nicht gänzlich abschätzen. Allerdings wurde bereits im Vorfeld zu der endgültigen Einrichtung dieses neuen Organs klar, dass es wohl weiterhin Kompetenzstreitigkeiten besonders zwischen der Europäischen Kommission und dem neuen Europäischen Auswärtigen Dienst geben wird. Allein der Kompromiss, dass die Agenden bezüglich der Europäischen Nachbarschaftspolitik nicht zur Gänze in das neue Aufgabengebiet des EAD übergehen, sondern bei der Kommission verbleiben werden, zeigt deutlich, dass hier ein innereuropäischer Macht- und Institutionenkonflikt vorherrscht, den man auch durch die Bündelung der außenpolitischen Kompetenzen in diesem neuen Tätigkeitsbereich nicht lösen wird können. Jedoch sind klare Signale erkennbar, was die unmittelbare bilaterale Auseinandersetzung mit Drittstaaten betrifft. Hier kommt dem neuen Dienst sehr wohl eine umfassende Bedeutung in Bezug auf die außenpolitischen Beziehungen, sowie den Agenden der

¹⁹⁰ Lieb, Julia / Kremer, Martin (2010): „Der Aufbau des Europäischen Auswärtigen Dienstes: Stand und Perspektiven“, *Integration*, 33.Jg, Nr. 3/2010, Berlin: Institut für Europäische Politik, S.201ff

¹⁹¹ Amtsblatt der Europäischen Union vom 3.8.2010: „Beschluss des Rates vom 26. Juli 2010 über die Organisation und die Arbeitsweise des Europäischen Auswärtigen Dienstes“, (2010/427/EU), L201/32, abgerufen am 18.11.2011 unter <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2010:201:0030:0040:DE:PDF>

Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik und der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu.¹⁹²

Inwiefern sich diese neuen Entwicklungen nach der endgültigen Umsetzung auf die Demokratisierungskraft der Europäischen Union auswirken werden, ist noch unklar. Vorrangig wird nun auch auf Ebene des Europäischen Auswärtigen Dienstes versucht, eine klarere Linie der Europäischen Union in Fragen ihrer Außenpolitik zu ermöglichen und damit das Geflecht an unterschiedlichen Akteuren und Zuständigkeiten zu entwirren.

4.3. Maßnahmen der europäischen Demokratieförderung

Um in weiterer Folge die Auswirkungen der Tätigkeiten dieser unterschiedlichen Akteure auf den Demokratisierungsprozess der Ukraine analysieren zu können, soll zunächst ein genereller Überblick über die großen Demokratisierungsprogramme und Fördermaßnahmen der Europäischen Union gegeben werden – mit besonderem Augenmerk auf die Transformationsstaaten Mittel- und Osteuropas. Dadurch ergibt sich ein Einblick, von welchen Dimensionen der Förderung hier gesprochen werden kann. Ich beziehe mich allerdings bewusst nur auf jene Förderprogramme, die speziell auf eine Unterstützungsleistung der Demokratisierung in den einzelnen Regionen und Staaten abzielen und nicht auf allgemeine Europäisierungsstrategien, wie militärische, sicherheitspolizeiliche oder wirtschaftsbezogene Hilfsmaßnahmen. Zwar sind auch derartige Projekte oft in Verbindung mit der demokratischen Konsolidierung eines Staates zu sehen, aber können aufgrund der hohen Komplexität an dieser Stelle nicht umfassend berücksichtigt werden. Es werden daher im Folgenden einige besonders wesentliche Politikansätze der Demokratisierungsunterstützung beispielhaft angeführt, die einschlägig für ihre hohe Wirksamkeit im Rahmen der Transformationsprozesse in den Ländern Mittel- und Osteuropas sind.

¹⁹² Lieb, Julia / Kremer, Martin (2010): „Der Aufbau des Europäischen Auswärtigen Dienstes: Stand und Perspektiven“, *Integration*, 33.Jg, Nr. 3/2010, Berlin: Institut für Europäische Politik, S.203f

4.3.1. Zivilgesellschaftliche Förderprogramme

Die Verstrickung der europäischen Demokratieförderung mit dem Thema Menschenrechte ist für Susan Stewart eine der vorrangigen Förderebenen der Europäischen Union im Bereich der zivilgesellschaftlichen Demokratisierung. Besonders die oben angeführte Demokratieinitiative der Europäischen Union, die 2006 in der Gründung des EIHDR („Europäisches Instrument für Demokratie und Menschenrechte“) mündete und ein jährliches Förderbudget von rund 140 Millionen Euro umfasst, bildet einen Grundpfeiler der europäischen Förderprogramme in Bezug auf Demokratie und Menschenrechte. Allein für die Fördermaßnahmen im Bereich der Zivilgesellschaft ist für die Funktionsperiode von 2007 bis 2013 die Summe von 208 Millionen Euro vorgesehen. Allerdings bezieht sich der Begriff der „Zivilgesellschaft“ in diesem Zusammenhang auf ein relativ breites Spektrum an Organisationen und Institutionen.¹⁹³

Dabei werden auch konkrete Ziele genannt, die im Rahmen der Unterstützung erreicht werden sollen. Im Falle des EIHDR sind dies zum Beispiel „1) *eine bessere ‚watchdog function‘ von NRO; 2) ein größerer Beitrag zivilgesellschaftlicher Organisationen zur Gestaltung von policy; 3) ein erhöhter Beitrag bei internationalen Menschenrechtsforen;*“¹⁹⁴

Blickt man auf die mittel- und osteuropäischen Länder, so waren die letzten 20 Jahre vor allem durch die Heranführung an die Europäische Union geprägt und haben eine Reihe von Instrumentarien hervorgebracht, die auf die Unterstützung von Beitrittskandidaten und Drittländern abzielten. Dazu zählen unter anderem die Programme PHARE (ostmitteleuropäische Länder und Baltikum), CARDS (Westbalkan) und TACIS (ehemalige GUS-Länder), die einen jeweils unterschiedlichen geografischen Raum mit ihren Fördermaßnahmen abdecken. Allerdings handelt es sich hier um generelle Förderprogramme seitens der Europäischen Union, die nicht ausschließlich demokratiepolitische Agenden enthalten. Üblicherweise flossen im Rahmen

¹⁹³ Stewart, Susan (2009): „Zivilgesellschaftliche Demokratieförderung der Europäischen Union: Estland, Makedonien und die Ukraine im Vergleich“, In: Erdmann, Gero/Kneuer, Marianne (Hrsg.): „Externe Faktoren der Demokratisierung“, Baden-Baden: Nomos, S.264f

¹⁹⁴ Ebd., S.265

dieser Programme maximal zwei bis drei Prozent der Gesamtfördersumme in Projekte zur Stärkung der demokratischen und zivilgesellschaftlichen Strukturen.¹⁹⁵

4.3.2. Europäische Nachbarschaftspolitik

Neben diesen einzelnen Strukturprogrammen gibt es auch eine Anzahl von strategischen Überlegungen der Europäischen Union, die direkte Fördermaßnahmen im Bereich der Demokratisierung für die jeweiligen Adressaten mit sich bringen.

So ist zum Beispiel auch die „Europäische Nachbarschaftspolitik“ (ENP) zu nennen, die als Gegenentwurf zum Vollbeitritt bereits während der vorläufig wohl letzten Erweiterungsrounden im Zuge der Osterweiterung der Europäischen Union entworfen wurde und ein Instrument darstellen soll, das in Süd- und Osteuropa eine Stabilisierung herbeizuführen versucht.¹⁹⁶

Mit ihrem Strategiepapier vom 1. Mai 2004 zur „Europäischen Nachbarschaftspolitik“ setzt die Europäische Kommission und damit die gesamte Europäische Union ganz auf eine Art temporäre Vertröstung der Länder, die es noch nicht geschafft haben, sich als Beitrittskandidaten zu qualifizieren. Besonders Staaten wie die Ukraine oder Moldau sehen noch immer den Beitritt zur Europäischen Union als erstrebenswertes Ziel und haben auch innerstaatlich einen gewissen Erfolgsdruck gegenüber den Erwartungshaltungen der Bevölkerung. Im Rahmen der ENP gilt es daher seitens der Europäischen Union, die vorübergehende Enttäuschung zu beruhigen und eine neue gemeinsame Form der Zusammenarbeit zu finden.¹⁹⁷

Ingmar Bredies weist aber in Bezug auf die Europäische Nachbarschaftspolitik darauf hin, dass es aus seiner Sicht durch ein

¹⁹⁵ Ebd., S.265

¹⁹⁶ Kneuer, Marianne (2006): „Demokratisierung durch die EU: Süd- und Ostmitteleuropa im Vergleich“, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S.138

¹⁹⁷ Kempe, Iris (2004): „Nachbarschaftspolitik: Russland, Ukraine, Moldau und Belarus“, In: Weidenfeld Werner / Wessels, Wolfgang (Hrsg.): „Jahrbuch der Europäischen Integration 2003/2004“, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, S.259

derartiges Instrumentarium weit weniger gelingen kann, eine Demokratisierung entsprechend positiv voranzutreiben. Als einheitliches Instrumentarium fehlen dieser Strategie die notwendigen Anreizstrukturen, da aufgrund der vielen unterschiedlichen Beteiligten und Adressaten kein gemeinsames Ziel definiert, sondern lediglich eine sehr generelle Zielformulierung getroffen werden kann.

Die Europäische Union hat diese Problematik allerdings in den letzten Jahren weitgehend erkannt und strebt derzeit als Gegenmaßnahme eine zunehmende Individualisierung der Maßnahmen an. So treten nun vorrangig bilaterale Abkommen und Aktionspläne auf den Plan, die mit den einzelnen Interessenten ohne besondere Rücksicht auf breiter angelegte Strategien ausgehandelt werden können.¹⁹⁸

Kritik an der strategischen Ausrichtung der Europäischen Nachbarschaftspolitik wird aber nicht nur aufgrund der fehlenden Anreizstrukturen laut, sondern auch wegen dem starken Augenmerk, das die Europäische Union in diesem Zusammenhang auf die Faktoren Sicherheit und Stabilität lenkt und damit jene Länder unweigerlich vor den Kopf stößt, die als einzig tragendes Argument für eine Akzeptanz und Umsetzung der europäischen Vorgaben den möglichen EU-Beitritt innerhalb einer realistisch abzuschätzenden Zeitspanne sehen. Es wird sogar eine „*Beitrittsfalle*“ in Aussicht gestellt, sollte es der Europäischen Union langfristig nicht gelingen, für Drittländer attraktive Anreize abseits einer Beitrittsoption zu schaffen.¹⁹⁹

Nicht zuletzt aufgrund dieser diffizilen Problemstellungen hat die Europäische Kommission Ende 2008 eine neue Form der Partnerschaft vorgeschlagen, die unter der Bezeichnung „*Östliche Partnerschaft*“ die Ost-Strategie der Europäischen Union zum größten Teil auf komplett neue Beine stellen soll.

¹⁹⁸ Bredies, Ingmar (2009): „Leistungen und Grenzen europäischer Demokratieförderung in Osteuropa“, In: Mallock, Wolfgang (Hrsg.): „Osteuropaforschung“, Nr. 2009/2, Leibniz: GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften, S.13f

¹⁹⁹ Knodt, Michèle/Jünemann, Annette (2010): „Externe Demokratieförderung durch die Europäische Union: Ost- und Mitteleuropa, Mittelmeer, Lateinamerika, Karibik, Afrika und Asien im Vergleich – ein Tagungsbericht“, Zeitschrift für Internationale Beziehungen, 13. Jg. (2006) Heft 1, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, S. 117

Betroffen von dieser neuen Kooperationsbasis sind vorläufig die Länder Armenien, Aserbaidschan, Belarus, Georgien, Moldawien und die Ukraine, die im Rahmen der Östlichen Partnerschaft die Möglichkeit neuer Assoziierungsabkommen und im wirtschaftlichen Bereich einen erleichterten Zugang zum europäischen Binnenmarkt erhalten sollen. Bezugnehmend auf den Demokratisierungseffekt dieser neuen Partnerschaft wird seitens der Europäischen Kommission die Schaffung zweier multilateraler Politikplattformen angestrebt, die Demokratie und verantwortungsvolle Regierungsführung zum Inhalt haben sollen.²⁰⁰

Auf die entsprechenden Abkommen und Pläne, die im Zuge dessen mit der Ukraine vereinbart wurden, werde ich in den folgenden Kapiteln dieser Arbeit noch genauer eingehen und sie daher an dieser Stelle nicht ausführlicher behandeln.

4.4. Die Ukraine im Fokus

Welche Auswirkungen der Demokratisierungsstrategien der Europäischen Union im Zusammenhang mit der Partnerschaft zu der Ukraine im Konkreten zu nennen sind und welche Hintergründe sich daraus ergeben, das soll im folgenden Kapitel betrachtet werden. Zunächst sollen grundsätzliche geostrategische Überlegungen der Europäischen Union in Bezug auf die Ukraine und deren Verhältnis zu Russland analysiert werden, um anschließend einen Überblick über die tatsächlichen Fördermaßnahmen im Bereich der Demokratisierung und ihre Bedeutung für die Ukraine schaffen zu können.

4.4.1. Geostrategische Überlegungen

Dass das „Partnerschafts- und Kooperationsabkommen“ (PKA) der Europäischen Union mit der Ukraine erst 1998, vier Jahre nach dem ursprünglichen Verhandlungsbeginn, positiv abgeschlossen werden konnte,

²⁰⁰ Europäische Kommission (2008): „Die Östliche Partnerschaft – ein neues Kapitel in den Beziehungen der EU zu ihren östlichen Nachbarn“, Pressedienst RAPID der Europäischen Union vom 3.12.2008, IP/08/1858, S.1ff, abgerufen am 18.11.2011 unter <http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/1858&format=PDF&aged=1&language=DE&guiLanguage=en>

zeigt schon vorab deutlich, welche politische Brisanz sich besonders in Bezug auf die Beziehungen zur Ukraine ergeben hatte.²⁰¹ Doch woher kommt diese zögerliche Haltung der Europäischen Union? Dazu ist zunächst die wenig kohärente Ausrichtung der ukrainischen Außenpolitik ab Mitte der 1990er Jahre zu nennen. Es wurden mit der Unabhängigkeitserklärung eine Reihe von bilateralen Verträgen und Abkommen auch mit westeuropäischen Staaten geschlossen und gleichermaßen die Bindung zu Russland weiterhin im notwendigen Rahmen aufrecht erhalten. Diese Mehrgleisigkeit der partnerschaftlichen Ausrichtung irritierte anfangs die Akteure innerhalb der Europäischen Union, da sie keine klare Linie in der Außenpolitik erkennen konnten. Zwar postulierte man strategische Ziele wie die Annäherung an die NATO und den fernen Wunsch eines Beitritts zur Europäischen Union, sah sich aber gleichzeitig noch immer an Russland gebunden. Auch der Versuch der Ukraine als Regionalmacht den eigenen wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Standpunkt im Schwarzmeerraum zu festigen, verunsicherte viele westliche Partner.²⁰²

Die besondere Vorsicht für das Engagement westlicher Staaten und Organisationen in der Ukraine beruht auch gleichermaßen auf dem historischen Hoheitseinfluss, den die Russische Föderation noch immer auf die Region auszuüben versucht. Wie es bereits im Kapitel über das Verhältnis der postsowjetischen Ukraine zu Russland angeklungen ist, wird schnell deutlich, dass für Russland die Ukraine in wirtschaftlicher wie auch ideologischer Hinsicht nach wie vor eine Sonderrolle einnimmt. Aus Sicht des sowjetischen Selbstverständnisses stellt die Ukraine gemeinsam mit Weißrussland, Moldau, Georgien und anderen ehemaligen GUS-Staaten eine Art Schutzmantel dar, der den Kern der ehemaligen Sowjetunion vor dem westlichen Machtgefüge schützen soll. Besonders die

²⁰¹ Piehl, Ernst (2005): „Die Ukraine“, In: Piehl, Ernst/Schulze, Peter W./Timmermann, Heinz (Hrsg.): „Die offene Flanke der Europäischen Union: Russische Föderation, Belarus, Ukraine und Moldau“, Berlin: Berliner Wissenschafts-Verlag, S.400ff

²⁰² Malek, Martin (2007): „Einleitung: Die Ukraine im internationalen Umfeld (1991-2006)“, In: Malek, Martin (Hrsg.): „Die Ukraine: Zerrissen zwischen Ost und West? Eine Bestandsaufnahme der Außen- und Sicherheitspolitik unter Präsident Viktor Juschtschenko“, Wien: Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie Nr. 2/2007, S.7ff

„Farbenrevolutionen“ ab 2003 stellen in den Augen Russlands ein Bedrohung dar, die einer Niederlage Russlands gegenüber dem Westen gleichkommt.

*„Western democratization policies are interpreted in Russia in geopolitical categories as a means that the West uses to spread its own political, economic, and security influence by reducing Russia’s influence [...]“*²⁰³

Was hier als „Westen“ bezeichnet wird, umfasst nicht nur die Bemühungen der Europäischen Union und ihrer Mitgliedsstaaten, sondern insbesondere auch die Funktion der USA, die zumindest in den 1990er Jahren ein wesentlich höheren Stabilisierungsaufwand in der Ukraine betrieben hat, als die Europäische Union. Das erklärt auch, warum Russland besonders scharf auf die Bestrebungen reagierte, welche die Ukraine näher an eine NATO-Mitgliedschaft führen sollten.²⁰⁴

Nichtsdestotrotz wurden auch innerhalb der Ukraine ab Ende der 1990er Jahre die Rufe nach einer weiteren Annäherung an den europäischen Wirtschaftsraum lauter und überdeckten damit sicherheitsstrategische Überlegungen, die eine Unabhängigkeit gegenüber einem neuen Staatenverbund, wie ihn die Europäische Union darstellt, als oberste Priorität sahen. Die Ukraine entwickelte dazu eine „*multi-vektorale*“ Außenpolitik, die sich an Moskau, Brüssel, Warschau und Washington gleichermaßen richtete und eine Balance zwischen den unterschiedlichen Interessen zu finden versuchte.

Die klare Wende Richtung Europäische Union erfolgte spätestens 1998 mit dem oben angeführten „Partnerschafts- und Kooperationsabkommen“, das eine weitreichende Zusammenarbeit mit der Europäischen Union in allen politischen und wirtschaftlichen Bereichen ermöglichen sollte.²⁰⁵ Dass es hier

²⁰³ Kropatcheva, Elena (2010): „Russia’s Ukraine Policy against the Background of Russian-Western Competition“, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, S.117ff

²⁰⁴ Rotter, Rudolf (2005): „Die Ukraine zwischen Russland und der Europäischen Union – Aspekte zweier komplexer Beziehungen, relevante innerstaatliche Determinanten“, Wien: Diplomarbeit, S.78

²⁰⁵ Kubicek, Paul J. (2003): „The European Union and Ukraine: Real partners or relationship of convenience?“, In: Kubicek, Paul J. (Hrsg.): „The European Union and Democratization“, London/New York: Routledge, S.150f

aus Sicht der Europäischen Union in den Jahren der Umsetzung dieses Abkommens durchaus Fortschritte zu vermerken gab, wird nicht zuletzt in der Schaffung der Europäischen Nachbarschaftspolitik deutlich, die nach dem ehemaligen deutschen Außenminister Frank-Walter Steinmeier dazu führen soll, den „*Nachbarschaftsraum zur Europäischen Union auf das Niveau der Europäischen Union selbst zu heben.*“²⁰⁶

Wenn man sich nun die Frage nach den strategischen Überlegungen der Europäischen Union stellt, so kommt man zunächst auf keine klare Antwort. Die Methodik hinter dem Vorgehen der Europäischen Union betreffend ihre Ukraine-Politik, wirkt auf den ersten Blick etwas unschlüssig. Klar ist, dass nach dem Fall des Eisernen Vorhangs die logische Konsequenz eine Ausdehnung der Union auf ganz Europa darstellt und in wirtschaftlichen Belangen ist es auch nachvollziehbar, dass eine aufstrebende Volkswirtschaft mit mehr als 45 Millionen potentiellen Konsumenten, die einst kaufkraftgestärkt auf den europäischen Binnenmarkt drängen könnten, durchaus einen reizvollen Aspekt im Sinne der europäischen Wirtschaftsmacht liefert. Gleichsam wirken die Tätigkeiten der Europäischen Union innerhalb der Ukraine jedoch keineswegs konzertiert, was auch die Unstimmigkeiten in Bezug auf eine mögliche EU-Mitgliedschaft verdeutlichen. Christian Wehrschütz betitelt die Beziehung zwischen der Europäischen Union und der Ukraine in einer Arbeit für die österreichische Landesverteidigungsakademie im Jahr 1999 als „*Eine Beziehung mit erheblicher Frustrationstoleranz*“ und weist damit deutlich auf den Schlingerkurs der Europäischen Union in Sachen Ukraine hin.²⁰⁷ Dass dieses Vorgehen fatale Folgen haben kann, darauf weisen Annette Jünemann und Michèle Knodt hin, wenn sie schreiben, dass es besonders mit Blick auf die Ukraine einen Rückschritt im Demokratisierungsprozess bedeuten kann,

²⁰⁶ Lehner, Marco (2007): „Internationale Akteure als Partner im ukrainischen Demokratisierungsprozess – Analyse der Menschenrechtsproblematik am Beispiel der Ukraine“, Wien: Diplomarbeit, S.59

²⁰⁷ Wehrschütz, Christian F. (1999): „Die Ukraine und die Europäische Union: Eine Beziehung mit erheblicher Frustrationstoleranz“, Wien: Landesverteidigungsakademie

wenn die Europäische Union keine klare Beitrittsperspektive als Anreiz zur Verfügung stellt.²⁰⁸

4.4.2. Konkrete Maßnahmen und Förderstrukturen

Doch bevor eine Interpretation der Förderungsbemühungen erfolgen soll, muss eine Übersicht über die verwendeten Mittel und Strukturen geschaffen werden. Dafür möchte ich vorab nochmals konkret auf das Verhältnis der Ukraine im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik eingehen, die als Überbau für jegliche Form der Fördermaßnahmen der Europäischen Union der vergangenen zehn Jahre gesehen werden kann. Dieses kann als weitgehend durchwachsen bezeichnet werden, da es bereits vor und dann vor allem nach der „Orangen Revolution“ starke Anzeichen für eine Ablehnung der Einbettung der Ukraine in dieses Instrumentarium der Europäischen Union gab. Hauptkritikpunkt der Kiewer Führung war, dass die ENP keine ausreichende Differenzierung zwischen den südlichen und den östlichen Partnerstaaten vornehme und insbesondere den neuen Entwicklungen und der Öffnung nach der „Orangen Revolution“ nicht ausreichend Rechnung getragen würde. Die relativ technokratische Reaktion der Europäischen Union in diesem Diskurs verstörte einerseits die Führungsebene, aber andererseits auch die reformwilligen Kräfte im politischen System der Ukraine. Auch wenn bereits unter Kutschma ein umfassender Aktionsplan ausgehandelt wurde, der die Ukraine zur Vorreiterin betreffend dieser neuen Form der Strukturförderung durch die Europäische Union machte, sah man sich durch die Vorgehensweise und Haltung der Union größtenteils unverstanden.²⁰⁹

²⁰⁸ Knodt, Michèle/Jünemann, Annette (2010): „Externe Demokratieförderung durch die Europäische Union: Ost- und Mitteleuropa, Mittelmeer, Lateinamerika, Karibik, Afrika und Asien im Vergleich – ein Tagungsbericht“, Zeitschrift für Internationale Beziehungen, 13. Jg. (2006) Heft 1, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, S. 117

²⁰⁹ Fischer, Sabine (2008): „Die Ukraine und die ENP“, In: Pleines, Heiko (Hrsg.): „Die Ukraine zwischen Ost und West. Außenpolitische und kulturelle Orientierungen“, Forschungsstelle Osteuropa Bremen - Arbeitspapiere und Materialien Nr. 99, 10/2008, S.9, abgerufen am 08.11.2011 unter <http://www.laenderanalysen.de/pages/arbeitspapiere/fsoAP99.pdf>

Mehr noch: die Tatsache, dass man den Aktionsplan, der in der Kutschma-Ära beschlossen wurde, mit dem Machtwechsel 2004/2005 nur marginal abänderte und damit nicht auf die eindeutig prowestliche Ausrichtung der „Orangen Revolution“ einging, empörte viele Ukrainerinnen und Ukrainer. Sie fühlten sich durch die Europäische Union im Stich gelassen, oder zumindest nicht ernstgenommen.²¹⁰ Die vergangenen Jahre konnten allerdings der Beziehung der Europäischen Union zur Ukraine wieder neuen Schwung verleihen, dessen Auswirkungen an dieser Stelle beschrieben werden sollen. So sollte das notwendige Auslaufen des Partnerschafts- und Kooperationsabkommens dazu genützt werden, eine neue Strategie zu vereinbaren. Es wurde am Pariser Gipfel 2008 der Abschluss eines erweiterten Assoziierungsabkommens in Aussicht gestellt, doch aufgrund der notwendigen Vorarbeiten dazu nicht sofort umgesetzt, sondern zunächst durch eine vorläufige „Assoziierungs-Agenda“ auf den Weg gebracht, die auch den Aktionsplan der Europäischen Union ablösen sollte. Und zugleich soll auch nach dem Beitritt der Ukraine zur Welthandelsorganisation (WTO) im Jahr 2008 die Schaffung einer Freihandelszone zwischen dem europäischen und dem ukrainischen Binnenmarkt in Angriff genommen werden.²¹¹ Abgesehen von den Wirren im Zuge der beschriebenen angespannten Lage rund um die Verurteilung der Oppositionsführerin Julia Tymoschenko, ist die Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens wohl nur noch eine Frage der Zeit und wird vermutlich bereits beim nächsten EU-Ukraine-Gipfel im Dezember 2011 vereinbart werden.²¹²

²¹⁰ Gromadzki, Grzegorz (2010): „Ukraine-EU political and economic relations, the role of international organizations and agenda for overcoming the current stalemate“, In: Astrov, Vasily/Burakovsky, Igor/Gromadzki, Grzegorz/Havlik, Peter/Yurchyshyn, Vasy: „Ukraine, the European Union and the International Community: Current Challenges and the Agenda for Overcoming the Stalemate“, Research Reports Nr. 364, 07/2010, Wien: Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche, S.62

²¹¹ Europäische Kommission (2010): „EU-Ukraine Association Agenda to prepare and facilitate the implementation of the Association Agreement“, S.2f, abgerufen am 19.11.2011 unter http://eeas.europa.eu/ukraine/docs/2010_eu_ukraine_association_agenda_en.pdf

²¹² Presseurop.eu vom 23.09.2011: „EU-Ukraine: Assoziierungsabkommen auf dem Weg“, abgerufen am 19.11.2011 unter <http://www.presseurop.eu/de/content/news-brief/991891-assoziierungsabkommen-auf-dem-weg>

Wenn man nun einen Blick auf die tatsächlichen Fördermittel wirft, die von der Europäischen Union im Laufe der letzten zwanzig Jahre in Förderprojekte der Ukraine investiert wurden, so ergeben sich enorme Summen. Der Europäische Auswärtige Dienst schreibt über das Ausmaß der technischen und finanziellen Zusammenarbeit mit der Ukraine von rund 2,5 Milliarden Euro, die an Direktförderung durch die Europäische Union im Zeitraum von 1991 bis 2009 geleistet wurden. Dabei stiegen die zugewiesenen Mittel von 47 Millionen Euro 2002 auf 116 Millionen Euro 2009. Doch nur ein Bruchteil davon kann den unmittelbaren Demokratisierungsmaßnahmen zugerechnet werden.²¹³

In der folgenden tabellarischen Darstellung soll versucht werden, einen Überblick über die aktuellen Finanzmittelzuweisungen im Rahmen des ENPI zu geben, das seinen Richtlinien zufolge eine teilweise programmatische Ausrichtung auf Demokratisierungsmaßnahmen hat:

Abbildung 3: Fördermittel im Rahmen des ENPI für die Ukraine

Programm	Förderzeitraum	Gesamtsumme	Demokratieförderung in %
TACIS	2000-2006	501,5 Mio. Euro ²¹⁴	nicht ermittelbar
ENPI / NIP	2007-2010	494 Mio. Euro ²¹⁵	30% (148,2 Mio. Euro) ²¹⁶
ENPI / NIP	2011-2013	470 Mio. Euro ²¹⁷	20-30% (94-141 Mio. Euro) ²¹⁸

²¹³ Delegation der Europäischen Union in der Ukraine (2009): „Technical and financial co-operation: EU financial co-operation with Ukraine“, abgerufen am 19.11.2011 unter http://eeas.europa.eu/delegations/ukraine/eu_ukraine/tech_financial_cooperation/index_en.htm

²¹⁴ Europäische Kommission (2008): „Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament über das erste Umsetzungsjahr der Schwarzmeersynergie“, KOM(2008) 391, S.12, abgerufen am 19.11.2011 unter http://eeas.europa.eu/blacksea/doc/com08_391_de.pdf

²¹⁵ Europäische Kommission (2007): „Europäisches Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstrument: Ukraine, Nationales Richtprogramm 2007-2010“, S.3, abgerufen am 19.11.2011 unter http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/country/enpi_nip_ukraine_de.pdf

²¹⁶ Ebd., S.3

²¹⁷ Europäische Kommission (2011): „European Neighbourhood and Partnership Instrument: Ukraine, National Indicative Programme 2011-2013“, S.8, abgerufen am 19.11.2011 unter http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/country/2011_enpi_nip_ukraine_en.pdf

²¹⁸ Ebd., S.9

Aus diesen Zahlen lässt sich etwas klarer die finanzielle Größenordnung der Förderstruktur für Demokratisierungsmaßnahmen erkennen. Jeweils rund 20% - 30% der Fördermittel fließen in den sogenannten „Priorität 1“-Sektor des „Nationalen Richtprogramms“ (NIP), der sich mit der Unterstützung der demokratischen Entwicklung des Landes und dem „good governance“-Ansatz beschäftigt, wobei ein diffiziler Unterschied in der Stoßrichtung der beiden Programme von 2007-2010 und von 2011-2013 niedergeschrieben ist. So ist im ersten Nationalen Richtprogramm noch von der Unterstützung der demokratischen Entwicklung die Rede:

„Die Festigung demokratischer Verhältnisse und des verantwortlichen Regierens sind Kernanliegen der ukrainischen Regierung und erfordern eine konsequente Unterstützung seitens der EG“²¹⁹

Im Programm für 2011-2013 ist zwar noch immer das „verantwortliche Regieren“ ein Hauptanliegen, die Unterstützung der demokratischen Entwicklung wird an dieser Stelle allerdings nicht mehr explizit erwähnt:

„The promotion of good governance and respect for the rule of law are fundamental principles in the relationship between the EU and Ukraine and consequently feature as priorities in the new EU-Ukraine Association Agreement currently being negotiated and the Association Agenda.“²²⁰

In diesen angeführten Zahlen nicht enthalten sind allerdings Fördermittel, die aus anderen Fördertöpfen als dem Instrument für Europäische Nachbarschaftspolitik stammen, beziehungsweise, die nicht dem Nationalen Richtprogramm zuzuordnen sind, sondern grenz- und länderübergreifende Unterstützungsleistungen betreffen. Ebenfalls nicht enthalten sind individuelle Förderungen von einzelnen Mitgliedsstaaten der Europäischen

²¹⁹ Europäische Kommission (2007): „Europäisches Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstrument: Ukraine, Nationales Richtprogramm 2007-2010“, S.3, abgerufen am 19.11.2011 unter http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/country/enpi_nip_ukraine_de.pdf

²²⁰ Europäische Kommission (2011): „European Neighbourhood and Partnership Instrument: Ukraine, National Indicative Programme 2011-2013“, S.10, abgerufen am 19.11.2011 unter http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/country/2011_enpi_nip_ukraine_en.pdf

Union. Auch im Rahmen der neuen „Schwarzmeer-Synergie“, die als Teil der Europäischen Nachbarschaftspolitik gilt und auch aus diesem Budget seine Fördermittel bezieht, gibt es zum Beispiel Projekte, die zur Förderung demokratischer Entwicklungen vorgesehen sind, aber jedoch nicht direkt auf Grundlage des Fördervolumens des Nationalen Richtprogramms unterstützt werden. Der Projektplan dieser neuen Vermittlungsplattform umfasst dabei aber nur sehr marginale Ansätze eines Demokratisierungsdialogs. Es ist im Bericht über das erste Umsetzungsjahr der Initiative einzig von einem „Seminar“ die Rede, in dem über Menschenrechte und Meinungsfreiheit diskutiert wurde mit dem Ergebnis einer unverbindlichen Empfehlung an die beteiligten Staaten.²²¹

Abseits dieser enormen Fördersummen, lassen gegenwärtige Projektförderungen allerdings ein differenzierteres Bild auf die Maßnahmen der Europäischen Union werfen. Den Angaben der Delegation der Europäischen Union in der Ukraine zufolge, gibt es derzeit in der Ukraine insgesamt rund 250 Projekte, die durch die Europäische Union unterstützt oder durchgeführt werden.

Geht man die Liste der geförderten Programme durch, findet man jedoch nur zehn Projekte, die in einem unmittelbaren Förderzusammenhang mit einer Demokratisierung der politischen und zivilgesellschaftlichen Strukturen gesehen werden können. Darunter fallen folgende Projekte:

²²¹ Europäische Kommission (2008): „Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament über das erste Umsetzungsjahr der Schwarzmeersynergie“, KOM(2008) 391, S.6f, abgerufen am 19.11.2011 unter http://eeas.europa.eu/blacksea/doc/com08_391_de.pdf

Abbildung 4: Projekte im Rahmen der finanziellen und technischen Zusammenarbeit²²²

Projekt	EU-Förderung	Zeitraum
Assistance in Further Strengthening the Election Process in Ukraine	3,5 Mio. Euro	2008-2012
Creation of a national system for preventing torture and ill treatment in Ukraine	0,7 Mio. Euro	2008-2011
Promotion of European Standards in the Ukrainian Media Environment	2,2 Mio. Euro	2008-2011
Strengthening National Mechanisms and Capacities for Elimination of Trafficking in Children in Ukraine	0,6 Mio. Euro	2009-2011
Support to the development and improvement of the civil servants training system in Ukraine	1,0 Mio. Euro	2009-2011
Transparency and efficiency of the judicial system of Ukraine	5,4 Mio. Euro	2008-2011
Twinning on Support to the Academy of Judges of Ukraine	1,1 Mio. Euro	2009-2011
Ukrainian-European Policy and Legal Advice Centre (UEPLAC) Phase V	2,5 Mio. Euro	2009-2011
Women and children's rights in Ukraine	5,4 Mio. Euro	2008-2011
Women and children's rights in Ukraine - communication component	5,5 Mio. Euro	2009-2011

Natürlich gibt auch diese Liste nur die veröffentlichten Zahlen und Projekte wieder und nicht eine umfassende Information über alle unterstützten Projekte, aber allein die Tatsache, dass es nicht ohne Weiteres ersichtlich ist, wofür die veranschlagten Mittel letztlich aufgewendet werden, ist bedenklich.

4.4.3. Sonderfall polnisch-ukrainische Partnerschaft

Wenn man neben diesen Zahlenreihen wieder einen Blick auf die politischen Hintergründe dieser Abkommen und Förderstrukturen macht, kann man erkennen, dass die Mitgliedsstaaten keineswegs einheitlich an einer Intensivierung der Zusammenarbeit mit der Ukraine interessiert waren und sind. Einen Sonderfall in den Beziehungen zu der Ukraine stellt Polen dar und soll deshalb an dieser Stelle in einem Exkurs erwähnt werden. Nicht nur die gemeinschaftliche Austragung der kommenden Fußball-

²²² Delegation der Europäischen Union in der Ukraine (2009): „EU projects and programs: List of projects“, abgerufen am 19.11.2011 unter http://eeas.europa.eu/delegations/ukraine/projects/list_of_projects/projects_en.htm

Europameisterschaft 2012 in der Ukraine und Polen weist auf dieses besondere Interesse der beiden Staaten aneinander hin, sondern besonders die politische Einflussnahme in den entsprechenden Diskussionsprozessen im Rahmen der Annäherung der Ukraine an die Europäische Union. Speziell seitdem Polen im Jahr 2004 der Europäischen Union beigetreten ist, kam es zu einer Veränderung in der Haltung der polnischen Politik gegenüber den östlichen Nachbarn. Vor allem die Parallelen, die in der historischen Entwicklung Polens und der Ukraine gezogen werden können, lassen die beiden Staaten unter ähnlichen Voraussetzungen erscheinen. Zum Einen ist es die sozialistische Vergangenheit, zum Anderen aber sind es auch die Transformationsprozesse, die in beiden Ländern gleichermaßen notwendig waren.²²³

Anna Pogwizd stellt sich die sinnbildliche Frage, ob Polen eine Mauer oder eine Brücke für die Europäische Union Richtung Osten darstellt und vor allem, ob es durch Polen verhindert werden kann, dass es zu einem „*Niemandsland*“ zwischen der Ostgrenze der Europäischen Union und der Russischen Föderation kommt.²²⁴ Pogwizd kommt zu dem Schluss, dass die Unterstützung durch Polen im Annäherungsprozess an die Europäische Union unabdingbar ist. Polen tritt als starker Befürworter auf allen Politikebenen der Europäischen Union für die Ukraine auf. Dabei ist es besonders die neue Schengen-Außengrenze, die den wirtschaftlichen und kulturellen Austausch Polens mit der Ukraine belastet. Wo vor dem Schengen-Beitritt Polens ein relativ ungehinderter Personenverkehr zwischen den beiden Ländern möglich war, sind heute stundenlange Wartezeiten an den Grenzübergängen und bei der Visabeschaffung der Normalfall.²²⁵

Auch innerhalb der politischen Landschaft der Ukraine spielten die historischen Verknüpfungen zu Polen nach dem Zusammenbruch der

²²³ Schulze, Verena M. (2006): „Democratisation and Europeanisation in the EU Neighbourhood: The Case of Ukraine“, Krakow: Master Thesis, S.57f

²²⁴ Pogwizd, Anna (2008): „Polnische Ostgrenze als Außengrenze der EU: Eine Brücke oder eine Mauer im Osten? Polnische Beziehungen zur Ukraine innerhalb der Nachbarschaftspolitik der EU“, Wien: Diplomarbeit, S.6

²²⁵ Ebd., S.88ff

Sowjetunion eine bedeutende Rolle. So war es die national-demokratische Oppositionsbewegung „RUCH“, die sich bereits in den 1980er Jahren an dem Vorbild der polnischen Solidarnosc orientierte und in diesem Zeitraum auch von polnischen Politikern in ihrer Oppositionsarbeit unterstützt wurde. Und auch wenn die ersten diplomatischen Bemühungen nach der Unabhängigkeitserklärung der beiden Länder eher holprig verliefen, sind die Polen als Volk in der Ukraine durchaus von der Bevölkerung mehr akzeptiert, als andere westliche Nationen.²²⁶ Darüber hinaus trugen besonders die gemeinsamen außen- und sicherheitspolitischen Herausforderungen – vor allem die gemeinsame Abschottung vor einer erneuten Einflussnahme durch Russland – zu einer starken Bindung der beiden Länder zueinander bei, auch wenn Polen sich in seinen eigenen Bestrebungen Richtung NATO- und EU-Beitritt immer wieder von der engen Linie zur Ukraine zu distanzieren versuchte.²²⁷

Mit der Schaffung der „*östlichen Dimension*“ seiner Außenpolitik, schuf sich Polen bereits vor dem Beitritt zu der Europäischen Union eine Grundlage für seine besondere Rolle in der Partnerschaft der Europäischen Union zur Ukraine und behielt diese Sonderstellung auch nach dem Beitritt durch ein geschicktes Verhandeln im Rahmen der Leitlinien einer europäischen Außenpolitik. So war es auch von essentieller Bedeutung, dass Polen sich in den Jahren der Kutschma-Ära immer wieder in einem besonderen Maße in die demokratiepolitischen Verfehlungen dieses Regimes einmischte und weiterhin versuchte, die Demokratisierung der Ukraine auch unter erschwerten Bedingungen voranzutreiben. Ein Besuch des Papstes Johannes Paul II., dem gebürtigen Polen, auf Einladung Kutschmas im Jahr 2001, verhalf dem Präsidenten dazu, sein angeschlagenes Image im Westen wieder etwas aufzubessern und die proeuropäische Haltung zu demonstrieren.²²⁸

²²⁶ Alexandrova, Olga (1997): „Die Ukraine und die Staaten Ostmitteleuropas“, Köln: Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien Nr. 9/1997, S.13ff

²²⁷ Ebd., S.16f

²²⁸ Klymenko, Lina (2009): „Die Beziehungen zwischen Polen und der Ukraine. Zur Rolle von Institutionen, gesellschaftlichen Akteuren und Identitäten in der internationalen Politik“, Wien: Dissertation, S.155ff

4.4.4. Rezeption der Maßnahmen innerhalb der Ukraine

Nachdem nun die grundlegenden Strukturen und Maßnahmen der Europäischen Union und ihrer Institutionen im Rahmen der Demokratisierungspolitik gegenüber der Ukraine dargelegt werden konnten, soll abschließend noch ein Blick auf die Rezeption und die Auswirkungen dieser Politikgestaltung im Bezug auf die ukrainische Gesellschaft geworfen werden. Dabei sticht klar hervor, dass die generelle Frage nach der Mitgliedschaft der Ukraine in der Europäischen Union eine viel diskutierte ist, die auch immer wieder Schwankungen unterliegt. Im Zeitraum von 2000 bis 2005 gab es eine Schwankungsbreite von 44,4 bis 56,0 Prozent der Ukrainerinnen und Ukrainer, die einem EU-Beitritt eher positiv gegenüberstanden, wobei aber dazu gesagt werden muss, dass jeweils rund zehn Prozent mehr eine engere Partnerschaft mit Russland bevorzugen würden.²²⁹

Besonders von der intellektuellen und politischen, proeuropäischen Elite des Landes wird dabei der Umstand hervorgehoben, dass ein Beitritt zur Europäischen Union eine „starke Modernisierungskraft“ auf die Ukraine darstellen würde und daher ein Beitritt grundsätzlich zu begrüßen ist. Es wird dabei in den Vordergrund gerückt, dass vor allem die umfassenden Beitrittskriterien ein „effizientes Instrument zur Implementierung politischer und wirtschaftlicher Reformen“ sind und es für die demokratischen Kräfte des Landes ohne diesen notwendigen Reformantrieb deutlich schwieriger ist, die eigene Politik umzusetzen – wie ja auch die „Orangene Revolution“ diese Schwierigkeit verdeutlicht. Im kulturellen Bereich sind es davon abgesehen oftmals die ehemaligen österreichisch-ungarisch beherrschten Westgebiete der Ukraine, die dieses historische Erbe dazu verwenden, ihre eigene

²²⁹ Büsscher, Klemens (2007): „Gemeinsam zerrissen. Die innere Spaltung der Ukraine“, In: Malek, Martin (Hrsg.): „Die Ukraine: Zerrissen zwischen Ost und West? Eine Bestandsaufnahme der Außen- und Sicherheitspolitik unter Präsident Viktor Juschtschenko“, Wien: Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie Nr. 2/2007, S.24

europäische Gesinnung in Verbindung mit den entsprechenden demokratischen Grundwerten nach außen zu tragen.²³⁰

Dass dabei die Demokratisierungsbestrebungen der Europäischen Union aber zumindest innerhalb der öffentlichen Meinung in der ukrainischen Bevölkerung nicht als vorrangiges Ziel der Partnerschaft und Zusammenarbeit angesehen wird, das zeigen Umfragedaten einer Erhebung der „Deutschen Welle“ aus dem Jahr 2010. Darin zeigt sich zwar deutlich eine Befürwortung eines EU-Beitritts der Ukraine innerhalb der nächsten zehn Jahre, aber gleichzeitig eine unterschiedliche Einschätzung, welche Werte die Europäische Union aus Sicht der befragten Ukrainer vertritt. Neben wirtschaftlichem Wachstum, Sicherheit und einer territorialen Erweiterung, folgt erst abgeschlagen auf dem drittletzten Platz die Entwicklung von Demokratie und Menschenrechten.²³¹

Nun kann natürlich die öffentliche Meinung keine tatsächliche Einschätzung des Erfolgs oder Misserfolgs bestimmter Förderinitiativen wiedergeben, aber zumindest einen Einblick eröffnen, wie stark die gesetzten Ziele in der Öffentlichkeit als Erfolge Widerhall gefunden haben. Und Erfolge im Bereich der demokratischen Konsolidierung sind durchaus zu sehen, wie auch Gerhard Simon anführt, wenn er schreibt:

*„Trotz aller Einschränkungen und Mängel ist die Ukraine von allen Staaten auf dem Territorium der ehemaligen Sowjetunion – mit Ausnahme der baltischen – am weitesten auf dem Weg zur Demokratie fortgeschritten.“*²³²

Dieses Zitat bringt mich zum Schluss meiner Arbeit und leitet über auf die zusammenfassende Interpretation und Analyse meiner Untersuchungen.

²³⁰ Zhurzhenko, Tatiana (2008): „Die Ukraine auf dem Weg nach Europa: Traumziel ‚Mitgliedschaft‘, Endstation ‚Nachbarschaft‘?“, In: Schwarcz, Iskra/Suppan, Arnold (Hrsg.): „Quo vadis EU? Osteuropa und die EU-Erweiterung“, Berlin/Wien: LIT Verlag, S.482ff

²³¹ Bernd, Johann/Sergey, Govoruha/Volodymyr, Medyany (2010): „Mehrheit der Ukrainer für EU-Beitritt“, DW-WORLD.de / Fokus Osteuropa vom 28.9.2010, abgerufen am 19.11.2011 unter <http://www.dw-world.de/dw/article/0,,6042826,00.html>

²³² Simon, Gerhard (2011): „Von Janukovyč zu Juščenko und zurück. Der steinige Weg zur Demokratie“, In: Besters-Dilger, Juliane/Woldan, Alois (Hrsg.): „Die Ukraine auf dem Weg nach Europa: Die Ära Juschtschenko“, Frankfurt/Main: Peter Lang, S.29

5. Analyseergebnis und Interpretation

In den vorangegangenen Kapiteln der vorliegenden Arbeit wurde ein umfassender Analyserahmen aufgebaut, der die Fragestellungen aus verschiedenen Blickwinkeln betrachten soll. Die unterschiedlichen Forschungsebenen behandeln einerseits die theoretische Verortung von externen Demokratisierungsprozessen, andererseits begründen sie einen empirisch-historischen Rahmen mithilfe der aktuellen und geschichtlichen Entwicklungen im Zuge der Beziehungen zwischen der Ukraine und der Europäischen Union.

Wenn man sich nun den Titel der Arbeit noch einmal in Erinnerung ruft, in dem die Frage nach einer Transformation durch externe Demokratisierung gestellt wird, und ob die Europäische Union als treibende Kraft auf die Demokratisierungsprozesse der Ukraine einwirken kann, erkennt man rasch, dass eine eindeutige Antwort auch nach der vorliegenden intensiven Auseinandersetzung mit der Thematik nicht ohne Weiteres möglich ist.

Betrachtet man die leitenden Fragestellungen und Forschungshypothesen, kommt man durchwegs zu einem differenzierten Bild des aktuellen Stands der Demokratisierungsbestrebungen durch die Europäische Union. Mit der Forschungsfrage F1 habe ich die Überlegung aufgebracht, ob sich Transformations- sowie Demokratisierungsprozesse in der Ukraine auf eine direkte Einflussnahme durch die Europäische Union zurückführen lassen. Diese Frage muss ich nach der umfassenden Behandlung des Themas mit einem klaren Nein beantworten und entspreche damit auch meinen eingangs getätigten Überlegungen. Zwar wirken die finanziellen Beiträge der Europäischen Union im Rahmen ihrer Nachbarschaftspolitik enorm, doch zeigt die Realität, dass zum Einen nur ein begrenzter Teil davon tatsächlich in Demokratisierungsprojekte fließt und zum Anderen diese Projekte nur Randerscheinung einer tieferen Ebene der Transformation darstellen, die durch die koordinierten Maßnahmen der Europäischen Union keine wesentliche Änderung der Zielsetzung bekommen haben.

Allerdings lässt diese Einschätzung gleichzeitig keine einheitliche Verifikation der zur Forschungsfrage F1 aufgestellten Hypothesen zu. Bestätigen kann

man die Forschungshypothese H1 unter Vorbehalt und die Forschungshypothesen H2 und H3 zur Gänze. H1 deshalb unter Vorbehalt, weil zwar im Zuge der Demokratisierungsvorgänge in der Ukraine kein direkter Zusammenhang zu Instrumenten der Europäischen Union zu sehen ist, allerdings jedoch die Europäische Union sehr wohl insgesamt als Triebfeder im Rahmen der Transformationsprozesse der Ukraine gelten kann. Besonders die Vorgänge rund um die „Orangene Revolution“ waren sehr stark von dem Streit einer proeuropäischen versus eine prorussische Ausrichtung der Ukraine geprägt und konnten in diesem Zusammenhang die Bedeutung der Europäischen Union für die Ukraine zum Vorschein bringen. Vor allem der zuletzt angeführte Sonderfall der polnisch-ukrainischen Nachbarschaftsbeziehungen zeigt auch deutlich, dass es durchaus innerhalb der Europäischen Union unterschiedliche Kräfte gibt, die sich um eine Annäherung der Ukraine an die Europäische Union bemühen und es sehr wohl externen Einflüssen zu verdanken ist, dass die Ukraine in kein autoritäres System verfallen ist, sondern zumindest im Zuge demokratischer Wahlen und eines pluralistischen Parteienspektrums ihre politischen Agenden umsetzt. Es kann also gesagt werden, dass zwar einerseits das politische System der Ukraine bisher dazu in der Lage war, aufgrund nationaler gesellschaftspolitischer Entwicklungen selbstständig einen Weg in Richtung demokratischer Konsolidierung einzuschlagen, dass aber andererseits die europäische Perspektive – sicher durch die betonte Untermauerung im Sinne der Projektförderungen – einen wesentlichen ideologischen Antrieb für die nationalen proeuropäischen Kräfte darstellt.

Dass allerdings, wie in Forschungshypothese H2 angeführt, die fehlende Beitrittsperspektive zur Europäischen Union ein gewisses Hemmnis für den Erfolg der übrigen Demokratisierungsanreize der Europäischen Union begründet, wird auch in der Enttäuschung offensichtlich, die sich nach dem Umsturz durch die „Orangene Revolution“ breit machte, als der EU-Aktionsplan nahezu unverändert fortgeführt wurde, obwohl sich die Ukraine erfolgreich von der autokratischen Kutschma-Ära lösen konnte und ein klares Bekenntnis zu der Europäischen Union ablegte. Auch der im letzten Kapitel beschriebene Wunsch der Mehrheit der ukrainischen Bevölkerung, möglichst bereits innerhalb der kommenden zehn Jahre der Europäischen Union

beitreten zu wollen, verdeutlicht diesen erheblichen Anreiz, den eine fehlende unmittelbare Beitrittsperspektive zunichtemacht und dadurch auch längerfristig die übrigen Bemühungen und Maßnahmen der Europäischen Union zu untergraben droht.

Dieser Umstand bezieht sich auch auf die Forschungshypothese H3, die ebenso zu verifizieren ist, da besonders durch die angeführten Überlegungen von Michèle Knodt und Annette Jünemann deutlich wurde, dass ohne eine Beitrittsperspektive eine wirksame Anreizstruktur im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik fehlt und damit auch die Wirksamkeit einer demokratischen Konditionalität ihre Kraft verliert. Die „*Beitrittsfalle*“, wie sie Knodt und Jünemann bezeichnen, stellt daher für die Europäische Union in der aktuellen geostrategischen Situation eine durchaus realistische Gefährdung in Bezug auf die Glaubwürdigkeit und die Durchsetzungskraft der Maßnahmen der Europäischen Union in den postsozialistischen Transformationsstaaten dar. Es muss sich noch herausstellen, ob die gegenwärtige Strategie der Europäischen Union, durch die „Östliche Partnerschaft“ und die „Schwarzmeer-Synergie“ eine neue Anreizebene für die Ukraine zu etablieren, auch tatsächlich als neue Form der partnerschaftlichen Nachbarschaftspolitik angenommen wird.

In eine ähnliche Kerbe schlägt die Beantwortung der Forschungsfrage F2, die nach dem Demokratiemodell fragt, das den Demokratisierungs- und Transformationsbestrebungen der Europäischen Union in der Ukraine zugrunde liegt. Wie auch in Hypothese H4 eingangs überlegt, hat die vorliegende Analyse zudem aufgezeigt, dass die Demokratisierungsinstrumente, die die Europäische Union im Laufe der vergangenen 20 Jahre der Ukraine zur Verfügung stellte, hauptsächlich die Stabilisierung des Landes und der gesamten Region zum Ziel hatten und darüber hinaus den ukrainischen Markt auf die Öffnung zum europäischen Binnenmarkt vorbereiten sollten. Der überwiegende Teil der direkten Projektförderungen fließt nicht in demokratiepolitische Förderungen, oder in eine Unterstützung und Stärkung der Zivilgesellschaft, sondern in infrastrukturelle Rahmenbedingungen, die unter Umständen auch justizielle und damit staatsbildende Momente beinhalten und somit auch teilweise einer

demokratischen Konsolidierung entgegenkommen. Dabei ist aber weniger die Europäische Union selbst, die eine Pufferzone zu Russland schaffen möchte, als vielmehr der Abstand, den die Ukraine zu ihrem ehemaligen Paktpartner gewinnen möchte, der die Ukraine zu einer schnelleren Öffnung Richtung Europa treibt.

Betreffend das Demokratisierungsmodell der Europäischen Union ist darüber hinaus allerdings klar geworden, dass es unabhängig von den tatsächlichen strategischen und technokratischen Überlegungen der Europäischen Union spätestens seit der Einheitlichen Europäischen Akte und den Kopenhagener Kriterien ein bewusstes ideologisches Bekenntnis der Europäischen Union zu einem differenzierten Demokratieverständnis gibt, das die Union nicht nur als wirtschaftliche Macht sieht, sondern auch als politischen Exporteur von Normen und Werten auf Basis demokratischer Grundlagen. Auch die Vorgabe des beschriebenen „*Democracy Mainstreaming*“ für alle Unionsakte deuten in diese Richtung, wobei auch die regelmäßige Erwähnung des „*good governance*“-Prinzips innerhalb und außerhalb der Europäischen Union zum Demokratiemodell der Europäischen Union maßgeblich beiträgt. Dass es neben diesen formalen Bekenntnissen und demokratischen Richtlinien auch immer wieder zu einer Politik der „*double standards*“ kommt, darauf weist Franziska Smolnik hin und erklärt damit, dass scheinbar das hehre Demokratieverständnis auch einmal nicht ganz so vordergründig beachtet wird, wenn andere strategische oder marktwirksame Überlegungen die Einhaltung der eigenen demokratischen Vorgaben überlagern.

Wie die abschließend formulierte Forschungshypothese H5 aber auch deutlich macht, erfolgt die Hinführung zu den demokratischen Richtlinien der Europäischen Union im Rahmen ihrer Maßnahmen und Instrumente vorrangig eindimensional. Es konnten auch im Zuge der vorliegenden Analyse kaum Anhaltspunkte ermittelt werden, die darauf schließen lassen, dass das Regelwerk der Europäischen Union im Rahmen ihrer Demokratisierungsinstrumente flexibel genug ist, um sich an die entsprechenden nationalen Demokratisierungsprozesse bestmöglich angleichen zu können. Natürlich kommt es im Zuge der Verhandlungen für die Ausarbeitung neuer Abkommen zu einer gemeinsamen Strategie, aber

ich bin durchaus zu der Ansicht gelangt, dass hier wenig eigenständige Materien durch die einzelnen Nationalstaaten zur Geltung kommen können. Ein Indiz dafür ist auch die Kritik der Ukraine an der zu weitläufig gefassten Europäischen Nachbarschaftspolitik, die sowohl die südlichen als auch die östlichen Nachbarn der Europäischen Union abdeckt und damit wohl kaum den konkreten Bedürfnissen der einzelnen Länder in einem angemessenen Ausmaß gerecht werden kann. Das Regelwerk der Europäischen Union erscheint in diesem Zusammenhang zu starr, als dass es Neuerungen oder Adaptionen aufgrund äußerer Einflüsse zulassen würde.

Die hohe Komplexität der Förderprogramme und das vielschichtige Mehrebenensystem der beteiligten Akteure auf europäischer Seite tragen dazu bei, dass ein regelrechter Förder- und Maßnahmenbeschwungel existiert, der nur sehr schwerfällig in eine neue Richtung weiterentwickelt werden kann.

„Grenzland“ – die Übersetzung der Bezeichnung für „Ukraine“ lässt den angespannten historischen Bezug des Landes zu seinen Besetzern, Verbündeten, Herrschern und Nachbarn erahnen. Als ich im vergangenen Juni eine Autoreise in die Ukraine unternahm und bei der Rückfahrt die gigantischen Grenzanlagen und stundenlange Einreisezeit ins slowakische Oberdeutschendorf / Вішне Німецьке erleben musste, mit der sich die Europäische Union im Rahmen der Sicherung ihrer Schengen Außengrenzen dort gegen jeden Einfluss von außen abschottet, wurde mir sehr bildlich vor Augen geführt, dass es für dieses riesige Land im Osten mit seinen herzlichen und gastfreundlichen Bewohnern noch ein sehr langer Weg in die Europäische Union sein wird, den zu gehen es zunehmend fragwürdiger erscheint.

Die europäische Zwei-Klassen-Gesellschaft beginnt für mich an jener Grenze im slowakisch-ukrainischen Niemandsland, wo es eine eigene Schnellspur für Unionsbürger gibt, um an den wartenden Ukrainern vorbeizufahren, die ihren Traum von Europa noch nicht aufgegeben haben. Doch genauso wie ich den Fall des Eisernen Vorhangs an der tschechisch-österreichischen Grenze miterleben durfte, hoffe ich, dass auch diese Grenze im Osten eines Tages Vergangenheit sein wird.

6. Bibliographie

6.1. Primärquellen

- Amtsblatt der Europäischen Union** vom 15.3.2011: „Einzelplan X: Europäischer Auswärtiger Dienst“, abgerufen am 18.11.2011 unter <http://eur-lex.europa.eu/budget/data/D2011/DE/SEC10.pdf>
- Amtsblatt der Europäischen Union** vom 3.8.2010: „Beschluss des Rates vom 26. Juli 2010 über die Organisation und die Arbeitsweise des Europäischen Auswärtigen Dienstes“, (2010/427/EU), abgerufen am 18.11.2011 unter <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2010:201:0030:0040:DE:PDF>
- Amtsblatt der Europäischen Union** vom 30.3.2010: „Konsolidierte Fassung des Vertrags über die Europäische Union“, abgerufen am 12.11.2011 unter <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2010:083:0013:0046:DE:PDF>
- Bertelsmann Stiftung** (2009): „BTI 2010 — Ukraine Country Report“, Gütersloh: Bertelsmann Stiftung, abgerufen am 08.11.2011 unter http://www.bertelsmann-transformation-index.de/fileadmin/pdf/Gutachten_BTI2010/CIS/Ukraine.pdf
- Bulletin der Europäischen Gemeinschaften** 1973/12: „Dokument über die europäische Identität: (Kopenhagen, 14. Dezember 1973)“, Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union (Hrsg.), abgerufen am 10.11.2011 unter http://www.europarl.europa.eu/brussels/website/media/Basis/Organe/ER/Pdf/Dokument_Identitaet.pdf
- Delegation der Europäischen Union in der Ukraine** (2009): „EU projects and programs: List of projects“, abgerufen am 19.11.2011 unter http://eeas.europa.eu/delegations/ukraine/projects/list_of_projects/projects_en.htm
- Delegation der Europäischen Union in der Ukraine** (2009): „Technical and financial co-operation: EU financial co-operation with Ukraine“, abgerufen am 19.11.2011 unter http://eeas.europa.eu/delegations/ukraine/eu_ukraine/tech_financial_cooperation/index_en.htm
- Deutsches Bundesgesetzblatt II** 1952/7 vom 06.05.1952: „Gesetz betreffend den Vertrag vom 18. April 1951 über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl“, Der Bundesminister der Justiz (Hrsg.), Bonn: Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H.
- Europäische Kommission** (2007): „Europäisches Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstrument: Ukraine, Nationales Richtprogramm 2007-2010“, abgerufen am 19.11.2011 unter http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/country/enpi_nip_ukraine_de.pdf
- Europäische Kommission** (2008): „Die Östliche Partnerschaft – ein neues Kapitel in den Beziehungen der EU zu ihren östlichen Nachbarn“, Pressedienst RAPID der Europäischen Union vom 3.12.2008, IP/08/1858, abgerufen am 18.11.2011 unter <http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/1858&format=PDF&aged=1&language=DE&guiLanguage=en>
- Europäische Kommission** (2008): „Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament über das erste Umsetzungsjahr der Schwarzmeersynergie“,

KOM(2008) 391, abgerufen am 19.11.2011 unter http://eeas.europa.eu/blacksea/doc/com08_391_de.pdf

Europäische Kommission (2010): „EU-Ukraine Association Agenda to prepare and facilitate the implementation of the Association Agreement“, abgerufen am 19.11.2011 unter http://eeas.europa.eu/ukraine/docs/2010_eu_ukraine_association_agenda_en.pdf

Europäische Kommission (2011): „European Neighbourhood and Partnership Instrument: Ukraine, National Indicative Programme 2011-2013“, abgerufen am 19.11.2011 unter http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/country/2011_enpi_nip_ukraine_en.pdf

Europäischer Rat (1993): „Schlussfolgerungen des Vorsitzes“, Tagung des Europäischen Rates (Kopenhagen, 21./22.Juni 1993), Nr. SN 180/1/93, Brüssel, abgerufen am 11.11.2011 unter http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/de/ec/72924.pdf

Europäisches Parlament (Hrsg.) (1998): „Das PHARE-Programm und die Erweiterung der Europäischen Union“, Arbeitsgruppe des Generalsekretariats „Task Force Erweiterung“, Themenpapier Nr.33 / PE 167.944, abgerufen am 18.11.2011 unter http://www.europarl.europa.eu/enlargement/briefings/pdf/33a1_de.pdf

Gunnarsdottir, Urdur (2005): „Christmas in Ukraine: Record number of OSCE observers monitor election“, OSZE Magazin 03/2005, abgerufen am 06.11.2011 unter <http://www.osce.org/secretariat/14015>

Mareike, Alscher/**Priller**, Eckhard (2011): „13.3 Zivilgesellschaftliches Engagement“, In: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): „Auszug aus dem Datenreport 2011: Kapitel 13 – Freizeit und gesellschaftliche Partizipation“, abgerufen am 07.11.2011 unter <http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Content/Publikationen/Querschnittsveroeffentlichungen/Datenreport/Downloads/Datenreport2011Kap13,property=file.pdf>

Webseite der Europäischen Union: „CONSILIUM – Foreign Affairs“, abgerufen am 18.11.2011 unter <http://www.consilium.europa.eu/policies/council-configurations/foreign-affairs.aspx?lang=de>

6.2. Sekundärquellen

Alexandrova, Olga (1996): „Die Außenpolitik der Ukraine nach dem Machtwechsel“, Köln: Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien Nr. 3/1996

Alexandrova, Olga (1997): „Die Ukraine und die Staaten Ostmitteleuropas“, Köln: Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien Nr. 9/1997

Beichelt, Timm (2007): „Externe Demokratisierungsstrategien der Europäischen Union: die Fälle Belarus, Moldova, Ukraine“, in: Jünemann, Annette/Knodt, Michèle (Hrsg.): „Die externe Demokratieförderung der Europäischen Union“, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft

- Bernd**, Johann/**Sergey**, Govoruha/**Volodymyr**, Medyany (2010): „Mehrheit der Ukrainer für EU-Beitritt“, DW-WORLD.de / Fokus Osteuropa vom 28.9.2010, abgerufen am 19.11.2011 unter <http://www.dw-world.de/dw/article/0,,6042826,00.html>
- Besters-Dilger**, Juliane (2011): „Die ukrainische Medienpolitik auf dem Weg nach Europa“, In: Besters-Dilger, Juliane/Woldan, Alois (Hrsg.): „Die Ukraine auf dem Weg nach Europa: Die Ära Juschtschenko“, Frankfurt/Main: Peter Lang
- Beyme**, Klaus von (1997): „Parteien im Prozeß der demokratischen Konsolidierung“, In: Merkel, Wolfgang/Sandschneider, Eberhard (Hrsg.): „Systemwechsel 3 – Parteien im Transformationsprozeß“, Opladen: Leske+Budrich
- Bos**, Ellen (2008): „Ukraine: Instabile Institutionen, informelle Netzwerke und Regionalisierung des Parteiensystems“, In: Bos, Ellen/Segert, Dieter (Hrsg.): „Osteuropäische Demokratien als Trendsetter? Parteien und Parteiensysteme nach dem Ende des Übergangsjahrzehnts“, Opladen/Farmington Hills: Verlag Barbara Budrich
- Bredies**, Ingmar (2005): „Eine neue Parlamentskultur als Bedingungsfaktor der Orange Revolution? Charakteristik der parlamentarischen Elite“, In: Bredies, Ingmar (Hrsg.): „Zur Anatomie der Orange Revolution in der Ukraine: Wechsel des Elitenregimes oder Triumph des Parlamentarismus?“, Stuttgart: ibidem-Verlag
- Bredies**, Ingmar (2009): „Leistungen und Grenzen europäischer Demokratieförderung in Osteuropa“, In: Mallock, Wolfgang (Hrsg.): „Osteuropaforschung“, Nr. 2009/2, Leibniz: GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften
- Bürgers**, Jana (2006): „Kosakenmythos und Nationsbildung in der postsowjetischen Ukraine“, Konstanz: Hartung-Gorre Verlag
- Büscher**, Klemens (2007): „Gemeinsam zerrissen. Die innere Spaltung der Ukraine“, In: Malek, Martin (Hrsg.): „Die Ukraine: Zerrissen zwischen Ost und West? Eine Bestandsaufnahme der Außen- und Sicherheitspolitik unter Präsident Viktor Juschtschenko“, Wien: Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie Nr. 2/2007
- Busek**, Erhard (2008): „Europa am Scheideweg“, In: Schwarcz, Iskra/Suppan, Arnold (Hrsg.): „Quo vadis EU? Osteuropa und die EU-Erweiterung“, Berlin/Wien: LIT Verlag
- Conzelmann**, Thomas (2004): „‘Gutes Regieren’ in europäischen Farben? Zur Leitbildsteuerung der Europäischen Union in der Entwicklungszusammenarbeit“, Arbeitspapier Nr.12 der World Society Research Group / Darmstadt University of Technology / Johann Wolfgang Goethe University Frankfurt, abgerufen am 11.11.2011 unter <http://www.politikwissenschaft.tu-darmstadt.de/fileadmin/pg/media/papers/fwgwp12.pdf>
- D’Anieri**, Paul (2007): „Understanding Ukrainian Politics: Power, Politics, and Institutional Design“, Armonk: M.E. Sharpe
- Egger**, Miriam (2007): „Die Auslandsarbeit der politischen Stiftungen zwischen Entwicklungs- und Transformationskontext: Eine Untersuchung der Tätigkeit der Friedrich-Ebert-Stiftung in Lateinamerika und Osteuropa eine Studie zum organisationalen Lernen“, Berlin: Dissertation

- Felske**, Julia (2011): „Möglichkeiten und Grenzen externer Demokratieförderung: Die Europäische Union und die Bundesrepublik Deutschland in Georgien“, Osnabrück JMCE Award Series Nr. 01 (2011), abgerufen am 31.10.2011 unter http://repositorium.uni-osnabrueck.de/bitstream/urn:nbn:de:gbv:700-201110188428/4/Osnabrueck_JMCE_AwardSeries_01_2011_Felske.pdf
- Fischer**, Sabine (2008): „Die Ukraine und die ENP“, In: Pleines, Heiko (Hrsg.): „Die Ukraine zwischen Ost und West. Außenpolitische und kulturelle Orientierungen“, Forschungsstelle Osteuropa Bremen - Arbeitspapiere und Materialien Nr. 99, 10/2008, abgerufen am 08.11.2011 unter <http://www.laender-analysen.de/pages/arbeitspapiere/fsoAP99.pdf>
- Frankfurter Allgemeine Zeitung** vom 11.10.2011: „Julija Timoschenko zu sieben Jahren Haft verurteilt“, abgerufen am 09.11.2011 unter <http://www.faz.net/aktuell/ukraine-julija-timoschenko-zu-sieben-jahren-haft-verurteilt-11489309.html>
- Frantz**, Christiane (2000): „EU-Integration als Transformationsrahmen? Demokratische Konsolidierung in Polen durch die Europäische Union“, Opladen: Leske + Budrich
- Freise**, Matthias (2004): „Externe Demokratieförderung in postsozialistischen Transformationsstaaten“, Münster: LIT
- Göls**, Cornelia (2005): „Die politischen Parteien in der Ukraine: Eine Analyse ihrer Funktionsfähigkeit in Wahlen, Parlament, Regierung“, Wien: Diplomarbeit
- Gordyi**, Igor (2011): „Die Kirchen und die Europäisierung der Ukraine“, In: Besters-Dilger, Juliane/Woldan, Alois (Hrsg.): „Die Ukraine auf dem Weg nach Europa: Die Ära Juschtschenko“, Frankfurt/Main: Peter Lang
- Grimm**, Sonja (2009): „Demokratisierung von außen: Der Beitrag externer Akteure zur politischen Transformation nach Kriegen und Intervention“, In: Erdmann, Gero/Kneuer, Marianne (Hrsg.): „Externe Faktoren der Demokratisierung“, Baden-Baden: Nomos
- Gromadzki**, Grzegorz (2010): „Ukraine-EU political and economic relations, the role of international organizations and agenda for overcoming the current stalemate“, In: Astrov, Vasily/Burakovsky, Igor/Gromadzki, Grzegorz/Havlik, Peter/Yurchyshyn, Vasyli: „Ukraine, the European Union and the International Community: Current Challenges and the Agenda for Overcoming the Stalemate“, Research Reports Nr. 364, 07/2010, Wien: Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche
- Gruber**, Markus Oliver (2008): „'Giving Europe a telephone number' - Ein kybernetischer Zugang zum Kohärenzmanagement Europäischer Außenpolitik“, Wien: Diplomarbeit
- Haerpfer**, Christian (2002): „Democracy and Enlargement in Post-Communist Europe – The Democratisation of the General Public in 15 Central and Eastern European Countries, 1991-1998“, Wien: Habilitationsschrift
- Hartmann**, Christof (1999): „Externe Faktoren im Demokratisierungsprozess: Eine vergleichende Untersuchung afrikanischer Länder“, Opladen: Leske + Budrich
- Huntington**, Samuel P. (1991): „The Third Wave – Democratization in the Late Twentieth Century“, Norman/London: University of Oklahoma Press
- Jünemann**, Annette (2005): „Demokratie-Entwicklung-Sicherheit: Paradigmen einer europäischen Demokratisierungspolitik“, In: Thiemeyer, Guido/Ullrich, Hartmut (Hrsg.):

„Europäische Perspektiven der Demokratie: Historische Prämissen und aktuelle Wandlungsprozesse in der EU und ausgewählten Nationalstaaten“, Frankfurt/Main: Europäischer Verlag der Wissenschaften

Kelley, Matt (2004): „U.S. money has helped opposition in Ukraine“, In: The San Diego Tribune vom 11.12.2004, abgerufen am 08.11.2011 unter http://www.signonsandiego.com/uniontrib/20041211/news_1n11usaid.html

Kempe, Iris (2004): „Nachbarschaftspolitik: Russland, Ukraine, Moldau und Belarus“, In: Weidenfeld Werner / Wessels, Wolfgang (Hrsg.): „Jahrbuch der Europäischen Integration 2003/2004“, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft

Klymenko, Lina (2009): „Die Beziehungen zwischen Polen und der Ukraine. Zur Rolle von Institutionen, gesellschaftlichen Akteuren und Identitäten in der internationalen Politik“, Wien: Dissertation

Kneuer, Marianne (2006): „Demokratisierung durch die EU: Süd- und Ostmitteleuropa im Vergleich“, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften

Knodt, Michèle/Jünemann, Annette (2010): „Externe Demokratieförderung durch die Europäische Union: Ost- und Mitteleuropa, Mittelmeer, Lateinamerika, Karibik, Afrika und Asien im Vergleich – ein Tagungsbericht“, Zeitschrift für Internationale Beziehungen, 13. Jg. (2006) Heft 1, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft

Kohut, Zenon E. (2011): „Making Ukraine: Studies on Political Culture, Historical Narrative, and Identity“, Edmonton/Toronto: Canadian Institute of Ukrainian Studies Press

Kropatcheva, Elena (2010): „Russia's Ukraine Policy against the Background of Russian-Western Competition“, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft

Kubicek, Paul J. (2003): „The European Union and Ukraine: Real partners or relationship of convenience?“, In: Kubicek, Paul J. (Hrsg.): „The European Union and Democratization“, London/New York: Routledge

Lang, Kai-Olaf (2005): „Nihil novi – Neue Konzepte der Demokratie in Ostmitteleuropa?“, In: Thiemeyer, Guido/Ullrich, Hartmut (Hrsg.): „Europäische Perspektiven der Demokratie: Historische Prämissen und aktuelle Wandlungsprozesse in der EU und ausgewählten Nationalstaaten“, Frankfurt/Main: Europäischer Verlag der Wissenschaften

Lehner, Marco (2007): „Internationale Akteure als Partner im ukrainischen Demokratisierungsprozess – Analyse der Menschenrechtsproblematik am Beispiel der Ukraine“, Wien: Diplomarbeit

Lieb, Julia / Kremer, Martin (2010): „Der Aufbau des Europäischen Auswärtigen Dienstes: Stand und Perspektiven“, integration, 33.Jg, Nr. 3/2010, Berlin: Institut für Europäische Politik

Macków, Jerzy (2004): „Am Rande Europas? Nation, Zivilgesellschaft und außenpolitische Integration in Belarus, Litauen, Polen, Russland und der Ukraine“, Freiburg/Breisgau: Verlag Herder

Malek, Martin (2007): „Einleitung: Die Ukraine im internationalen Umfeld (1991-2006)“, In: Malek, Martin (Hrsg.): „Die Ukraine: Zerrissen zwischen Ost und West? Eine

- Bestandsaufnahme der Außen- und Sicherheitspolitik unter Präsident Viktor Juschtschenko“, Wien: Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie Nr. 2/2007
- Malek, Martin** (2008): „Zur Reform der Streitkräfte der Ukraine“, In: Pleines, Heiko (Hrsg.): „Die Ukraine zwischen Ost und West. Außenpolitische und kulturelle Orientierungen“, Forschungsstelle Osteuropa Bremen - Arbeitspapiere und Materialien Nr. 99, 10/2008, abgerufen am 08.11.2011 unter <http://www.laenderanalysen.de/pages/arbeitspapiere/fsoAP99.pdf>
- Merkel, Wolfgang** (2009): „Demokratie ‚durch‘ Krieg?“, In: Erdmann, Gero/Kneuer, Marianne (Hrsg.): „Externe Faktoren der Demokratisierung“, Baden-Baden: Nomos
- Merkel, Wolfgang/Sandschneider, Eberhard/Segert, Dieter** (1996): „Die Institutionalisierung der Demokratie“, In: Merkel, Wolfgang/Sandschneider, Eberhard/Segert, Dieter (Hrsg.): „Systemwechsel 2: Die Institutionalisierung der Demokratie“, Opladen: Leske+Budrich
- Neyer, Jürgen** (2008): „Externe Demokratisierung in Mittel- und Osteuropa und die Beständigkeit der politischen Kultur“, In: Gosewinkel, Dieter/Schuppert, Gunnar Folke (Hrsg.): „Politische Kultur im Wandel von Staatlichkeit“, Berlin: edition sigma
- Nolting, Armin K.** (2003): „Die Demokratieförderung der EU: Eine Untersuchung am Beispiel von Positivmaßnahmen in Malawi und Simbabwe“, Bochum: Dissertation
- Nuscheler, Franz** (2009): „Good Governance: Ein universelles Leitbild von Staatlichkeit und Entwicklung?“, INEF-Report 96/2009, Universität Duisburg/Essen, abgerufen am 11.11.2011 unter <http://inef.uni-due.de/page/documents/Report96.pdf>
- Parrott, Bruce** (1997): „Perspectives on postcommunist democratization“, In: Dawisha, Karen/Parrott, Bruce (Hrsg.): „Democratic changes and authoritarian reactions in Russia, Ukraine, Belarus, and Moldova“, Cambridge: Cambridge University Press
- Piehl, Ernst** (2005): „Die Ukraine“, In: Piehl, Ernst/Schulze, Peter W./Timmermann, Heinz (Hrsg.): „Die offene Flanke der Europäischen Union: Russische Föderation, Belarus, Ukraine und Moldau“, Berlin: Berliner Wissenschafts-Verlag
- Plasser, Fritz/Stankovsky, Jan/Ullrich, Peter A.** (1998): „On the Eve of EU Enlargement – Economic Developments and Democratic Attitudes in East Central Europe“, Wien: Signum Verlag
- Pogwizd, Anna** (2008): „Polnische Ostgrenze als Außengrenze der EU: Eine Brücke oder eine Mauer im Osten? Polnische Beziehungen zur Ukraine innerhalb der Nachbarschaftspolitik der EU“, Wien: Diplomarbeit
- Presseurop.eu** vom 23.09.2011: „EU-Ukraine: Assoziierungsabkommen auf dem Weg“, abgerufen am 19.11.2011 unter <http://www.presseurop.eu/de/content/news-brief/991891-assoziierungsabkommen-auf-dem-weg>
- Pridham, Geoffrey** (2005): „Designing Democracy – EU Enlargement and Regime Change in Post-Communist Europe“, Basingstoke: Palgrave Macmillan
- Prizel, Ilya** (1997): „Ukraine between proto-democracy and ‘soft’ authoritarianism“, In: Dawisha, Karen/Parrott, Bruce (Hrsg.): „Democratic changes and authoritarian reactions in Russia, Ukraine, Belarus, and Moldova“, Cambridge: Cambridge University Press

- Reiber**, Tatjana (2009): „Instrumente der Demokratieförderung: Wer, wann, wie? Eine Strukturierung von Erfolgsbedingungen“, In: Erdmann, Gero/Kneuer, Marianne (Hrsg.): „Externe Faktoren der Demokratisierung“, Baden-Baden: Nomos
- Richter**, Solveig (2009): „Wirkungsmechanismen politischer Konditionalität in den Demokratisierungsprozessen Osteuropas“, In: Erdmann, Gero/Kneuer, Marianne (Hrsg.): „Externe Faktoren der Demokratisierung“, Baden-Baden: Nomos
- Rotter**, Rudolf (2005): „Die Ukraine zwischen Russland und der Europäischen Union – Aspekte zweier komplexer Beziehungen, relevante innerstaatliche Determinanten“, Wien: Diplomarbeit
- Sandschneider**, Eberhard (2003): „Externe Demokratieförderung. Theoretische und praktische Aspekte der Außenunterstützung von Transformationsprozessen“, München: Centrum für angewandte Politikforschung, abgerufen am 31.10.2011 unter http://www.cap.lmu.de/download/2003/2003_sandschneider.pdf
- Schmitz**, Andrea (2009): „Entwicklungspolitische Konditionalität und Demokratisierung“, In: Erdmann, Gero/Kneuer, Marianne (Hrsg.): „Externe Faktoren der Demokratisierung“, Baden-Baden: Nomos
- Schneider**, Eberhard (2005): „Die Entwicklung des demokratischen Systems in Russland“, In: Thiemeyer, Guido/Ullrich, Hartmut (Hrsg.): „Europäische Perspektiven der Demokratie: Historische Prämissen und aktuelle Wandlungsprozesse in der EU und ausgewählten Nationalstaaten“, Frankfurt/Main: Europäischer Verlag der Wissenschaften
- Schulze**, Verena M. (2006): „Democratisation and Europeanisation in the EU Neighbourhood: The Case of Ukraine“, Krakow: Master Thesis
- Segert**, Dieter (1997): „Parteiensysteme in der Konsolidierung der Demokratien Osteuropas“, In: Merkel, Wolfgang/Sandschneider, Eberhard (Hrsg.): „Systemwechsel 3 – Parteien im Transformationsprozeß“, Opladen: Leske+Budrich
- Segert**, Dieter (2011): „Parteien in der Ukraine seit der Orangen Revolution“, In: Besters-Dilger, Juliane/Woldan, Alois (Hrsg.): „Die Ukraine auf dem Weg nach Europa: Die Ära Juschtschenko“, Frankfurt/Main: Peter Lang
- Shevchenko**, Andrii (2003): „The Changing Face of Mass Media“, In: Besters-Dilger, Juliane: „Die Ukraine in Europa: Aktuelle Lage, Hintergründe und Perspektiven“, Wien/Köln/Weimar: Böhlau Verlag
- Simon**, Gerhard (2011): „Von Janukovyč zu Juščenko und zurück. Der steinige Weg zur Demokratie“, In: Besters-Dilger, Juliane/Woldan, Alois (Hrsg.): „Die Ukraine auf dem Weg nach Europa: Die Ära Juschtschenko“, Frankfurt/Main: Peter Lang
- Smith**, Thomas W. (2003): „Conditionality: human rights reform in Turkey“, In: Kubicek, Paul J. (Hrsg.): „The European Union and Democratization“, London/New York: Routledge
- Smolnik**, Franziska (2008): „Zwischen Anspruch und Wirklichkeit: Die EU-Konditionalität als Demokratisierungsinstrument. Eine Studie zur externen Demokratieförderung an den Beispielen Georgien und Mazedonien“, In: „Arbeitspapiere des Osteuropa-Instituts der Freien Universität Berlin“, 66/2008, Berlin: Osteuropa-Institut der Freien Universität Berlin

- Stewart**, Susan (2009): „Zivilgesellschaftliche Demokratieförderung der Europäischen Union: Estland, Makedonien und die Ukraine im Vergleich“, In: Erdmann, Gero/Kneuer, Marianne (Hrsg.): „Externe Faktoren der Demokratisierung“, Baden-Baden: Nomos
- Templin**, Wolfgang (2007): „Farbenspiele – die Ukraine nach der Revolution in Orange“, Osnabrück: fibre Verlag
- Timtschenko**, Viktor (2009): „Ukraine: Einblicke in den neuen Osten Europas“, Berlin: Christoph Links Verlag
- Waldrauch**, Harald (1996): „Was heißt demokratische Konsolidierung? Über einige theoretische Konsequenzen der osteuropäischen Regimewechsel“, Wien: IHS Political Science Series Nr.36, abgerufen am 05.11.2011 unter http://www.ihs.ac.at/publications/pol/pw_36.pdf
- Wehrschütz**, Christian F. (1999): „Die Ukraine und die Europäische Union: Eine Beziehung mit erheblicher Frustrationstoleranz“, Wien: Landesverteidigungsakademie
- Wolczuk**, Kataryna (2001): „The Moulding of Ukraine: The Constitutional Politics of State Formation“, Budapest: Central European University Press
- Yevtukh**, Volodymyr (2005): „Der Orange Geist der Freiheit: Profil und Motive der Revolutionsbewegung“, In: Bredies, Ingmar (Hrsg.): „Zur Anatomie der Orange Revolution in der Ukraine: Wechsel des Elitenregimes oder Triumph des Parlamentarismus?“, Stuttgart: ibidem-Verlag
- Zeilinger**, Bernhard (2007): „Externe Demokratieförderung in postsozialistischen Transformationsstaaten: Untersuchung der Rahmenbedingungen für die Instrumenten- und Strategiewahl für externe Demokratieförderung der EU“, Wien: Diplomarbeit
- Zhurzhenko**, Tatiana (2008): „Die Ukraine auf dem Weg nach Europa: Traumziel ‚Mitgliedschaft‘, Endstation ‚Nachbarschaft‘?“, In: Schwarcz, Iskra/Suppan, Arnold (Hrsg.): „Quo vadis EU? Osteuropa und die EU-Erweiterung“, Berlin/Wien: LIT Verlag

Zusammenfassung

Titel: „Transformation durch externe Demokratisierung? Die Europäische Union als Motor für Demokratisierungsprozesse in der Ukraine“

Die Ukraine hat besonders durch die „Orangene Revolution“ Ende 2004 an Aufmerksamkeit in der europäischen Öffentlichkeit gewonnen. Die vorliegende Arbeit befasst sich mit den Auswirkungen der Demokratisierungspolitik der Europäischen Union auf das politische System der Ukraine und setzt den Einfluss der Europäischen Union auf die Ukraine in Verbindung zu den tatsächlichen Fortschritten im Transformations- und Demokratisierungsprozess des Landes.

Der Autor folgt dabei den beiden wesentlichen Forschungsfragen, inwiefern die Europäische Union durch ihre Maßnahmen einen messbaren Einfluss auf die Demokratisierungsvorgänge in der Ukraine ausgeübt hat und welche Motivationen diesen Demokratisierungsbestrebungen zugrunde liegen. Er kommt zu dem deutlichen Ergebnis, dass die Europäische Union im Rahmen ihrer Nachbarschaftspolitik nur dann erfolgreich auf die Transformationsländer einwirken kann, wenn ihre Anreize attraktiv genug sind, um für das Empfängerland dadurch interessant zu bleiben. In Bezug auf die neuen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union hat sich dieses System durchaus als wirkungsvoll erwiesen, bei der Ukraine ist allerdings vor allem die fehlende Beitrittsperspektive zur Europäischen Union ein Hauptgrund für die eher mäßige Akzeptanz der Demokratisierungsmaßnahmen. Aber auch die Europäische Union selbst sieht nicht immer die Demokratisierung als ihre wichtigste Förderperspektive.

Die Arbeit analysiert sowohl die Auswirkungen der ukrainischen Ost-West-Spaltung auf den Demokratisierungsprozess, als auch die geostrategische Herausforderung, die das zweitgrößte Land Europas für den Westen einerseits und für Russland andererseits darstellt. Dabei wird die demokratische Konsolidierung der Ukraine aus theoretischer, sowie realpolitischer Sicht dokumentiert und die Verbindungen zur Europäischen Union durch den Autor beleuchtet.

Abstract

Title: "Transformation through External Democratization? The European Union as a driving force for democratization processes in Ukraine"

Ukraine has gained attention in the European public especially by the "Orange Revolution" in late 2004. The present work deals with the effects of democratization policy in the European Union on the political system of Ukraine and with the influence of the European Union to the Ukraine in connection with the actual progress in the transformation and democratization of the country.

The author follows the two main research questions to what extent the European Union has had, through their actions a measurable impact on the democratization processes in Ukraine and the motivations underlying these democratization efforts. He comes to the clear conclusion that the European Union in its neighborhood policy will only successfully affect the transition countries, if their incentives are attractive enough for the recipient country. In relation to the new Member States of the European Union, this system has proved quite as effective. In Ukraine, mainly the lack of joining the European Union is a major reason for the rather modest acceptance of democratization measures. However, the European Union itself does not always see democratization as their main funding perspective.

The paper analyzes both: the impact of Ukraine's east-west divide in the democratic process, as well as the geo-strategic challenge for the West on the one hand and Russia on the other. The author brightens the democratic consolidation of Ukraine from a theoretical and real political perspective and examines the documented links with the European Union.

Краткий обзор

Название: « Перемены в стране вызваны демократизацией извне? Европейский Союз - двигатель демократических процессов в Украине»

Украина привлекла к себе значительное внимание европейской общественности после проведения знаменитой «Оранжевой революции» в конце 2004 года. Данная дипломная работа исследует влияние политики демократизации Европейского Союза на политическую систему Украины, и взаимосвязь между воздействием, оказанным на Украину Европейским Союзом, и существующим прогрессом, вызванным процессами демократизации и преобразования происходящими внутри страны.

Основная цель научной работы заключается в исследовании двух вопросов, а именно: в какой степени Европейский Союз оказал влияние на демократические процессы Украины, и что является движущей силой стремления страны к демократизации. Результаты анализа однозначно показывают, что Европейский Союз в пределах действия политики соседства только в том случае приносит положительные изменения в странах с переходной экономикой, когда он способен поддерживать к себе длительный интерес страны-получателя.

Дипломная работа проводит одновременно анализ влияния, которое оказал национальный раскол страны на восточную и западную Украину на процессы демократизации, а также анализ геостратегической проблемы, которую представляет собой это второе по величине государство Европы с одной стороны для Запада, а с другой стороны для России. В своем исследовании, автор документирует демократическую консолидацию Украины, как с точки зрения теории, так и практики, проводя связь с Европейским Союзом.

Lebenslauf

Name: Johannes Nepomuk Großruck

Anschrift: Schopenhauerstraße 59/8, 1180 Wien
johannes@grossruck.at

Geburt: 9. Juni 1983, Rohrbach/Oberösterreich

Staatsbürgerschaft: Österreich

Ausbildung:

- 2001: AHS-Matura, Bundesrealgymnasium Vöcklabruck, Fachbereichsarbeit „Christenverfolgung in der heutigen Zeit“
- 2001-2003: Studium der Rechtswissenschaften, Universität Wien
- Ab 2004: Studium der Politikwissenschaft, Universität Wien

Zusatzqualifikationen:

- Arabisch-Kurs A1, Sprachenzentrum der Universität Wien
- Russisch-Kurs A1-1, Sprachenzentrum der Universität Wien
- Journalismus-Kurs, Katholische Medienakademie
- EU-Lehrgang, Internationales Zentrum für Europäische Bildung

Beruflicher Werdegang:

- 2003-2004: ActiLingua Sprachschule, Onlinemarketing
- 2004-2005: Privatrado 88.6, Marktforschung
- 2005-2008: IBM Österreich, Softwaretest
- 2008-2009: Zivildienst, Rotes Kreuz Wien, Katastrophenschutz
- Ab 2009: Einzelunternehmer, Onlinemarketing
- Ab 2010: IBM Österreich, Testmanagement

Mitgliedschaften:

- Akademisches Forum für Außenpolitik
- Österreichische Gesellschaft für Politikwissenschaft